Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (24. 1. 2006)

Sand im Getriebe 48

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de

Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen

„Die Kontrolle der Welt durch die ***USA*** *scheint absolut zu sein."* erklären Samir Amin, Francois Houtart und Ignacio Ramonet in Vorbereitung auf die Weltsozialforen in Bamako und Caracas. *„Wenn man von Kuba und von der vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez initiierten bolivarischen Revolution (und ihren Ausläufern auf dem lateinamerikanischen Kontinent)absieht, gibt es kaum Gegenvorschläge, die ihr Einhalt gebieten könnten: Europa bleibt im Sand der neoliberalen Globalisierung stecken; im Süden gibt es keine gemeinsame Widerstandsfront;China scheint nur darauf aus zu sein, Zeit für ihre ureigensten, ausserdem zweideutigen Ziele zu gewinnen und ist kein aktiver Partner für die Errichtung einer neuen Welt. Die Herausforderungen, die die Errichtung einer wahrhaft multipolaren Welt stellt, sind größer als sich viele globalisierungskritische Bewegungen, die doch selber direkt oder indirekt in diesem Prozess involviert sind, vorstellen. Im Augenblick geht es darum, das Militärprojekt der USA zum Scheitern zu bringen (…).*"



Es droht ein neuer Krieg, diesmal gegen den Iran. **Mohssen Massarrat** analysiert die **„Motive der Konfliktparteien im Iran-Atomkonflikt".** Er stellt fest, dass mit dem *„Iran notfalls auch mittels Gewalteinsatz ein Präzedenzfall für zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten geschaffen* werden *soll"* **Michel Chossudovsky** warnt vor einem **Atomkrieg** gegen den Iran. Gegen dieses anschwellende Kriegsgerassel formiert sich Widerstand:
Parlamentarier und NGOs aus aller Welt entwickeln **friedenstiftende Vorschläge:**

1. ***Ablehnung jeglicher militärischen Option*** *durch jede Partei.*
2. Klares Bekenntnis aller Kernwaffenstaaten, in der jetzigen Situation ***keine Atomwaffen*** *einzusetzen, und eine eindeutige Bindung an die Doktrin des „****Nicht-Erstschlages mit Atomwaffen****".*
3. Die Umsetzung der Resolution über eine ***kernwaffenfreie Zone im Mittleren Osten*** *(…)*
4. Ein klares Bekenntnis aller Parteien zu einer ***globalen Vernichtung von Atomwaffen****(…).*
5. Eine diplomatische Lösung für die Beseitigung der Spannungen zwischen den USA, Israel und dem Iran (…), die ***Anerkennung der legitimen Sicherheitsinteressen aller Parteien*** *unter Berücksichtigung Israels und des Iran,*

Diese Vorschläge werden in den nächsten Wochen, u.a. anlässlich der NATO-Tagung in München, eine starke Unterstützung benötigen.

Auch in diesem Heft: Klaus Meschkat schreibt zur Geschichte des Internationalismus und spricht *„drei immer noch kontroverse Probleme“* an *„, bei denen wir uns möglicherweise die Wiederholung vergangener Fehler ersparen könnten“.*
Nach Walden Bello ist die wahre Bedeutung von Hongkong *„Brasilien und Indien schließen sich den Grossen an.“* – damit ist die Front der Entwicklungsländer geschwächt (s. auch Weed Analyse).
Doch gegen GATS regt sich Widerstand – nicht nur Bern und Zürich haben sich „GATS-frei“ erklärt.
Attac Schweiz u.a. rufen zu einer Gegenkonferenz zum WEF-Treffen in Davos auf.
Die Gentechnik darf – erstmal für 5 Jahre - in die Landwirtschaft der Schweiz keinen Zugang erhalten.
Gegen den „Bolkestein-Hammer“ (Stefan Lindner) werden in ganz Europa Demonstrationen vorbereitet.

Inhalt

Wir bitten um Nachsicht für die verspätete Herausgabe dieser Nummer;
in Kürze erscheint Nummer 49 mit dem Schwerpunkt Weltsozialforen und Lateinamerika.
Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen.
Die Redaktion dieser Nummer: Barbara Waschmann (Attac Österreich), Florence Proton (Attac Schweiz), Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland)

Wir verschicken ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis
Bezugsbedingungen:
– Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:. 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.

– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67, GLS Gemeinschaftsbank

Samir Amin, François Houtart, Ignacio Ramonet

Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen

Vier Bausteine für eine wirklich multipolare Welt



Diese Überlegungen zum Widerstand gegen eine unipolare Weltordnung wurden als Diskussionsbeitrag für die dezentralen Weltsozialforen 2006 verfasst. Übersetzung aus „Manière de voir“ Nr 84, mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von Le Monde Diplomatique. Andere Texte dieser lesenswerten Ausgabe werden wir nach und nach übersetzen und in SiG veröffentlichen.(Anm. der Redaktion)

Um sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen, muss man begreifen, dass die Geschichte nicht vom Wirken „ewiggültiger“ Wirtschafts“gesetze“ beherrscht wird. Geschichte wird durch den Widerstand der sozialen Kräfte ebenso geformt wie durch die Logik des Kapitals.

Man kann feststellen, dass die beteiligten politischen und sozialen Kräfte verschiedene Interessen und Visionen haben. Der **Staat**, das **Gravitationszentrum** ihrer Konflikte und Gemeinsamkeiten, prägt ihren Inhalt, der umgekehrt wiederum die Rolle des Staates definiert. Meistens ist der Staat der Sprecher der Interessen des Kapitals, das in den Ländern der Triade (USA, EU, Japan) und ihrer untergeordneten Verbündeten in den Peripherieländern herrscht. Die Rolle der meisten Staaten beschränkt sich heutzutage darauf, im Inneren Ordnung zu schaffen, während die Hypermacht USA alleine die Funktion einer Art weltweiten Überstaates ausübt. Aber die sozialen Kämpfe können heterogene Bündnisse, die auf einem Kompromiss zwischen verschiedenen sozialen Interessen beruhen, an die Macht bringen. Unter dieser Voraussetzung kann ein Staat **wieder etwas mehr Spielraum** gewinnen.

Die Weltsysteme waren fast immer multipolar, auch wenn manchmal nur relativ und provisorisch. Das multipolare System des 19. Jahrhunderts, das sich bis 1945 gehalten hat, bestand eigentlich nur aus den Grossmächten der Epoche. Die von der russischen Revolution eingeleitete und dann teilweise von den asiatischen und afrikanischen Befreiungsbewegungen erzwungene multipolare Welt war ganz anderer Natur. In dieser Hinsicht hat die **Bandung-Periode (1955-75)** es den Letzteren ermöglicht, genauso wie das CEPAL-Projekt in Lateinamerika, sich auf neue Wege zu begeben: Versucht wurde eine autozentrierte Entwicklung und eine Abkoppelung vom herrschenden System. Diese Periode hat das System gezwungen, sich an die Forderungen der Länder des Südens anzupassen.

Die Nachkriegszeit (1945-90) ist nun vorbei. Zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts scheinen sich **zwei Projekte** durchzusetzen: **dasjenige der Triade** und – und in dessen Kern – **dasjenige der US-amerikanischen Hegemonie**. Die USA vernichten die Autonomie der Länder des Südens und schränken auch die Autonomie der „Verbündeten“ von Washington erheblich ein. Die Wirtschaft bringt die Triade-Länder zusammen, die Politik bringt aber ihre Nationen auseinander. Gewiss, das **europäische Projekt** ist lediglich ein Teil des NATO-Projekts. Aber das französische und das holländische Nein zum europäischen Verfassungsvertrag, sowie zahlreiche interne Widerstände bestätigen die Tragweite der sozialen und politischen Kämpfe.

Russland, China und Indien sind die drei strategischen Feinde des amerikanischen Projekts. Wie es scheint, glauben deren Regierungen, dass sie über eigene Handlungsspielräume verfügen, ohne mit den USA frontal zusammen zu stossen. Sie glauben auch, dass sie bei unter ihnen auftretenden Konflikten gelegentlich von ihrer Freundschaft mit den USA Nutzen ziehen können. Eine **eurasische Annäherung** (Europa, Russland, China und Indien), die ganz Asien und Afrika – und wahrscheinlich auch Lateinamerika – mit sich ziehen würde, könnte dem US-Projekt einer weltweiten wirtschaftlichen und militärischen Beherrschung Schaden zufügen. Allerdings erscheint ein Rückzug Europas aus der Nato zur Zeit als höchst unwahrscheinlich.

Die sozialen Bewegungen (…) drücken Konflikte aus, die zwar ihre eigene Logik besitzen, die aber auch im Kontext der globalen Realität der Unipolarität verstanden werden müssen. Können die Länder des Südens in diesem Gebiet eine aktive Rolle spielen? Nur die angegriffenen Völker selbst sind in der Lage den Ansprüchen von Washington Einhalt zu bieten. Allerdings sind ihre Kampfmethoden oftmals von fraglicher Effizienz, auch und gerade deshalb, weil sie die einzigen sind, die wirklich aktiv sind. Sie greifen nämlich zu Mitteln, die eine Kristallisierung der Solidarität von Seiten der Völker des Nordens verzögern.

Die herrschenden Klassen des Südens haben kein autonomes Projekt mehr, wie es zur Zeit der Bandung-Ära und der Epoche des *„desarollismo" (Entwicklungstheorien)* in Lateinamerika durchaus der Fall war. Ohne Zweifel verfolgen gewisse große Länder, die als „Schwellenländer" bezeichnet werden, eigene Ziele: Es geht ihnen darum, ihr Wachstum innerhalb der Globalisierung zu maximieren, was den Widerstand vieler Völker auf den Plan ruft. Diese Länder glauben, über eine Verhandlungsmacht zu verfügen, die es ihnen ermöglicht, von einer solchen Strategie zu profitieren, anstatt eine Einheitsfront mit schwächeren Ländern zu bilden.

Die Vorteile, die sie erlangen können, stellen jedoch nicht die allgemeine Struktur dieses Systems in Frage. Diese Haltung ist keine alternative Lösung und gibt diesem illusorischen Konstrukt eines „nationalen Kapitalismus" nicht die zur Definition eines echten Gesellschaftsprojekts erforderliche Konsistenz. Die verletzt-lichsten Länder des Südens (**die vierte Welt**) haben nicht einmal ein solches Projekt. Ihre eventuell vorhandenen „Ersatzprodukte" – religiöse oder ethnische Fundamentalismen – verdienen diesen Namen nicht.

So ergreift der Norden alleine die Initiative, seine eigenen Projekte voranzutreiben für – oder besser gesagt gegen – sie. Das ist der Fall beim Zusammenschluss der Europäischen Union mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP), die auf eine Handelspartnerschaft hinausläuft, welche das Abkommen von Cotonou ersetzen soll; so auch bei der euro-mediterranen Partnerschaft, die 1995 in Barcelona unterschrieben wurde; so auch bei der amerikanischen Freihandelszone (AFTA oder ALCA auf spanisch und portugiesisch); so auch bei dem US-amerikanisch-israelischen Projekt für einen Grossen Nahen Osten. Viele Widerstandsbewegungen (…) haben gerade diese Projekte im Visier.

Die Kontrolle der Welt durch die USA scheint absolut zu sein. Wenn man von Kuba und von der vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez initiierten bolivarischen Revolution (und ihren Ausläufern auf dem lateinamerikanischen Kontinent) absieht, gibt es kaum Gegenvorschläge, die den USA Einhalt gebieten könnten:

Europa bleibt im Sand der neoliberalen Globalisierung stecken; im Süden gibt es keine gemeinsame Widerstandsfront mehr; China scheint nur darauf aus zu sein, Zeit für ihre ureigensten, ausserdem zweideutigen Ziele zu gewinnen und ist kein aktiver Partner für die Errichtung einer neuen Welt. Die Herausforderungen, die die Errichtung einer wahrhaft multipolaren Welt stellt, sind größer als sich viele globalisierungskritische Bewegungen, die doch selber direkt oder indirekt in diesem Prozess involviert sind, vorstellen.

Im Augenblick geht es darum, das Militärprojekt der USA zum Scheitern zu bringen. Das ist die notwendige Bedingung, um einen hinreichenden **Spielraum zu schaffen,** ohne den jeglicher sozialer und demokratischer Fortschritt und jeder Vorstoss in Richtung einer multipolaren Konstruktion verletzlich bleiben. Die Gegnerschaft zum Krieg (Kosovo, Afghanistan, Irak...) in den Friedensbewegungen und in vielen anderen Widerstandsbewegungen drückt diesen Aspekt des Problems deutlich aus. Das US-amerikanische Projekt wird wahrscheinlich scheitern, weil es maßlos ist. Aber dieses Scheitern wird mit entsetzlichen Folgen für die Menschheit einhergehen.

Unter den folgenden vier Bedingungen könnte eine wirklich multipolare Welt einen passenden Rahmen für Erwartungen und Forderungen der Massenkämpfe abgeben:

- **Europa** schlägt den Weg des Sozialaufbaus ein, also eines langwierigen Übergangs zu einem weltweiten Postkapitalismus und fängt an, definitiv seiner imperialistischen Vergangenheit und Gegenwart den Rücken zu kehren;
- In **China** siegt der „Marktsozialismus" über die illusionäre Fehlentwicklung zu einem nationalen Kapitalismus, der sich unmöglich stabilisieren läßt, weil er die Bevölkerungsmehrheit der ArbeiterInnen und Bauer/ Bäuerinnen ausschliesst;
- **den Ländern des Südens** (Völkern und Staaten) gelingt es, eine gemeinsame Front aufzubauen. Das ist die Bedingung zur Eröffnung von Freiräumen, in denen die benachteiligten Bevölkerungsschichten nicht nur für sie günstige Konzessionen erlangen, sondern darüber hinaus den Charakter des etablierten Staatsapparats umprägen können, indem sie die dominierenden Blöcke, die mit den Interessen des Nordens liiert sind, durch nationale, volksnahe und demokratische Blöcke ersetzen;
- der **Aufbau der nationalen und internationalen Rechtsssysteme** verbindet den Respekt vor der nationalen Souveränität (von der Souveränität der Staaten bis hinauf zu derjenigen der Völker) einerseits mit dem Respekt vor den individuellen, kollektiven, politischen und sozialen Rechten andererseits, wie sie von den sich zusammenschließenden Sozialbewegungen und Anti-System-Organisationen gefordert werden.

(1) Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL hat zur selben Zeit das Importsubstitutionsmodell einhergehend mit Sozialverträgen an Stelle des sEntwicklungsmodells gefordert

Samir Amin, Wirtschaftler, Präsident des FMA (weltweites Forum für Alternativen), **François Houtart**, Präsident des Trikontinentalzentrums (Cetri), **Ignacio Ramonet**, Direktor von Le Monde Diplomatique
Übersetzung: Katharina Stalder, Angelika GROSS, Helga Heidrich, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org, SiG-Redaktion

Das **sechste Weltsozialforum** (WSF) findet im Januar 2006 statt.
Es gibt drei Veranstaltungsorte: Bamako in Mali www.fsmmali.org
Caracas in Venezuela http://www.forosocialmundial.org.ve/
und Karachi in Pakistan http://www.wsf2006karachi.org/
http://weltsozialforum.org/2006/2006.wsf.0/index.html

Michel Chossudovsky, Kanada*

Atomkrieg gegen den Iran?

Zeit-Fragen Nr.2 vom 9.1.2006, www.zeit-fragen.ch

Die Lancierung eines uneingeschränkten Krieges gegen den Iran, bei dem nukleare Sprengköpfe eingesetzt werden, steht jetzt in der letzten Planungsphase. Die Koalitionspartner, einschliesslich der USA, Israel und der Türkei, befinden sich in «einem fortgeschrittenen Bereitschaftsstadium». Verschiedene militärische Übungen wurden seit Anfang 2005 durchgeführt. Im Gegenzug haben die iranischen Streitkräfte in Erwartung eines von den USA unterstützten Angriffs im Dezember ebenfalls umfangreiche Militärmanöver im Persischen Golf abgehalten. Seit dem Frühjahr 2005 gab es eine intensive Pendeldiplomatie zwischen Washington, Tel Aviv, Ankara und dem Nato-Hauptquartier in Brüssel.

Zu den jüngsten Entwicklungen gehört, dass der Direktor der CIA, Porter Goss, auf einer Mission in Ankara den türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan um poli-tische und logistische Unterstützung für Luftschläge gegen iranische nukleare und militärische Ziele bat. Goss ersuchte wie verlautet um spezielle Kooperation des türkischen Geheimdiensts bei der Vorbereitung und Überwachung der Operation.(1)

Premierminister Ariel Sharon gab seinerseits der israelischen Armee grünes Licht, mit den Angriffen Ende März zu beginnen:
Alle hochrangigen israelischen Repräsentanten nannten Ende März 2006 als Deadline für den Militärangriff auf den Iran ... Das Datum von Ende März fällt auch mit dem IAEA-Report an die Uno über das Atom-energieprogramm des Iran zusammen. Israelische Politiker glauben, dass ihre Drohungen den Report beeinflussen könnten oder zumindest diejenige Art von Zweideutigkeiten fördern würden, die von ihren Unterstützern in Übersee benutzt werden könnten, um Sanktionen des Sicherheitsrats zu fordern oder Militäraktionen Israels zu rechtfertigen.(2) Der von den USA geförderte militärische Plan wird von der Nato gebilligt, obwohl es im jetzigen Stadium unklar ist, wie die Nato an den geplanten Luftangriffen beteiligt sein wird.

«Shock and Awe» [Schock und Entsetzen]

Die verschiedenen Komponenten der militärischen Operation stehen streng unter amerikanischem Kommando und werden vom Pentagon und dem US-Strategic Command Headquarters (USSTRATCOM) auf der Offutt-Luftwaffenbasis in Nebraska koordiniert.
Die Aktionen, die Israel angekündigt hat, sollen in enger Koordination mit dem Pentagon durchgeführt werden. Die Kommandostruktur der Operation ist zentralisiert, und letztlich wird Washington entscheiden, wann die Militäroperation begonnen wird.
Amerikanische Militärquellen haben bestätigt, dass ein Luftangriff auf den Iran mit umfangreichen Einsätzen stattfinden würde, vergleichbar den amerikanischen «Shock and Awe»-Bombardierungen des Irak im März 2003: Amerikanische Luftangriffe auf den Iran überträfen das Ausmass des israelischen Angriffs auf das Nuklearzentrum von Osirak im Irak 1981 weit und würden eher den ersten Tagen des Luftkriegs gegen den Irak im Jahr 2003 gleichen. Mit der vollen Kraft von B-2-Stealth-Bombern, die von Diego Garcia oder direkt von den USA aus eingesetzt werden, möglicherweise ergänzt durch F-117 Stealth-Fighter, die in Udeid in Katar oder andernorts auf dem Kriegsschauplatz stationiert sind, würden die zwei Dutzend verdächtiger nuklearer Anlagen angegriffen werden.
Militärplaner könnten ihre Liste von Zielen auf die Präferenzen der Administration zuschneiden, indem begrenzte Luftschläge nur auf die wichtigsten Anlagen ausgeführt würden … oder die USA könnten sich für eine weit umfangreichere Anzahl von Schlägen gegen eine umfassende Reihe von Zielen mit einem Zusammenhang zu Massenvernichtungswaffen entscheiden sowie gegen konventionelle und unkonventionelle Streitkräfte, die benutzt werden könnten, um Gegenattacken gegen die amerikanischen Streitkräfte im Irak zu führen.(3)
Im November führte das US-Strategic Command eine wichtige Übung für einen «globalen Militärschlagplan» durch, der «Global Lightening» genannt wurde. Diese beinhaltete einen simulierten Angriff mit konventionellen und atomaren Waffen gegen einen «fiktiven Feind».
Nach der «Global Lightening»-Übung gab das US-Strategic Command einen fortgeschrittenen Bereitschaftszustand bekannt (vgl. unsere Analyse weiter unten). Während asiatische Presseberichte angaben, der «fiktive Feind» bei der «Global Lightening»-Übung sei Nord-Korea, legt die Zeitwahl der Übung nahe, dass diese als Vorbereitung eines geplanten Angriffs auf den Iran diente.

Konsens für einen Atomkrieg

In der Europäischen Union haben sich keine politischen Stimmen dagegen erhoben. Konsultationen zwischen Washington, Paris und Berlin sind im Gange. Im Gegensatz zur Invasion im Irak, die auf der diplomatischen Ebene von Frankreich und Deutschland abgelehnt wurde, hat Washington einen «Konsens» innerhalb der Atlantischen Allianz sowie im UN-Sicherheitsrat aufgebaut. Dieser Konsens schliesst auch die Durchführung eines Atomkriegs ein, der möglicherweise einen grossen Teil der nahöstlichen und zentralasiatischen Region in Mitleidenschaft ziehen würde.
Weiter ist eine Anzahl arabischer Frontstaaten heute stillschweigend Partner im US-/israelischen Militärprojekt. Vor einem Jahr, im November 2004, trafen sich Israels höchste Militäroffiziere im Nato-Hauptquartier in Brüssel mit ihren Pendants der sechs Mittelmeer-Anrainerstaaten Ägypten, Jordanien, Tunesien, Marokko, Algerien und Mauretanien. Ein Nato-Israel-Protokoll wurde unterschrieben. In der Folge dieser Treffen hielten die USA, Israel und die Türkei vor der Küste Syriens gemeinsame Militärübungen ab. Und im Februar 2005 nahm Israel an Militärübungen und «Anti-Terror-Manövern» mit einigen arabischen Ländern teil. Die Medien haben im Chor unmissverständlich den Iran als eine «Bedrohung des Weltfriedens» bezeichnet. Die Antikriegs-

bewegung hat diese Medienlügen geschluckt. Die Tatsache, dass die USA und Israel im Nahen Osten einen nuklearen Holocaust planen, ist nicht Teil der Antikriegs-/Antiglobalisierungsagenda.
Die «chirurgischen Schläge» werden der Weltmeinung als Mittel präsentiert, den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern. Man sagt uns, dies sei kein Krieg, sondern eine militärische Friedenserhaltungsoperation, die in Form von Luftangriffen gegen die iranischen Nuklearanlagen geführt werden.

Mini-nukes: «Sicher für Zivilisten»

Während Presseberichte gewisse Details der militärischen Agenda enthüllen, dienen sie weitgehend dazu, die weiterreichende Natur der militärischen Operation zu verzerren, die den präemptiven Gebrauch von taktischen Nuklearwaffen in Erwägung zieht. Die Kriegsagenda beruht auf der Doktrin des «präemptiven» Nuklearkriegs der Bush-Administration unter der Nuclear Posture Review von 2002.
Desinformation durch die Medien wurde extensiv eingesetzt, um die verheerenden Konsequenzen einer militärischen Aktion zu verdecken, die den Einsatz von Atomsprengköpfen gegen den Iran einschliesst. Die Tatsache, dass diese «chirurgischen Schläge» mit konventionellen und nuklearen Waffen durchgeführt würden, ist kein Diskussionsthema. Nach einer Entscheidung des Senats im Jahr 2003 wird die neue Generation von taktischen Atomwaffen oder «low yield mini-nukes» mit einer Explosionskraft von bis zu 6 Hiroshima-Atombomben jetzt als «sicher für Zivilisten» betrachtet, weil die Explosion unterirdisch stattfindet.
Mit einer Propagandakampagne, die sich die Unterstützung von «massgebenden» Nuklearwissenschaftern gesichert hat, werden die «mini-nukes» als ein Instrument des Friedens statt des Krieges präsentiert. Die «low yield nukes» wurden für den «Gebrauch auf dem Schlachtfeld» freigegeben. Sie sind dafür vorgesehen, im nächsten Stadium des amerikanischen «Krieges gegen den Terrorismus» neben konventionellen Waffen eingesetzt zu werden.
Beamte der Administration argumentieren, dass «Low-yield»-Nuklearwaffen zur glaubwürdigen Abschreckung gegen Schurkenstaaten gebraucht würden (Iran, Nord-Korea). Ihre Logik ist, dass die existierenden Nuklearwaffen zu zerstörerisch sind, um sie ausserhalb eines vollumfänglichen Atomkriegs anzuwenden. Potentielle Feinde realisieren dies, so dass sie die Bedrohung durch eine nukleare Vergeltung nicht als glaubwürdig betrachten. «Low-yield»-Nuklearwaffen sind weniger zerstörerisch, daher ist es um so eher denkbar, dass sie eingesetzt werden. Dies würde sie als Abschreckungsmittel wirksamer machen.(4)
In einer vollkommen verdrehten Logik werden Atomwaffen als Mittel vorgestellt, den Frieden zu erhalten und Kollateralschäden zu verhindern. Das Pentagon hat in diesem Zusammenhang verlauten lassen, dass die «mini-nukes» mit einer Zerstörungskraft von weniger als 5000 Tonnen für Zivilisten harmlos seien, weil die Explosion unterirdisch stattfindet. Jede dieser «mini-nukes» beinhaltet jedoch dennoch - im Hinblick auf die Explosionskraft und den möglichen radioaktiven Fallout - einen wesentlichen Bruchteil der Atombombe, die 1945 auf Hiroshima abgeworfen wurde. Schätzungen hinsichtlich der Sprengkraft von Nagasaki und Hiroshima zeigen an, dass es sich um 21000 bzw. 15000 Tonnen handelte.(5) Mit anderen Worten, die «mini-nukes» mit geringer Sprengkraft haben die explosive Gewalt von einem Drittel der Bombe von Hiroshima.
Die neue Definition eines atomaren Sprengkopfes hat die Unterscheidung zwischen konventionellen und atomaren Waffen verwischt:
«Es ist ein Gesamtpaket (von nuklearen und konventionellen Waffen). Die Folge davon ist offensichtlich, dass die Atomwaffe von der besonderen Kategorie des letzten Auswegs oder der schlimmsten Waffe herabgestuft wird, als ob sie nur ein weiteres Werkzeug in der Werkzeugkiste sei», sagte Kristensen.(6)
Wir befinden uns an einem gefährlichen Scheideweg: Die Militärplaner glauben bereits an ihre eigene Propaganda. Die Militärhandbücher behaupten, dass diese neue Generation von Atomwaffen «sicher» für den Gebrauch auf dem Schlachtfeld ist. Sie sind nicht länger die Waffen des letzten Auswegs. Es gibt keine Hindernisse oder politischen Hürden für ihren Einsatz. In diesem Zusammenhang hat Senator Edward Kennedy die Bush-Regierung beschuldigt, «eine Generation noch brauchbarerer Atomwaffen» entwickelt zu haben. Die internationale Gemeinschaft hat einen Atomkrieg im Namen des Weltfriedens befürwortet. «Die Welt sicherer zu machen» ist die Rechtfertigung, eine militärische Operation in Gang zu setzen, die möglicherweise in einem atomaren Holocaust enden könnte.
Doch sind nukleare Holocausts nun einmal keine Nachrichten, die auf den Titelseiten erscheinen! In den Worten von Mordechai Vanunu bereitet sich die israelische Regierung darauf vor, Atomwaffen in ihrem nächsten Krieg gegen die islamische Welt einzusetzen. Hier, wo ich lebe, reden die Leute oft vom Holocaust. Doch ist jede Atombombe, wie auch immer, an sich schon ein Holocaust. Sie kann töten, Städte zerstören, ganze Völker auslöschen.(7)

Oberkommando-Einheit für Angriffe im Weltraum und auf der Erde

Ein präemptiver Atomangriff mit taktischen nuklearen Waffen würde vom US-Strategic Command in der Offutt Air Force Base in Nebraska koordiniert werden, in Zusammenarbeit mit Kommandoeinheiten der USA und der Koalition im Persischen Golf, der Militärbasis Diego Garcia, von Israel und der Türkei.
Mit seiner neuen Vollmacht hat USSTRATCOM die Verantwortung, «einen globalen Angriffsplan zu überwachen», der sowohl konventionelle als auch Atomwaffen beinhaltet. Im Militärjargon ist es dafür vorgesehen, die Rolle eines «globalen Integrators zu spielen, der zuständig ist für Operationen im Weltraum, Nachrichten-Operationen, integrierte Raketenabwehr, globales Kommando und Kontrolle, Geheimdienst, Überwachung und Aufklärung, globalen Angriff und strategische Abschreckung».
Im Januar 2005, zu Beginn der militärischen Aufrüstung gegen den Iran, wurde USSTRATCOM als «das führende Kampfkommando für die Integration und Feinabstimmung der Bemühungen des Verteidigungsministeriums hinsichtlich der Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen» eingesetzt.
Um diesen Auftrag umzusetzen, wurde eine nagelneue Befehlseinheit, die Joint Functional Component Command Space and Global Strike oder JFCCSGS geschaffen [Kommandostelle für die vereinigten Komponenten Weltraum und weltweiter Angriff].
JFCCSGS hat die Aufgabe, die Auslösung eines nuklearen Angriffs in Übereinstimmung mit dem Nuclear Posture Review (NPR) zu überwachen, der im Jahre 2002 vom US-Kongress verabschiedet wurde. Der NPR hebt den präemptiven Gebrauch von nuklearen Gefechtsköpfen nicht nur gegen «Schurkenstaaten», sondern auch gegen China und Russland hervor.
Seit November soll sich die JFCCSGS nach der Durchführung entsprechender militärischer Übungen in «einem fortgeschrittenen Zustand der Bereitschaft» befinden. Diese Aussage wurde Anfang Dezember durch das Oberbefehlskommando der Vereinigten Staaten gemacht mit dem

Inhalt, dass die Kommandoeinheit «die operative Fähigkeit zu schnellen Schlägen gegen Ziele auf dem gesamten Erdball habe, wobei sowohl nukleare als auch konventionelle Waffen zum Einsatz kommen». Die Übungen, die im November durchgeführt wurden, benutzten «ein fiktives Land, von dem angenommen wurde, dass es sich um Nord-Korea handle».(8)
«Die neue Einheit [JFCCSGS] erfüllt bis zum 18. November die Voraussetzungen, die notwendig sind, um eine funktionsfähige Erstschlagfähigkeit zu besitzen.»(9)
Eine Woche vor dieser Ankündigung beendete die Einheit eine Gefechtsstandübung, genannt Global Lightening, die mit einer anderen Übung, genannt Vigilant Shield, verbunden war und von der nordamerikanischen Aerospace Verteidigungsgruppe NORAD geleitet wurde, die verantwortlich für die Verteidigung von Nordamerika durch Flugkörper ist.
«Nachdem es im Jahre 2002 einige neue Aufgaben übernommen hatte, wurde das US-Strategic Command umorganisiert, um eine bessere Zusammenarbeit und übergreifende Bereitschaft zu gewährleisten», sagte der Marine-Kapitän James Graybeal, ein führender Sprecher von STRATCOM.
«Bis zum Mai dieses Jahres hatte die JFCCSGS ein operatives Konzept veröffentlicht und begonnen, ihre allgemeinen operativen Notwendigkeiten und den integrierten Planungsprozess zu entwickeln.»
«Die Leistung der Einheit während der Übung Global Lightening zeigte ihre Fähigkeit, ihre Aufgabe der integrierten Weltraum- und globalen Einsatzfähigkeit zu erfüllen, um Angreifer abzuhalten und von ihren Vorhaben abzubringen und, wenn der Befehl erfolgt, die Gegner durch entschiedene gemeinsame globale Massnahmen zur Unterstützung von STRATCOM zu besiegen,» fügte er hinzu, ohne sich genauer über die «neuen Aufgaben» der neuen Befehlseinheit auszulassen, die etwa 250 Mann umfasst.
Nuklearexperten und Regierungsquellen betonten, dass eine der Hauptaufgaben sein würde, die nukleare Strategie aus dem Jahre 2001 umzusetzen, die eine Option für präemptive nukleare Angriffe auf «Schurkenstaaten» mit Massenvernichtungswaffen zulässt.(10)

Concept Plan (Conplan) 8022

Die JFCCSGS ist in einem Zustand erhöhter Bereitschaft, nukleare Angriffe auszulösen, die gegen den Iran oder Nord-Korea gerichtet sind.
Die operative Umsetzung eines solchen globalen Schlages wird Concept Plan (Conplan) 8022 genannt. Dieser wird beschrieben als «ein aktueller Plan, den die Marine und die Luftwaffe in ein Angriffspaket für ihre Unterseeboote und Bomber umsetzen». (ibid.)
Conplan 8022 ist «der allumfassende Dach-Plan für diese Art von vorgeplanten strategischen Szenarios, bei denen Kernwaffen mit einbezogen sind.»
«Er ist speziell auf diese neuen Arten der Bedrohung zugeschnitten - den Iran, Nord-Korea - auch auf Atomwaffenproduzenten und mögliche Terroristen», sagte er. «Es gibt nichts, was sie daran hindert, Conplan 8022 in begrenzten Szenarios gegen russische und chinesische Ziele anzuwenden.»(11)
Die Aufgabe von JFCCSGS ist es, Conplan 8022 auszuführen, mit anderen Worten, einen Atomkrieg gegen den Iran auszulösen.
Der Oberbefehlshaber, George W. Bush, würde in diesem Fall dem Verteidigungsminister den entsprechenden Befehl geben, der seinerseits den Befehl an die Stabschefs weitergeben würde, Conplan 8022 zu aktivieren. Conplan ist anders als andere militärische Operationen. Er erwägt nicht einmal den Einsatz von Bodentruppen.
Conplan 8022 unterscheidet sich von anderen Kriegsplänen dadurch, dass es eine Operation von kleinem Umfang vorsieht und keine «boots on the ground» [Einsatz von Bodentruppen]. Ein typischer Kriegsplan umfasst eine Mischung der Streitkräfte: in der Luft, am Boden und auf dem Wasser - und berücksichtigt die nötigen logistischen und politischen Dimensionen, um diese Streitkräfte bei längeren Einsätzen zu unterstützen … Der globale Angriffsplan ist offensiv, wird ausgelöst durch die Wahrnehmung einer unmittelbar bevorstehenden Bedrohung und ausgeführt durch Befehl des Präsidenten.(12)

Die Rolle Israels

Seit Ende 2004 hat Israel in Erwartung eines Angriffs auf den Iran in den USA hergestellte konventionelle und nukleare Waffensysteme eingelagert. Diese Vorratsbildung, von der US-Militärhilfe finanziert, war im Juni 2005 weitgehend abgeschlossen. Israel hat Lieferungen von den USA bekommen, die mehrere tausend «intelligente aus der Luft abzufeuernde Waffen» umfassen, einschliesslich etwa 500 bunkerbrechende Bomben [bunkerbuster bombs], die auch mit taktischen Atombomben bestückt werden können.
Die B61-11 ist die «nukleare Version» der «konventionellen» BLU-113. Sie kann auf die gleiche Weise wie die konventionellen bunkerbrechenden Bomben ausgerüstet werden.(13)
Hinzu kommt, wie Ende 2003 berichtet wurde, dass israelische U-Boote der Delfin-Klasse, die mit amerikanischen Harpoon-Raketen mit Atomsprengköpfen ausgerüstet sind, diese nun auf den Iran richten.(14)

Ausweitung des Krieges

Teheran hat versichert, dass es im Falle eines Angriffs mit gegen Israel gerichteten ballistischen Raketenschlägen zurückschlagen werde. (CNN vom 8. Februar 2005) Diese Angriffe könnten auch militärische US-Einrichtungen im Irak und im Persischen Golf zum Ziel haben, was uns sofort in eine militärische Eskalation und einen umfassenden Krieg führen würde.

Gegenwärtig gibt es drei separate Kriegsschauplätze: Afghanistan, den Irak und Palästina. Die Luftangriffe gegen den Iran könnten dazu beitragen, einen Krieg im gesamten Bereich des Nahen Ostens und in Zentralasien auszulösen.
Darüber hinaus sollte der geplante Angriff auf den Iran auch in bezug auf den zeitlich passenden Rückzug der syrischen Truppen aus Libanon verstanden werden, der dem Einsatz von israelischen Kräften neuen Raum geöffnet hat. Die Teilnahme der Türkei an der Operation der USA und Israels ist auch ein Faktor im Anschluss an die Vereinbarung zwischen Ankara und Tel Aviv vom letzten Jahr.
Erst kürzlich hat Teheran seine Luftabwehr durch den Erwerb von russischen 29-Tor-M-1 Raketenabwehrsystemen verstärkt. Im Oktober wurde mit Unterstützung Moskaus «von einer russischen Rakete ein iranischer Spionagesatellit Sinah-1 in die Umlaufbahn geschossen.»(15)
Sinah-1 ist nur der erste von mehreren iranischen Satelliten, die in den nächsten Monaten von russischen Raketen in Umlaufbahnen gebracht werden sollen.
Auf diese Weise wird der Iran bald über ein Netzwerk von Satelliten zur Früherkennung eines israelischen Angriffs verfügen, das jedoch nur ein schwacher Abklatsch der viel leistungsfähigeren israelischen und amerikanischen Systeme sein wird, die die kleinste Bewegung des Bartes eines Mullahs in Teheran registrieren können.
Hinzu kommt, dass Russland, wie die Sunday Times berichtet, einen Vertrag über die Lieferung eines modernen Verteidigungssystems gegen Fernlenkraketen und lasergesteuerte Bomben an den Iran im Wert von 1 Milliarde Dollar abgeschlossen hat. Auch dieses wird in ein paar Monaten einsatzbereit sein.

Bodenkrieg

Obwohl ein Bodenkrieg unter Conplan nicht ins Auge gefasst wird, könnten die Bombardierungen zu einem Bodenkrieg eskalieren.

Iranische Truppen könnten die iranisch-irakische Grenze überqueren und die Koalitionskräfte im Irak angreifen. Israelische Truppen und/oder Spezialkräfte könnten im Libanon und in Syrien aktiv werden.

Neuerdings plant Israel in Zusammenarbeit mit der Regierung in Ankara Militärmanöver und die Aufstellung von Spezialkräften in den an Iran und Syrien angrenzenden Bergregionen der Türkei.

Ankara und Tel Aviv haben sich auf ein Abkommen geeinigt, das der israelischen Armee Militärübungen in den [türkischen] Bergregionen, die an den Iran grenzen, gestattet.

[Eine] ... Zeitung aus den UAE [Vereinigten Arabischen Emiraten]...[berichtete], dass nach der Vereinbarung zwischen dem Oberbefehlshaber der israelischen Armee, Dan Halutz, und türkischen Repräsentanten, Israel verschiedene Militärmanöver in den iranischen und syrischen Grenzregionen durchführen soll. Dan Halutz war einige Tage vorher in die Türkei gereist. Die Tageszeitung aus den UAE zitiert gewisse Quellen, ohne sie beim Namen zu nennen, und hebt hervor: Die Anfrage nach den Manövern kam von der israelischen Seite auf Grund der Schwierigkeit, die Bergregionen nahe der iranischen Grenze im Winter zu durchqueren.

Die beiden Einheiten Hakari und Bulo (diese beiden Namen sind nur phonetisch nachgebildet) sollen an den zeitlich noch nicht festgelegten Manövern teilnehmen. Diese Einheiten sind die wichtigsten israelischen Spezialeinheiten und für den Kampf gegen den Terror und in Guerilla-Kriegsführung ausgebildet.

Vorher hatte die Türkei zugestimmt, dass israelische Piloten in der iranischen Grenzregion ausgebildet werden dürfen. Die Nachricht [über das Abkommen] wurde veröffentlicht, als türkische Offizielle den Vorwurf abzuwehren versuchten, sie würden mit Amerika in der Spionage gegen die Nachbarländer Syrien und Iran kooperieren.

Seit letzter Woche hat die arabische Presse verschiedene Berichte über die Bereitschaft oder zumindest prinzipielle Zustimmung Ankaras zu Verhandlungen veröffentlicht, türkischen Boden und Luftraum für Aktionen gegen den Iran zur Verfügung zu stellen.(16)

Schlussbemerkungen

Die Konsequenzen sind erschütternd. Die sogenannte internationale Gemeinschaft hat die Möglichkeit eines nuklearen Holocaust akzeptiert. Diejenigen, die entscheiden, sind von ihrer eigenen Kriegspropaganda geblendet. Zu Luftangriffen mit taktischen Kernwaffen gibt es einen politischen Konsens in Westeuropa und Nordamerika, ohne die verheerenden Folgen in Betracht zu ziehen. Dieses profitorientierte militärische Abenteuer bedroht letztlich die Zukunft der Menschheit.

Was in den nächsten Monaten notwendig ist, ist ein umfassender nationaler und internationaler Vorstoss, der das Kartell des Schweigens durchbricht, der die Gefahren benennt, der dieses Kriegsprojekt ins Zentrum der politischen Debatte und der Aufmerksamkeit der Medien auf allen Ebenen rückt, der die politischen und militärischen Führer herausfordert und sie zu einer deutlichen Haltung gegen den von den USA geförderten Atomkrieg zwingt.

Was letztlich notwendig ist, sind umfassende internationale Sanktionen gegen die USA und Israel.

Quelle: www.globalresearch.ca vom 3.1.2006

1 Deutscher Depeschen Dienst vom 23. Dezember 2005
2 James Petras, Israels War Deadline: Iran in the Crosshairs, www.globalresearch.ca vom 25.12.2005
3 vgl. Globalsecurity.org unter www.globalsecurity.org/military/ops/iran-strikes.htm
4 Opponents Surprised by Elimination of Nuke Research Funds, Defense News vom 29.12.2004
5 www.warbirdforum.com/hiroshim.htm
6 Hans Kristensen vom Nuclear Information Project, zitiert im Japanese Economic Newswire vom 30.12.2005
7 Siehe auch das Interview mit Mordechai Vanunu, Israel Preparing to use Nuclear Weapons against Iran, globalresearch.ca vom 2.1.2006
8 vgl. David Ruppe, Preemtive Nuclear War in a State of Readiness: U.S. Command Declares Global Strike Capability, www.globalresearch.ca vom 2.12.2005
9 vgl. David Ruppe, Preemtive Nuclear War in a State of Readiness: U.S. Command Declares Global Strike Capability, www.globalresearch.ca vom 2.12.2005
10 Hans Kristensen vom Nuclear Information Project, zitiert im Japanese Economic Newswire vom 30.12.2005
11 Hans Kristensen vom Nuclear Information Project, zitiert im Japanese Economic Newswire vom 30.12.2005
12 William Arkin, Washington Post vom Mai 2005)
13 vgl. Michel Chossudovsky, www.globalresearch.ca/articles/CGO112C.html, siehe auch http://www.thebulletin.org/article_nn.php?art_ofn=jfo3norris
14 siehe auch Gordon Thomas, www.globalresearch.ca/articles/THO311A.html
15 vgl. Chris Floyd, Persian Fire, www.globalresearch.ca vom 20.12.2005
16 E'temad Website, Teheran, persisch, vom 28.12.2005, BBC Monitoring Services Translation

Michel Chossudovsky ist Autor des internationalen Bestsellers «Global Brutal» (The Globalization of Poverty), der in elf Sprachen veröffentlicht wurde. Er ist Professor für Ökonomie an der Universität Ottawa und Direktor des Center for Research on Globalization (www.globalresearch.ca).
Sein letztes Buch heisst «America's War on Terrorism», Global Research, 2005.

Wer als Staatsführer terroristische Mittel gegen Frankreich anwenden oder Massenvernichtungswaffen einsetzen wolle, müsse mit einer "entschlossenen und angemessenen Antwort" rechnen, sagte Frankreichs Präsident Jacques Chirac am 19. Januar 2006 in einer Rede auf einem Marinestützpunkt vor der bretonischen Küste. "Dies kann eine konventionelle Antwort sein, sie kann aber auch anderer Natur sein."

Chiracs Ansprache stieß auf empörte Reaktionen in der Friedesnbewegung und überwiegend kritische Kommentare in den überregionalen Zeitungen:

http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Frankreich/atomwaffen.html

Mohssen Massarrat*

Motive der Konfliktparteien im Iran-Atomkonflikt

Das Scheitern der EU-Diplomatie und Alternativen zu einem neuen Krieg

Der Iran-Atomkonflikt wird in der öffentlichen Debatte überwiegend darauf zurückgeführt, dass das iranische Atomprogramm nicht nur energiepolitische Ziele, sondern auch militärische Ziele verfolgt und dass die „internationale Gemeinschaft" aus Sorge um die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen Iran zu einer Änderung seiner Atompolitik bewegen will.

In der Logik dieser Konfliktbeschreibung liegen auch **Schlussfolgerungen, die einen Gewalteinsatz als Mittel zur Konfliktlösung legitimieren**: „Sollte Teheran nicht zu mehr Flexibilität bereit sein", so Oliver Thränert von der Stiftung Wissenschaft und Politik „dürfte es kaum eine andere Möglichkeit geben, als zu versuchen, durch Beschlussfassung des UN-Sicherheitsrates Iran auch mit nicht-kooperativen Mitteln von seinen allem Anschein nach bestehenden Absichten, sich eine Atomwaffenoption zu verschaffen, abzubringen."

Diese die Anwendung von nicht-kooperativen Mitteln, letztlich einen neuen Krieg befürwortende Position, die inzwischen leider in Europa und in Deutschland zur Mainstream-Position geworden ist, ist empirisch einseitig und unterschlägt die vielschichtigen Motive und Interessenlagen auf beiden Seiten des Konflikts.

Der Iran verfolgt mit seinem Atomprogramm energiepolitische, sicherheitspolitische sowie wirtschafts- und technologiepolitische Ziele mit national-symbolischer Bedeutung.

Der Westen verfolgt dagegen einerseits das Ziel zu verhindern, dass der Iran eine regionale Atommacht wird. Andererseits kristallisiert sich auch immer deutlicher heraus, dass sich hinter dem Vorwand der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen eine Strategie der flächendeckenden Weiterverbreitung von Atomenergie und handfeste Interessen der internationalen, vor allem der US-amerikanischen Nuklearindustrie verbirgt.

Im Folgenden sollen zunächst die Motive und Interessen beider Seiten näher erläutert und dann Alternativen zum Gewalteinsatz und Krieg skizziert werden.

1. Energie- und nukleartechnologische Motive

Das iranische Energieministerium prognostiziert bis 2025 den Bedarf einer Kraftwerkskapazität von 100.000 Megawatt, die gegenwärtige Kapazität beträgt ca. 40.000 MW. Dieser Bedarf wird mit steigender Bevölkerungszahl und wachsendem Lebensstandard begründet.

Zur Deckung des wachsenden Strombedarfs seien – so die iranische Regierung - demzufolge 15 – 20 Atomkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 20.000 MW erforderlich. Anderenfalls wäre der Iran gezwungen, bald die gesamte Öl- und Gasproduktion für den einheimischen Verbrauch einzusetzen (gegenwärtig beträgt dieser Anteil 40%), mit der Folge, dass seine Deviseneinnahmen auf Null sinken würden. Diese doch beträchtliche nukleare Kraftwerkskapazität setze – so Teheran – einen eigenständigen iranischen Brennstoffkreislauf, d.h. die Herstellung von yellow cake, die Erzeugung des gasförmigen Uranhexafluorid (UF6) und schließlich die Urananreicherung auf 3% voraus. Nur so könne langfristig die eigene energiepolitische Unabhängigkeit und Sicherheit garantiert werden.

Mit einer ähnlichen Argumentation schuf 1975 das mit den USA verbündete Schah-Regime - seinerzeit mit Zustimmung und Unterstützung von USA und Europa - das iranische Atomprogramm, das schon damals den vollständigen Brennstoffkreislauf einschloss.

1981 - also nach der islamischen Revolution, die 1979 stattfand - beschloss die neue islamische Führung, das nukleare Programm des alten Regimes weiterzuführen.

Inzwischen sind ca. 4.000 hoch dotierte Ingenieure und Wissenschaftler in der iranischen Nuklearindustrie beschäftigt, die - ganz in Übereinstimmung mit der Propaganda der europäisch-amerikanischen Nuklearindustrie - den Atomstrom als die einzige Alternative zu erschöpfbaren fossilen Energiequellen erklären und dafür plädieren, die Atomenergie zum zweiten Standbein der iranischen Energieversorgung zu machen.

Die Prognosen zum Strombedarf entsprechen den Wünschen iranischer Atomenergieexperten, die genauso willkürlich und unbegründet sind wie die Strombedarfsprognosen der deutschen Atomindustrie vor 30 Jahren.

Erstens werden in dieser Prognose die technologischen Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und Absenkung des Bedarfs in großem Umfang nicht berücksichtigt.

Zweitens wird die Perspektive der Nutzung von regenerativen Energiequellen, deren Potentiale im Iran beträchtlich sind, als Alternative zur Nuklearenergie und ein zweites Standbein neben den fossilen Energiequellen systematisch ausgeblendet.

Die USA und die EU haben bisher weder die iranischen Strombedarfsprognosen, und damit die angepeilte nukleare Kraftwerkskapazität in Frage gestellt noch von sich aus die Alternative regenerativer Energietechnologien für Irans Energieversorgung ins Spiel gebracht.

Ganz im Gegenteil erklärte sich die EU in ihrem Angebot vom 8. August 2005 bereit, Iran beim massiven Ausbau der Atomenergie zu unterstützen, allerdings mit der nicht verhandelbaren Bedingung eines dauerhaften iranischen Verzichts auf Urananreicherung. Diese Bedingung liefe aus iranischer Sicht jedoch darauf hinaus, die für die Sicherheit der Energieversorgung sensibelste Stufe der nuklearen Energieerzeugung ins Ausland zu verlagern und sich in eine dauerhafte Abhängigkeit zu begeben. Alle Fraktionen der iranischen Elite lehnen dieses Ansinnen mit einem durchaus einsichtigen Argument rundweg ab: „Wir wollen", so die überwiegende Ansicht der Regierung und des Parlaments „die Abhängigkeit von eigenen fossilen Energiequellen reduzieren, aber nicht um den Preis einer neuen energiepolitischen Abhängigkeit, und dazu noch einer Abhängigkeit vom Ausland bzw. von Staaten, die uns nicht freundlich gesinnt sind".

Tatsächlich wäre der Iran dadurch jederzeit erpressbar und seine kostspieligen Atomanlagen wären im Konfliktfall keinen Pfifferling mehr wert. Teheran wirft den USA und der EU vor, unter dem Vorwand der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen die Weiterverbreitung und den flächendeckenden Export von Atomkraftwerken absichern und entgegen den Bestimmungen des Atomsperrvertrages (NPT) zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten schaffen zu wollen.

Präzedenzfall Iran

Die Annahme ist durchaus nicht abwegig, dass im Süden eine von der internationalen Nuklearindustrie, hauptsächlich der US-Nuklearindustrie, abhängige Energieversorgung etabliert werden soll. Angesichts der weltweit steigenden Energienachfrage, der sinkenden fossilen Energieressourcen und der Notwendigkeit zur Reduktion von CO2 rechnet die internationale Nuklearindustrie mit einer Renaissance der Atomkraftwerke, zumal vor allem die US-Nuklearindustrie Prototypen von Mini-AKWs entwickelte, die auch in ländlichen Gebieten dezentral installiert werden könnten.

Doch diese langfristig angelegte Strategie der Weiterverbreitung von Atomenergie erfordert gleichzeitig eine überzeugende neue Strategie der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen, zumal NPT sich dazu als lückenhaft erwiesen hat. In diesem Kontext ist es naheliegend, durch Iran notfalls auch mittels Gewalteinsatz den Präzedenzfall für zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten zu schaffen: Erstens die Industriestaaten, allen voran die USA, mit allen rechtlichen Möglichkeiten der AKW-Produktion und weltweiten Exports. Und zweitens die Länder des Südens, denen die Rolle zugewiesen wird, die AKWs importieren zu dürfen, im übrigen aber von fremder Brennstoffversorgung, und damit der Nuklearindustrie der Industrieländer de facto langfristig abhängig zu werden.

Für diese Annahme spricht, dass im 35-seitigen EU-Angebot an den Iran die Handschrift der internationalen Nuklearindustrie nicht zu übersehen ist. Die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und England vermieden es in diesem Angebot konsequent, dem Iran zur Deckung der Bedarfslücke anstelle von Atomtechnik als zweites Standbein regenerative Energietechnologien anzubieten, obwohl ein derartiges Angebot dem Unabhängigkeitsargument der iranischen Seite Rechnung tragen und dem iranischen Atomprogramm auf glaubwürdige Weise die energiepolitische Legitimation entziehen würde.

Es ist jedenfalls unbegreiflich, warum ausgerechnet der grüne Außenminister und die rot-grüne Bundesregierung es versäumt haben, die regenerative Energiealternative wenigstens ins Spiel zu bringen, zumal nur diese Alternative auch die sicherste Garantie dafür darstellt, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern.

Indem die drei EU-Staaten diese Alternative bisher an keiner Stelle auch nur erwähnen und ausschließlich die Atomenergie in den Vordergrund stellen, setzen sie sich dem Verdacht aus, den Iran-Konflikt für die Sanierung der internationalen Nuklearindustrie instrumentalisieren zu wollen.

2. Das sicherheitspolitische Motiv

Der Iran ist eine regionale Mittelmacht, sicherheitspolitisch aber der militärischen Überlegenheit seiner strategischen Hauptgegner, nämlich der Hegemonialmacht USA und dem Ministaat Israel gleichermaßen, hoffnungslos ausgeliefert. Nicht nur die gegenwärtige islamische Regierung, sondern auch eine demokratisch säkulare Regierung wird sich mit dem bestehenden „Sicherheitsdilemma“ nicht abfinden. Irans Nachbarstaaten Pakistan und Russland sind Atomstaaten, Israels Atomwaffen (200-300 Atomsprengköpfe und alle dazu erforderlichen Trägersysteme) stellen für den Iran eine aktuelle Bedrohung dar. Hinzu kommt die militärische Einkreisung Irans durch die USA von allen vier Himmelsrichtungen.

Die EU ignorierte in ihrem Angebot Ende August diese Realität völlig. Ihr Angebot, auf eine Bedrohung Irans mit britischen und französischen Atomwaffen zu verzichten, ist ein Hohn und eine Beleidigung für die Intelligenz des iranischen Militärs und der Sicherheitsberater.

Obgleich die iranische Regierung wohlweislich jegliches Junktim zwischen ihrem Atomprogramm und dem Sicherheitsdilemma vermeidet, ist nicht von der Hand zu weisen, dass Irans Militär auf die Atomwaffenoption drängt. Der geplante Schwerwasserreaktor in der Nähe der Stadt Arak, der für die Produktion von waffenfähigem Plutonium geeignet ist, sowie das Programm zum Ausbau von Trägerraketen lassen auf die Absicht schließen, sich die technologischen und wissenschaftlichen Kapazitäten für die militärische Option zu verschaffen. Dabei geht es dem Iran um die Herstellung der Balance of Power und eines Gleichgewichts des Schreckens, getreu den international immer noch vorherrschenden sicherheitspolitischen Doktrinen.

Israel ist dagegen entschlossen, die atomare Vormachtstellung im Mittleren und Nahen Osten unter keinen Umständen aus der Hand zu geben und gegnerische Nuklearprojekte, wie 1981 in Irak, präventiv zu zerstören. Schenkt man einer informativen Spiegel-Titelgeschichte Glauben, stand Israel tatsächlich auch bereits zwei Mal kurz davor, Atombomben gegen arabische Nachbarn einzusetzen: 1973 im Yom-Kippur-Krieg und 1982 zu Beginn des Libanonkrieges.

Die USA und offensichtlich auch die EU wollen, dass Israel seine atomar gestützte militärische Vormachtstellung behält. „Viele Menschen begreifen nicht hinreichend“, sagte Joschka Fischer als deutscher Außenminister in einem Zeit-Interview „warum Israel eine Position der militärischen Überlegenheit braucht.“ Wer aber von Israels militärischer Stärke spricht, der meint natürlich auch dessen Atomwaffenarsenal und nimmt wissend oder nicht wissend unweigerlich auch in Kauf, dass Israel gegebenenfalls davon Gebraucht macht. Als moralische Rechtfertigung dafür wird auf das Existenzrecht des jüdischen Staates und auf die Rhetorik führender Politiker der Region, wie jüngst die inakzeptable Äußerung des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad „der Schandfleck wird ohne Zweifel aus dem Schoß der islamischen Welt verschwinden“, hingewiesen.

Das Monopol an Atomwaffen macht Israel einerseits militärisch unangreifbar, es bedroht gleichzeitig aber alle anderen Staaten in der Region und zwingt diese dazu, sich ebenfalls Atomwaffen zu beschaffen. Dadurch wird Israels Bevölkerung zur Geisel einer permanenten Angst und Unsicherheit, dass es irgendeinem Staat der Region doch noch gelingen könnte, den jüdischen Staat mit Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Aus dieser Perspektive sind Israels Atomwaffen die schlechteste aller Optionen, um sein Existenzrecht zu garantieren. „Zu viel militärische Macht bringt nicht automatisch mehr Sicherheit, sondern gefährdet sie eher“, lautet der Lehrsatz des neoklassischen Realismus, der vor dem Hintergrund des atomaren Overkills im Ost-West-Konflikt formuliert und als allgemein gültig anerkannt worden ist.

Der Verdacht liegt jedoch nahe, es geht den Vereinigten Staaten bei ihrer Mittelost-Politik nicht in erster Linie um die Verteidigung der Existenz Israels, sondern darum, die Existenzängste der israelischen Bevölkerung für eigene geopolitische Ziele in einer der sensibelsten Regionen der Welt zu instrumentalisieren. Ein Zustand der Unsicherheit, der Instabilität und der permanenten gegenseitigen Bedrohung liefert tatsächlich einen permanenten Grund

für Parteinahme, Einmischung und schließlich auch militärische Interventionen, die den eigenen geopolitischen Interessen dienlich sind.

3. Symbolisches Motiv: Atomprogramm als nationales Projekt

Das energiepolitische Motiv Irans deckt sich weitgehend mit seinem sicherheitspolitischen Motiv. Atomenergieexperten wähnen sich im Bündnis mit den Technokraten und der militärischen Elite der islamischen Republik in einem festen Bündnis. Doch es geht um mehr: Es geht um die Mobilisierung aller, auch der regimekritischen Iraner für ein vermeintlich nationales und Identität stiftendes Projekt. Inzwischen ist das Atomprogramm tatsächlich für alle politischen Fraktionen im Iran, für Reformer wie für die Konservativen, auch für die studentische Opposition, die für Demokratie und den säkularen Staat eintritt, zu einem symbolischen nationalen Projekt geworden, an dessen Fundamenten gegenwärtig niemand rütteln kann und will. Selbst Irans ehemaliger Staatspräsident und Reformer Khatami verteidigte das nukleare Projekt, da es „unseren nationalen Interessen, unserer nationalen Ehre, unserer Zukunft entspricht und unser Fortschritt davon abhängt.“ Noch deutlicher legt sich der konservativ orientierte Teil der iranischen Elite um den neuen iranischen Präsidenten auf das nukleare Projekt fest. „Der nukleare Brennstoffkreislauf“, sagte der neue Chef von Irans Nationalem Sicherheitsrat, Larijani, „ist ein Recht und zugleich auch ein Bedürfnis, ... kein Volk kann am Zugang zu dieser Technologie gehindert werden. Dabei dürfen wir nicht übersehen, Ahmadineschat siegte und übernahm die Macht, weil er die Idee und das Ziel für Iran verfolgte, diese Technologie zu beherrschen und den erreichten Stand zu verteidigen. Er fühlt sich diesem Anliegen nachhaltig verpflichtet. Damit ist dieses Projekt eine nationale Idee und ein nationales Ziel geworden.

Es ist ein großer Fehler des Westens, dass er diese allgemein verbreitete Auffassung der Iraner ignoriert.“ Die Parallele zwischen Mossadeghs Projekt der Nationalisierung der iranischen Ölindustrie vor 55 Jahren und dem nuklearen Projekt liegt auf der Hand. Mossadeghs Projekt trug tatsächlich erheblich zum Nationalbewusstsein und zum Souveränitäts- und Freiheitsgefühl im modernen Iran bei. Die kollektive Erinnerung daran, dass es die USA und Großbritannien waren, die vor über einem halben Jahrhundert Mossadeghs Projekt der Nationalisierung des Erdöls gewaltsam zu Fall brachten, bestätigt viele Iraner in der Auffassung, dass es dem Westen auch diesmal darum geht, Irans Souveränität aushebeln zu wollen, und dass so wie damals die eigenständige Ölindustrie nun heute die Schaffung einer eigenständigen Nuklearindustrie im Iran verhindert werden soll.

Doch kann das nukleare Projekt seine symbolische Funktion genauso schnell wieder verlieren wie sie entstanden ist. Das nukleare Projekt verschlingt beträchtliche Ressourcen des Landes und ist ökonomisch nicht tragfähig. Es schafft mehr Abhängigkeit und Konflikte, ohne für Irans Energiebedarf einen nennenswerten Beitrag zu leisten.

4. Wie wahrscheinlich ist ein neuer Krieg?

Die islamische Regierung hat sich auf das Recht zur Urananreicherung und die Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufs festgelegt. Ein Abweichen von diesem Ziel ohne objektive Sicherheitsgarantien zur Überwindung von Irans Sicherheitsdilemma und ohne nachvollziehbare Antworten für die Möglichkeit einer selbstständigen Energieversorgung scheint so gut wie ausgeschlossen zu sein. Einseitige Forderungen ohne seriöse Gegenleistungen, wie das EU-Angebot vom 8. August 2005 , sind zum Scheitern verurteilt. Auch die USA bestehen entsprechend der oben dargestellten ökonomischen, sicherheits- und geostrategischen Motive weiterhin auf ihrem Standpunkt, Iran zu einem Verzicht auf Urananreicherung zu zwingen.

Die EU-Diplomatie ist gescheitert und befindet sich inzwischen im Schlepptau der amerikanischen Iran-Politik.

Auch der russische Vorschlag, die Urananreicherung auf russischem Boden durchzuführen, dürfte an der Absicht Teherans scheitern, sich wegen der Atomstromproduktion nicht vom Ausland abhängig machen zu wollen.

Durch die Logik vom scheinbar unauflösbaren Gegensatz zwischen den Konfliktparteien gerät eine weitere Konfliktzuspitzung - letztlich auch ein Krieg - immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit, und dies trotz der massiven Rückschläge für die USA und die Neokonservativen im Irak.

Die US-Regierung glaubt, ohne Bodentruppen und durch die Zerstörung von Irans Atomanlagen aus der Luft die iranische Bedrohung abzuwenden und dabei im Unterschied zum Fall Irak die Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite zu haben. Washington verfügt zweifelsohne über detaillierte Planungen für einen Luftangriff gegen iranische Atomanlagen. Seymour Hersh, die Koryphäe im investigativen Journalismus der USA, enthüllte im ebenso renommierten wie vorsichtigen „New Yorker“ Mitte Januar 2005 die Angriffsabsichten der US-Neokonservativen. „Bei meinen Recherchen während der beiden vergangenen Monate wurde ich allerdings mit viel undiplomatischeren Auffassungen konfrontiert. Die Falken in der Regierung rechnen damit, dass sich schon bald das Scheitern der europäischen Vermittlungsbemühungen mit Teheran herausstellen wird.“ Dann sei der Zeitpunkt gekommen, an dem die US-Regierung zur Tat schreiten müsse. „Wir reden hier nicht über irgendwelche Positionspapiere des Nationalen Sicherheitsrats“, betonte der frühere Spitzenagent. „Über diese Hürde sind die längst hinweg. Es geht nicht mehr darum, ob sie irgendetwas gegen Iran unternehmen. Sie werden es tun.“ (Hersh in: Der Spiegel 4/2005)

Scott Ritter, ehemaliger Irak-UN-Beauftragter, will von der dezidierten Absicht der USA wissen, Iran durch eine Resolution im UN-Sicherheitsrat verpflichten zu wollen, der IAEA sowohl die Kontrolle seiner nuklearen wie auch aller militärischen Einrichtungen zu jedem Zeitpunkt und ohne Voranmeldung zu erlauben. Da jedoch der Iran - wie vorauszusehen ist - eine derart weitreichende Resolution als Angriff auf die eigene Souveränität auffassen und daher zurückweisen würde, fühlte sich die US-Regierung hinreichend legitimiert, mit oder auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates gegen den Iran Krieg zu führen und z. B. Irans nukleare und militärische Anlagen aus der Luft zu bombardieren.

Daniel Ellsberg, der durch die Veröffentlichung von Geheimdokumenten des Pentagons zum Vietnamkrieg zum vorzeitigen Ende des Krieges beitrug, hält es für wahrscheinlich, dass die US-Regierung einen Luftkrieg gegen den Iran unternehmen wird, und zwar zu einer Zeit, die ihr politisch geeignet erscheint. Glaubte man den Aussagen in dem Unternehmenskreisen nahestehenden Magazin „Vertrauliche Mitteilungen aus Politik, Wirtschaft und Geldanlage“, dann hätten US-Unterhändler bereits im Oktober 2005 mit den Vertretern wichtiger Industrienationen und internationaler Finanzinstitutionen Stützungsmaßnahmen für Börsen- und Währungskurse vereinbart, die im Falle eines Krieges gegen den Iran ergriffen werden sollten. Dabei ginge es vor allem darum zu verhindern, dass der US-Dollar seine Funktion als Öl-Leitwährung verliert. "Die Gesprächsteilnehmer wurden instruiert, dass das Eingreifen der USA im März 2006 erforderlich werden könnte. Die Planungen gehen offenbar von einem möglichen Angriff zu diesem Termin aus."

Indizien für eine Art psychologische Kriegsvorbereitung erhärten die Annahme ernsthafter Kriegsabsichten der Vereinigten Staaten. Dazu gehört die systematische

Stigmatisierung Irans als unglaubwürdige Konfliktpartei. Die in den neunziger Jahren begangenen Rechtsbrüche werden immer wieder aufgefrischt, obwohl Irans Atomanlagen inzwischen zu den weltweit bestkontrollierten Anlagen gehören. Zu beobachten sind auch die systematischen „Enthüllungen“, die das Unglaubwürdikeitsstigma festigen sollen. Im November 2005 wurde die Meldung der Entdeckung eines Laptops mit geheimen Details lanciert. Tatsächlich liegt dieser Laptop dem CIA aber bereits seit einem Jahr vor und enthält keineswegs derart hochstilisierte Geheiminformationen. Ein fünfseitiges Dokument mit Zeichnungen zum Bau von Atombomben wurde ebenfalls im November als neue Enthüllung deklariert. Tatsächlich hatte aber der Iran selbst dieses Dokument der IAEA übergeben.
Besonders gravierend ist die Umkehrung der Beweislast für den Iran, keine Absicht zum Bau von Atombomben zu hegen. Da jegliche iranische Beteuerung in Zweifel gezogen werden kann, dürfte der Iran immer auf der Anklagebank sitzen.
Zu den psychologischen Kriegsvorbereitungen gehören auch die periodisch aufgestellten Behauptungen, der Iran sei für das Chaos im Irak mitverantwortlich, weil er die Terroristen unterstütze und mit der Al Kaida zusammenarbeite.

5. Über die Rolle der EU
und Alternativen zu einem neuen Krieg

Die EU-Diplomatie scheiterte nicht nur an Teheran, sondern auch an Washington. Durch die Ablehnung jedweder, für Iran unverzichtbarer Sicherheitsgarantien hatte Washington die EU-Diplomatie in der Hand und leß sie mit der Absicht, den Fall vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen und selbst den weiteren Ablauf in die Hand zu nehmen, scheitern.
Den EU-Drei Deutschland, England und Frankreich bleibt jetzt - sofern sie sich aus der Iran-Falle der USA nicht herauslösen - keine andere Wahl, als der US-Taktik im Sicherheitsrat zu folgen und schließlich auch einen Luftkrieg der USA moralisch zu legitimieren.
Auch Russland, das sich bisher gegen eine mögliche Resolution des Sicherheitsrates gewandt hat, droht angesichts eines voraussehbaren Scheiterns seiner Initiative das gleiche Schicksal wie der EU, der US-Eskalationsstrategie nichts mehr entgegensetzen zu können.

Mögliche Alternativen zu einem drohenden Krieg sind allesamt komplex und erscheinen sogar mehr oder weniger als utopisch. Aber es gibt sie und es kommt darauf an, sie von der visionären auf eine politisch-praktische Ebene zu bringen:

Erstens die multilaterale Kontrolle sämtlicher Atomanlagen in Industrie- und Entwicklungsländern entsprechend des Vorschlags von El Baradei, und damit die völkerrechtliche Gleichstellung aller Staaten. Dieser Weg wäre konsequent und auch ein entscheidender Schritt in Richtung einer weltweiten Abrüstung von Atomwaffen. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass kein Atomwaffenstaat sich darauf einlassen wird, und dass damit dieser Weg vorerst keine Antwort auf den Atomkonflikt mit Iran liefert.

Zweitens die multilaterale Kontrolle der Urananreicherungsanlagen Irans und auch anderer Schwellenländer mit einem Atomprogramm auf internationalem Boden, wie vom SIPRI vorgeschlagen worden ist. Auf eine derartige Möglichkeit würden sich der Iran und auch andere Länder nicht einlassen, da sie letztlich dazu führen würde, zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten zu schaffen. Die Abhängigkeit vom Ausland bliebe bei dieser Alternative bestehen, eine objektive Sicherheitsgarantie für die dauerhafte Lieferung von nuklearen Brennstäben könnte die UN letztlich nur im Falle eines UN-Gewaltmonopols geben. Andernfalls besteht immer die Möglichkeit, dass die USA oder andere Staaten die Brennstofflieferung militärisch verhindern. Zudem macht dieser Vorschlag den Weg für eine flächendeckende Weiterverbreitung von Atomkraftwerken in den Entwicklungsländern frei. Darüber hinaus gibt dieser Weg keine Antwort auf Irans Sicherheitsdilemma und die Abrüstung im Nahen und Mittleren Osten.

Drittens der Vorstoß zu konkreten Schritten für ein System der gemeinsamen Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten analog zum KSZE-Prozess mit dem Ziel der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in der gesamten Region. Dies ist zwar auch kein einfacher Weg, aber er verspricht größere Realisierungschancen und ist gleichzeitig auch eine zukunftsfähige Antwort auf viele andere grenzüberschreitende Konfliktfelder, wie z.B. territoriale Streitigkeiten, ethnische Konflikte, grenzüberschreitende Nutzung von Energiequellen und Gewässern etc.
Die USA werden sicherlich über einen derartigen Vorstoß nicht gerade glücklich sein. Dagegen ist die Perspektive eines befriedeten Mittleren und Nahen Ostens für Europa in vieler Hinsicht von existenzielller Bedeutung.
Auch Russland und China hätten keinen konkreten Anlass dagegen zu sein und dürften einen Vorstoß in diese Richtung wahrscheinlich unterstützen.
Die EU ist die einzige politische und moralische Kraft, mit diesem Vorschlag aufzuwarten und ihn mit konkreten Schritten zu koppeln. Dazu gehört die Einberufung einer baldigen regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die seriös vorbereitet und demnächst durchgeführt werden müsste. Damit wird nicht zuletzt Iran signalisiert, sein Sicherheitsdilemma ernst zu nehmen, so dass auch der Iran sich aller Wahrscheinlichkeit nach bis auf Weiteres zu einem Verzicht auf Urananreicherung bereit erklären könnte.
Dieser Vorstoß müsste, um innerhalb von Europa akzeptanzfähig zu sein und auch Israels vermutlich massive Gegnerschaft abzumildern, mit konkreten Vorschlägen sowie unzweifelhaften und objektiven Sicherheitsgarantien für die Existenz Israels z.B. durch die USA und die EU gekoppelt sein.
Die EU sollte dem Iran gleichzeitig auch den Vorschlag unterbreiten, ihm regenerative Energietechnologien zu liefern und das Land bei der Etablierung eines zukunftsfähigen und umweltfreundlichen zweiten Standbeins zur Energieversorgung zu unterstützen.
Dieser Weg öffnet immerhin ein neues Fenster des Friedens und setzt mit der Perspektive zur Schaffung einer Organisation der regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (OSZMNO) einen Prozess in Gang, dem sich auf Dauer kein Staat der Region, weder der Iran noch Israel, wird verschließen können.

** Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück Vortrag beim 12. Friedenspolitischen Ratschlag, 3./4. 12. 2005, Universität Kassel http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/rat/2005/massarrat.html*

Internationaler Appell von Parlamentariern und von Nicht-Regierungs-Organisationen

Eine friedliche Lösung der Iran-Krise und ein nuklearfreier Mittlerer Osten

Kein Erstschlag mit Atomwaffen

Für diesen internationalen Appell werden zur Zeit weltweit Unterschriften von ParlamentarierInnen und prominenten VertreterInnen der zivilen Gesellschaft gesammelt. Hier sehen Sie den Text des Appells, der Ende Januar an die Adressaten verschickt wird.
http://www.ippnw.de/index.php?/s,1,3,47,222/o,article,1309/

Sehr geehrter Herr Präsident Bush und Herr Präsident Ahmadinejad,
sehr geehrte Herren Präsidenten, Premierminister, Außenminister und Frau Außenministerin, sehr geehrte Herren Botschafter,

die Ausbreitung von Atomwaffen ist wahrscheinlich die größte Bedrohung für die Menschheit. Sollte es zu der befürchteten kaskadenartigen Verbreitung kommen, wird die Wahrscheinlichkeit beträchtlich zunehmen, dass Atomwaffen sei es aus Böswilligkeit, Wahnsinn, Fehleinschätzung der Lage oder Versagen irgendwann zum Einsatz kommen. Alle Staaten tragen die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Anzahl der Länder, die im Besitz von Atomwaffen sind, nicht weiter steigt, dass atomwaffenfreie Staaten keine Atomwaffen erhalten und die Atomwaffenstaaten ihre Waffen sowohl vernichten als auch abschaffen.

Drohungen und Gerüchte über militärische Aktionen oder den Einsatz von Kernwaffen verschlimmern die wachsende Krise zwischen dem Iran, den USA und Israel. Berichte über die Vorbereitung und Sondierung militärischer Optionen – egal wie spekulativ sie auch sein mögen – sind äußerst störend und gefährlich. Diese Sondierungen müssen aufhören. Von Krieg darf nicht die Rede sein.

Aber es *ist* die Rede von Krieg, sowohl von Seiten der USA als auch von Israel. Und, Herr Präsident Ahmadinejad, Sie haben davon gesprochen „Israel von der Landkarte zu streichen". In den USA und Israel fordern ‚Hitzköpfe' offen eine „schnelle militärische Aktion", während „verantwortliche" Führungskreise meinen, dass „keine Option ausgeschlossen sein sollte". Herr Präsident Bush, wir haben dieselben beiden Formulierungen schon einmal gehört – wenige Monate vor der Invasion in den Irak. Wir fordern, dass die Sondierungen von militärischen oder atomaren Optionen sofort aufhören und unterstützen den Generaldirektor der IAEA, Mohamed El-Baradei, in seinem dringenden Appell an alle beteiligten Parteien, dieses kriegstreiberische Gerede sofort zu beenden.

Die USA und andere Atomwaffenstaaten und de-facto Nuklearwaffenstaaten – also Staaten, die bereits im Besitz von Atomwaffen sind – haben wenige Fortschritte gemacht im Hinblick auf das international vertraglich fixierte Ziel der totalen und eindeutigen Vernichtung von Atomwaffen. Obwohl es einen begrenzten Erfolg bei der Reduzierung des gesamten nuklearen Waffenbestandes gegeben hat, vertrauen die etablierten Kernwaffenstaaten in ihrer Sicherheitsdoktrin weiter auf diese Waffen und ein Wandel dieser Haltung in naher Zukunft zeichnet sich nicht ab.

Diese Haltung besteht fort, trotz des klaren internationalen Konsenses darüber, dass Atomwaffen eine kontinuierliche Bedrohung für die Menschheit und das Leben darstellen, und trotz der wiederholten Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach ihrer totalen und eindeutigen Abschaffung.

Staaten, die im Besitz großer atomarer Waffenlager sind, können andere Staaten nicht glaubhaft dazu auffordern, ihre Kernwaffen zu zerstören oder ihr Streben nach dem Besitz dieser Waffen aufzugeben, wenn sie selber keine Schritte unternehmen, ihre eigenen Waffenbestände zu vernichten. Ein weltweites Bekenntnis zur Abschaffung von Atomwaffen bleibt ein weltweites Bekenntnis und muss von allen Parteien gleichermaßen getragen werden. Es darf keine Ausnahmen geben. Jene Staaten, die jetzt Atomwaffen besitzen, sind verpflichtet, diese zu vernichten. Jene Staaten, die keine Atomwaffen haben, dürfen nicht danach streben, in ihren Besitz zu kommen.

So darf die Verletzung des Zieles eines kernwaffenfreien Mittleren Ostens durch die eine Seite die Verletzung dieses Zieles durch eine andere Partei nicht entschuldigen. Umgekehrt wird der Verzicht einer Partei auf eine atomare Option den Verzicht der anderen Partei erleichtern.

Israels Atomwaffen und das Streben des Iran danach – falls es dieses gibt – sind gefährlich und öffnen das Tor für eine Ausweitung von Atomwaffen in anderen Staaten des Mittleren Ostens sowie für einen atomaren Wettlauf in dieser Region, der extrem gefährlich wäre. Soweit darf es nicht kommen.

Wir sind ernsthaft besorgt darüber, dass die nukleare Doktrin der USA militärische Maßnahmen gegen andere Staaten ins Auge fassen kann, bei denen ein Erstschlag mit Nuklearwaffen oder der Einsatz von Atomwaffen gegen atomwaffenfreie Staaten nicht ausgeschlossen ist. Wir nehmen den kürzlich veröffentlichen Brief von US Senatoren und anderen bzgl. dieses Sachverhaltes zustimmend zur Kenntnis.

Ein dritter Einsatz von Atomwaffen darf niemals stattfinden. Dieser wäre nicht nur für den Iran und Israel eine Katastrophe, sondern wegen der radioaktiven Strahlung, der chaotischen Folgen und des Tabubruchs des Einsatzes von Atomwaffen nach über 60 Jahren eine Katastrophe für die gesamte Region und die ganze Welt. Dieses Tabu zu brechen, könnte bedeuten, dass Atomwaffen weiter eingesetzt werden und die Barriere für einen solchen Einsatz immer weiter sinkt. Ein weitverbreiteter Einsatz von Kernwaffen wäre für die Welt katastrophal. Wir fordern alle Parteien auf, nicht nach dem Besitz von Atomwaffen zu streben und eine Politik zu betreiben, die die Nutzung von Atomwaffen ausschließt.

Parlamentarier, zivilgesellschaftliche Organisationen und Prominente haben diesen Brief unterzeichnet und fordern hiermit eine Lösung der Krise zwischen den USA und dem Iran und zwischen Israel und dem Iran. **Die geforderte Lösung stützt sich klar auf folgende Prinzipien:**

- **Ablehnung jeglicher militärischen Option durch jede Partei.**
- **Ein klares Bekenntnis aller Kernwaffenstaaten, in der jetzigen Situation keine Atomwaffen einzusetzen, und eine eindeutige Bindung an die Doktrin des „Nicht-Erstschlages mit Atomwaffen".**
- **Die Umsetzung der 1995 im Rahmen des Nichtverbreitungs-Vertrags verabschiedeten Resolution über eine kernwaffenfreie Zone im Mittleren Osten und die Umsetzung der jährlichen Resolutionen der Generalversammlung über die ‚Errichtung einer kernwaffenfreie Zone in der Region des Mittleren Osten'.**
- **Ein klares Bekenntnis aller Parteien zu einer globalen Vernichtung von Atomwaffen durch die Bestätigung der Abschlusserklärung der Konferenz zur Nichtverbreitung von Atomwaffen im Jahr 2000 sowie der relevanten Resolutionen der Generalversammlung.**
- **Eine diplomatische Lösung für die Beseitigung der Spannungen zwischen den USA, Israel und dem Iran einschließlich eines Kompromisses auf beiden Seiten, die Anerkennung der legitimen Sicherheitsinteressen aller Parteien unter Berücksichtigung Israels und des Iran, Unterlassung von Hetzreden oder der Sondierung militärischer Optionen durch alle Parteien.**

"Der präemptive Einsatz von Atomwaffen erhöht die Wahrscheinlichkeit künftigen Einsatzes von Atomwaffen durch Andere"

Über 1700 Physikerinnen und Physiker haben einen Appell gegen die US-Atomwaffenpolitik unterzeichnet

Am 11. September 2005 enthüllte die "Washington Post" ein bis dato geheim gehaltenes Papier der Stabschefs des US-Militärs, das neue Grundlagen des Einsatzes von Atomwaffen durch die USA entwickelt und damit die zehn Jahre alte Einsatz-Doktrin ersetzen soll. Der Entwurf, der vom 15. März d.J. datiert, muss nur noch von Verteidigungsminister Rumsfeld unterzeichnet werden. Gegen diese Doktrin erhob sich weltweit ein Sturm der Entrüstung.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der US-Doktrin formierte sich Widerstand unter Wissenschaftlern in den USA und in anderen Ländern. Physiker, darunter zahlreiche Nobelpreisträger, haben einen Appell gestartet, der bis Anfang Januar über 1700 Namen von Physikerinnen und Physikern enthält.

Folgende Nobelpreisträger befinden sich unter den Unterzeichnern:
Philip Anderson, Nobel Prize, Physics, 1977, Jerome Friedman, Nobel Prize, Physics, 1990, President, American Physical Society, 1999, Anthony Leggett, Nobel Prize, Physics, 2003, Douglas Osheroff, Nobel Prize, Physics, 1996, Jack Steinberger, Nobel Prize, Physics, 1988, Daniel Tsui, Nobel Prize, Physics, 1998, Steven Weinberg, Nobel Prize, Physics, 1979, Frank Wilczek, Nobel Prize, Physics, 2004.

Die Petition liegt zur Unterschrift unter folgender Adresse aus:
http://physics.ucsd.edu/petition/.

Petition von Physikern zur Atomwaffenpolitik, September 2005

Als Physiker fühlen wir uns in Bezug auf Atomwaffen in besonderem Maße verantwortlich; unserer Berufsstand hat diese vor 60 Jahren erstmals entwickelt. Wir möchten unserer ablehnenden Haltung gegenüber einer erschreckenden neuen US-Politik Ausdruck verleihen, die den Einsatz von Atomwaffen in Betracht zieht. Wir fordern unsere Berufsverbände auf, zu diesem Thema Stellung zu beziehen, den Kongress der Vereinigten Staaten, umfassende öffentliche Anhörungen hierzu durchzuführen und die Medien wie auch die breite Öffentlichkeit, über diese neue Politik zu diskutieren und ihre Stimme zu erheben.

Diese neue Politik wurde im Dokument „Nuclear Posture Review" (Dokument zur Überprüfung der Atomstrategie) skizziert, das im Dezember 2001 dem Kongress vorgelegt und teilweise veröffentlicht wurde. Im freigegebenen Entwurfsdokument „Doctrine for Joint Nuclear Operations" (Doktrin für gemeinsame Atomwaffeneinsätze) vom 15. März 2005 wird sie ausführlicher definiert. Letzteres steht Berichten der Washington Post und der New York Times (9/11/05) zufolge bereits unmittelbar davor, angenommen und von der US-Regierung als offizielle Politik verlautbart zu werden. Es sieht Präventivschläge mit Atomwaffen gegen Gegner vor, die nicht im Besitz solcher sind, unter anderem zu folgenden Zwecken (Doctrine for Joint Nuclear Operations, Seite III-2):

Für eine rasche und günstige Beendung eines Krieges im Sinne der USA;

Um erfolgreiche US-amerikanische und multinationale Militäroperationen zu gewährleisten;

Um die Absicht und die Fähigkeit der USA zu demonstrieren, bei gegnerischen Vorhaben eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen zur Abschreckung Atomwaffen einzusetzen;

Um gegnerische Absichten abzuwenden, gegen US-amerikanische, multinationale oder verbündete Streitkräfte Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Das Dokument "Nuclear Posture Review" erklärt, dass:

US-Streitkräfte nun dafür eingesetzt werden sollen, ihre Gegner von Militärprogrammen oder -operationen abzubringen, die amerikanische Interessen oder jene ihrer Bündnispartner oder Freunde bedrohen könnten.

- Atomwaffen gegen jene Ziele zum Einsatz kommen könnten, die nicht-nuklearen Angriffen standhalten.

Dieser gefährliche politische Kurswechsel lässt die Tatsache außer Acht, dass Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen oder konventionelle Waffen mit zweierlei Maß zu messen sind. Der Einsatz einer Atomwaffe zum Zwecke eines Präventivschlags und gegen einen Gegner, der nicht in Besitz von Atomwaffen ist, bedeutet die Überschreitung einer Trennlinie und lässt die bislang klare Unterscheidung zwischen nuklearen und nicht-nuklearen Waffen verschwimmen. Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass auch andere künftig von Atomwaffen Gebrauch machen. Das Prinzip, das dem Atomwaffensperrvertrag zugrunde liegt, besteht darin, dass die Nuklearstaaten sich im Gegenzug für den Verzicht anderer Länder auf Atomwaffen zur nuklearen Abrüstung verpflichten. Die neue US-Politik hingegen übermittelt den 182 Staaten, die nicht im Besitz nuklearer Waffen sind, eine klare Botschaft: Ein deutliches Abrücken der USA von der Abrüstungspolitik sowie die Bereitschaft, gegen solche Gegner Atomwaffen einzusetzen. Damit bietet sich für Staaten ein starker Anreiz, den Atomwaffensperrvertrag aufzugeben und selbst Atomwaffenprogramme durchzuführen, wodurch die Gefahr der Verbreitung dieser Waffen dramatisch steigt - und letztendlich die Gefahr, dass regionale Konflikte in einen massiven Atomkrieg ausarten, der das Potential hat, unsere Zivilisation auszulöschen.

Wir ermahnen die Kongressmitglieder, die Berufsverbände und die Medien dringend dazu, das Bewusstsein der Bevölkerung zu steigern und Diskussionen über dieses Thema zu fördern. Auch möchten wir zum Ausdruck bringen, dass wir diese gefährlichen Politiken auf das Schärfste verurteilen.

Von Cecile KELLERMAYR aus dem Englischen übersetzt, coorditrad@attac.org

http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Atomwaffen/us-doktrin-physiker.html

Wichtige Internetadressen:

http://www.attac-netzwerk.de/	http://attac-gk.net-hh.de/index.php
http://www.jungewelt.de/index.php	http://www.imi-online.de/
http://www.ippnw.de/index.php?/s,1/	http://www.labournet.de/krieg/iran/index.html
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/	http://www.friedenskooperative.de/
http://www.koop-frieden.de/	http://www.versoehnungsbund.de/index.html
http://www.zmag.de/index.php ^	http://tobiaspflueger.twoday.net/
http://www.stopwar.org.uk/	http://www.resist.org.uk/
http://www.internationalanswer.org/	http://www.troopsoutnow.org/
http://www.iacenter.org/	http://www.globalresearch.ca/
http://www.notinourname.net/index.html	http://www.stopusa.be/home/links.htm#international

Frauen sagen Nein zum Krieg

Liebe Freundinnen,

wir Frauen der Welt haben unseren eigenen ***Friedensplan, um die Besetzung und die Gewalttätigkeiten in dem Irak zu beenden****. Wir laden Sie ein, sich uns anzuschließen, und mit uns den Women's Call for Peace! zu* ***unterschreiben.***
Klicken Sie auf www.womensaynotowar.org um Ihre Stimme dort abzugeben.
Ab jetzt ***bis zum 8.März****, Internationaler Frauentag, werden wir Unterschriften von Frauen in der ganzen Welt sammeln. Am 8.März werden wir den Women's Call for Peace mit mehr als 100.000 Unterschriften an die U.S. Botschaften in der ganzen Welt übergeben, und zwar mit dieser klaren Anforderung: wir verlangen eine politische Lösung im Irak und das Umsteuern der Ressourcen der Welt zugunsten unserer globalen Familie und unserem unersetzbaren Planeten.*
(…) Im Frieden,
CODEPINK: Frauen für den Frieden

Wir, die Frauen der Vereinigten Staaten, des Irak und Frauen weltweit haben den sinnlosen Krieg im Irak und die grausamen Angriffe auf Zivilisten rund um die Welt satt. Wir haben zu viele unserer Lieben begraben. Wir haben zu viele Leben gesehen, die durch körperliche und geistige Wunden für immer verkrüppelt wurden. Wir haben voller Entsetzen zugesehen, wie unsere kostbaren Ressourcen in den Krieg gepumpt werden, während die Grundbedürfnisse unserer Familien nach Nahrung, Obdach, Erziehung, ärztlicher Versorgung unerfüllt bleiben. Wir haben es satt, in ständiger Furcht vor Gewalt zu leben und zu sehen, wie das wachsende Krebsgeschwür des Hasses und der Intoleranz sich in unsere Heime und Gemeinden frißt.

Dies ist nicht die Welt, die wir uns und unseren Kindern wünschen. Mit Feuer in unseren Bäuchen und Liebe in unseren Herzen erheben wir Frauen uns - über Grenzen hinweg - um uns zu vereinen und ein Ende des Blutvergießens und der Zerstörung zu verlangen.

Wir haben gesehen, wie die fremde Besetzung des Irak eine bewaffnete Bewegung gegen sie anheizte und einen endlosen Kreislauf von Gewalt vorantreibt. Wir sind überzeugt, dass es an der Zeit ist, von einem militärischen Modell zu einem Konfliktlösungsmodell zu wechseln, das die folgenden Elemente umfaßt:
Den Rückzug aller ausländischen Truppen und ausländischen Kämpfer aus dem Irak;
Verhandlungen zur Wiedereingliederung allen entrechteten Irakis in alle Aspekte der irakischen Gesellschaft;
Die volle Vertretung von Frauen im Friedensprozeß und eine Zusicherung der vollen Gleichstellung von Frauen im Nachkriegsirak;
Eine Zusicherung, alle Pläne für ausländische Stützpunkte im Irak fallenzulassen;
Irakische Kontrolle über sein Öl und andere Ressourcen;
Die Aufhebung von unter Besetzung aufgezwungenen Privatisierungs- und Deregulierungsgesetzen, die es Irakis ermöglicht, selbst die Entwicklung der Nachkriegswirtschaft zu gestalten;
Eine massive Wiederaufbauleistung, die irakischen Unternehmen den Vorrang erteilt und sich auf finanzielle Ressourcen jener Länder stützt, die für die Invasion und Besetzung des Irak verantwortlich sind;
Erwägung einer befristeten internationalen Friedenstruppe, die wahrhaft multinational ist und keine Soldaten aus Ländern umfaßt, die an der Besetzung teilgenommen haben.

Um diesen Friedensprozeß voranzutreiben, schaffen wir eine massive Frauenbewegung quer durch Generationen, Rassen, Ethnien, Religionen, Grenzen und politische Überzeugungen. Gemeinsam werden wir unsere Regierungen, die Vereinten Nationen, die Arabische Liga, Friedensnobelpreisträger, religiöse Führer und andere in der internationalen Gemeinschaft unter Druck setzen, sich zu Wort zu melden, um die Aushandlung einer politischen Regelung zu unterstützen. Und in dieser Ära Zwietracht säender Fundamentalismen appellieren wir an Weltführer, sich uns anzuschließen, um die fundamentalen Werte der Liebe zur Familie der Menschen und zu unserem unersetzbaren Planeten zu verbreiten.

Joachim Guilliard

Die ökonomische Invasion des Irak

Der Ausverkauf des Landes durch die US-Verwaltung nach dem Irakkrieg

Erschien gekürzt in Zeitung gegen den Krieg, Dezember 2005" und INKOTA-Brief 134 (Vierteljahreszeitschrift des ökumenischen, entwicklungspolitischen Netzwerk des Ostens, INKOTA http://www.inkota.de/)

Ende Oktober diesen Jahres ist im Irak per Referendum eine neue Verfassung in Kraft getreten. Während im Vorfeld den Verfassungsdiskussionen um Frauenrechte, Föderalismus oder die Einführung islamischen Rechts viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, blieb eine mindestens ebenso wichtig Streitfrage stets ausgeklammert: die nach der zukünftigen ökonomischen Struktur des Landes.
Den ersten Entwürfen der Verfassung zufolge schwebte den meisten Mitgliedern der Verfassungskommission wohl ein Wohlfahrtsstaat skandinavischen Typs vor, in dem Iraks Ölreichtum jedem Iraker ein Recht auf freie Bildung und Gesundheitsversorgung, auf Wohnung und andere soziale Dienstleistungen finanzieren sollte. „Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage für den Aufbau einer Gesellschaft", hieß es beispielsweise in einem im Juni von der irakischen Zeitung „Al-Mada" veröffentlichten Entwurf. Soziale Gerechtigkeit sollte zudem auch die Basis der Wirtschaft sein und Iraks natürliche Ressourcen sollten weiterhin kollektives Eigentum seiner Bürger bleiben.[1]
Mit den Absichten der US-Regierung sind solche Vorstellungen schwerlich vereinbar. Sie hat lange vor der militärischen Invasion ganz andere Pläne für das ölreiche Land ausgearbeitet. Sie sind detailliert nachzulesen in einem Vertrag, den sie im Juli 2003 mit dem Consulting-Unternehmen „BearingPoint" abschloss, in dessen Hände die Umsetzung der ehrgeizigen Vorhaben gelegt wurde. BearingPoint wurde darin beauftragt, „den grundlegenden juristischen Rahmen für eine funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen, indem aus der einzigartigen Möglichkeit, die die gegenwärtigen politischen Umstände für einen raschen Fortschritt in diesem Bereich bieten, angemessen Kapital geschlagen wird."[2]
In dem mit 250 Millionen US-Dollar üppig vergüteten Vertrag wurde bereits festgehal-

[1] Zitiert nach Nathan J. Brown, "Constitution of Iraq: Draft Bill of Rights," Carnegie Endowment for International Peace, July 27, 2005, http://www.carnegieendowment.org/files/BillofRights.pdf

[2] Herbert Docena, "'Shock and Awe' Therapy", Beitrag zum Punkt "Economic Colonization" auf dem World Tribunal on Iraq, 24.–26. Juni 2005 in Istanbul
siehe auch: J. Guilliard „Irak - Zerstört – besetzt – geplündert", Vortrag v. 15.7.2005 in München

ten, wann und wie welche Aufgaben umzusetzen sind, und zwar mit Zeitplänen, Festlegung von Verantwortlichkeiten und Zuweisung von Aufgaben zu künftigen irakischen Ministerien. Eine Mitsprache der irakischen Bevölkerung hingegen war nicht vorgesehen. Dabei ging es nicht nur um das irakische Öl, sondern um alle Bereiche der irakischen Wirtschaft, vom Ölsektor über Wasserversorgung, Landwirtschaft und Medien, bis hin zu öffentlichen Diensten.
Denn, „sollte der eingeschlagene Reformkurs zum Erfolg führen", so auch die Hoffnung der Deutsche Industrie und Handelkammer, könnte sich der Irak „zum größten Wachstumsmarkt der Region entwickeln."[3]

Verstoß gegen internationales Recht

Obwohl es nach internationalem Recht einer Besatzungsmacht untersagt ist, die grundlegenden Gesetze eines Landes und seine wirtschaftliche Struktur zu ändern, begann die Besatzungsbehörde unter US-Statthalter Paul Bremer 2003 sofort mit der Umsetzung der Pläne. Mit Dutzenden von Erlassen wurden die Weichen für eineradikal neoliberale Marktwirtschaft gestellt und das Land ausländischem Kapital geöffnet. Sie sind nach wie vor Gesetz.
Zu den ersten Maßnahmen gehörte die Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Importe in den Irak, wodurch irakische Unternehmen und Bauern nach 13 Jahren Embargo auf einen Schlag schutzlos dem Weltmarkt ausgesetzt wurden. Die einschneidendste Verordnung – vom britischen Wirtschaftsblatt „The Economist" als die Erfüllung der „Wunschliste internationaler Investoren" bezeichnet – wurde jedoch am 19. September 2003 erlassen: Sie erlaubt ausländischen Investoren die vollständige Übernahme irakischer Firmen und die jederzeitige hundertprozentige Rückführung von Gewinnen und Vermögen. Betroffen hiervon sind nicht nur Industriebetriebe, sondern auch die Bereiche Kommunikation, Medien, Wasserversorgung, Transportwesen, Landwirtschaft und soziale Dienstleistungen. Der Erlass sieht keine Kontrollmechanismen für ausländische Investitionen vor und stellt ausländische Unternehmer rechtlich mit Irakern völlig gleich. Damit wird jegliche Regulierungsmöglichkeit ausländischer Geschäftstätigkeiten aufgegeben, durch die beispielsweise lokale Unternehmen gefördert oder eine größere Selbstversorgung angestrebt werden könnte.
Der Erlass gewährt ausländischen Banken und Konzernen Freiheiten, wie sie in kaum einem anderen Land anzutreffen sind. Er entzieht dem Irak letztlich die Souveränität über seine Wirtschaft.
Unmittelbar danach wurde auch das Bankwesen für ausländische Banken geöffnet und unter die Fittiche von „JPMorgan Chase", der zweitgrößten Bank der USA, gestellt. Ein von JPMorgan geführtes Bankenkonsortium hat auch eine neue irakische Zentralbank, die „Irakische Handelsbank", gegründet, über die mittlerweile der gesamte Außenhandel abgewickelt wird. Unter den beteiligten Banken ist auch die Münchener Hypovereinsbank HVB.[4]
In weiteren Erlassen wurden die Steuern für private Einkommen und Unternehmensgewinne auf einen einheitlichen Niedrigsteuersatz von 15 Prozent gesenkt sowie die Urheberrechtsgesetze neu verfasst. Werden letztere voll umgesetzt, was die aktuellen Bedingungen noch verhindern, hätten sie vor allem für irakische Bauern verheerende Auswirkungen: Agrarkonzerne könnten dann Patentrechte über traditionelle Saatgutarten erwerben und damit Bauern verbieten, Saatgut aus der letzten Ernte zurückzuhalten – sie wären gezwungen es jährlich neu und teuer einzukaufen.
Rasch sollten auch die ersten praktischen Schritte eingeleitet werden. Bereits im Juni 2003 – nur einen Monat nach dem erklärten Ende größerer Kampfhandlungen – war die Privatisierung von 48 der 192 Staatsunternehmen angekündigt worden. Sehr bald aber musste die Besatzungsmacht ihren Elan zügeln. In den betroffenen Betrieben regte sich entschiedener Widerstand der Belegschaft. Angesichts eines schnell wachsenden militärischen Widerstands musste die Besatzungsmacht befürchten, ihm durch ein zu forsches Vorgehen Teile der Arbeiterschaft in die Hände zu treiben.
Ein weiteres Hindernis war die fehlende völkerrechtliche Legitimation ihres Vorgehens. Angesichts der weit verbreiteten Ablehnung der US-amerikanischen Politik musste jeder Investor fürchten, dass seine Verträge von einer zukünftigen souveränen Regierung für nichtig erklärt werden.

Investorensicherheit statt soziale Gerechtigkeit

Das Problem der erforderlichen Rechtssicherheitfür Investoren soll die neue Verfassung lösen.Daher drängten die USA hier so zur Eile und nahm der neue US-Botschafter im Irak, Zalmay Khalilzad, den Verfassungsprozess schließlich selbst in die Hand.Nicht die vom Parlament bestimmte Kommission, sondern ein kleiner Kreis, bestehend aus Khalilzad und den Führern der verbündeten Parteien, arbeitete am Ende den Entwurf aus, über den am 15. Oktober abgestimmt wurde.
Wie zu erwarten, waren am Ende die Artikel, die soziale Gerechtigkeit zur Grundlage der Gesellschaft machen wollten, verschwunden. Stattdessen wird der Staat nun dazu verpflichtet, „die irakische Wirtschaft gemäß moderner ökonomischer Grundlagen zu reformieren", auf eine Weise, die den „privaten Sektor ermutigt und entwickelt". Speziell im Ölsektor fordert der neu eingefügte Artikel 110 „Strategien anzuwenden", die auf „den modernsten Techniken der Marktprinzipien beruhen und Investitionen begünstigen."
Diese Strategien flossen bereits in ein neues Gesetz über die Erdölproduktion, das parallel zur Verfassung ausgearbeitet wurde und bald nach den Wahlen im Dezember verabschiedet werden soll. Verhandlungen mit US-amerikanischen und britischen Ölkonzernen über langjährige, sogenannte „Produktionsteilungsabkommen" für die ersten zwölf Ölfelder haben schon begonnen und sollen bis Herbst nächsten Jahres unter Dach und Fach sein. Allein dadurch würden nach Schätzung von Experten dem Irak knapp 200 Mrd. US-Dollar an Öleinnahmen verloren gehen.[5]
Nach der neuen Verfassung sollen zudem alle neu erschlossenen Ölfelder unter die alleinige Hoheit der Regionalregierungen fallen. Die daraus resultierende Zersplitterung und Konkurrenz auf irakischer Seite dürfte die Position ausländischer Konzerne noch weiter stärken.
Während die eigentlichen Privatisierungspläne ins Stocken geraten sind, wurde der Irak für viele auf andere Weise zu einer Goldgrube. Milliardenbeträge, überwiegend aus irakischem Guthaben und den aktuellen Öleinnahmen, wanderten direkt in die Taschen ausländischer Konzerne, ohne dass deren Leistungen überprüft wurden. Gleichzeitig standen irakische Firmen von Anfang an bereit, für einen Bruchteil der Auftragssummen die Schäden zu beheben, so wie sie es auch 1991 in wenigen Monaten geschafft hatten. Sie haben das Know How und das Interesse und sie hätten dadurch Hunderttausenden wieder zu Arbeit und Einkommen verholfen.[6]
Das Programm, das die USA dem Irak verordnen, ähnelt den Liberalisierungsmaßnahmen die auch anderen Ländern über wirtschaftlichen und politischen Druck vermittels IWF und Weltbank aufgezwungen wurde. Im Irak sind sie aber noch wesentlich radikaler, konnten die Ideologen des freien Marktes im Irak nach der Zerstörung des alten Staates und seiner Institutionen von Null beginnen. Denn hier begann die „Schock Therapie" mit „Shock and Awe" – die Auswirkungen für die irakische Bevölkerung sind bis heute katastrophal.

Weitere Analysen:
Siehe www.iraktribunal.de

---

[3] Programm der 2. Deutsch-Irakische Wirtschaftskonferenz siehe http://www.deutsch-irakische-wirtschaftskonferenz.de/

[4] Siehe Homepage der „Trade Bank of Iraq „, http://www.tbiraq.com

[5] Greg Muttitt, „Crude Designs:The Rip-Off of Iraq's Oil Wealth, PLATFORM, November 2005, http://www.carbonweb.org/crudedesigns.htm

[6] siehe J. Guilliard „Im Treibsand Iraks", IMI-Studie 2004/03, http://www.embargos.de/irak/occupation/hintergrund/im_treibsand_jg_frm.htm

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Wir bitten Sie, Organisationen, Gruppen und Initiativen – nicht nur in München, sondern auch bundesweit –, den folgenden Aufruf gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im Februar 2006 zu unterstützen und zu den geplanten Gegenveranstaltungen und Protesten zu mobilisieren.

Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Militärtagung am 3./4. Februar 2006 in München

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit — Nein zu Krieg und Militarismus

„Die Münchner Sicherheitskonferenz", schrieb die Financial Times Deutschland im Februar 2005, „ist das wichtigste Treffen, auf dem die Mitglieder der NATO-Militärallianz strategische Entscheidungen beraten und untereinander abstimmen."
Seit 2002, als es erstmals zu Massenprotesten der Antikriegsbewegung gegen diese Militärtagung kam, sind die Organisatoren der Tagung darum bemüht, sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die Münchner Sicherheitskonferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten. Um der NATO-Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, erfanden die Veranstalter ein neues Konferenz-Motto: „Frieden durch Dialog"

Bei der jährlich stattfindenden sogenannten Sicherheitskonferenz geht es nicht um Sicherheit, sondern um Kriegsvorbereitung.
Im Münchner Nobelhotel Bayerischer Hof versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten- abgeschirmt durch einen kostenspieligen Polizeieinsatz vor der Antiokriegsbewegung auf Münchners Straßen. Dort tagen die Außen- und „Verteidigungsminister", so genannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der größten Rüstungskonzerne. Hier werden Militärstrategien koordiniert, weltweite Interventionspläne abgesprochen und Kriegskoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der so genannte „Krieg gegen den Terror", 2003 die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak in den folgenden Jahren die Besatzungsherrschaft im Irak und Pläne gegen den Iran.

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht.
Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere die USA, Deutschland und die anderen EU-Staaten beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" (Wortlaut der verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr). Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen.

Im Rahmen ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die Regierenden Deutschlands und der anderen EU-Staaten auf die Militarisierung und Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen, ebenso die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts und die Errichtung von „Auffanglagern" in Nordafrika. Vor den Toren Europas herrscht tödliche Gewalt gegen MigrantInnen.

Militarisierung nach außen und die Zerstörung der Sozialsysteme sind zwei Seiten einer Medaille.
Allein in Deutschland sollen Anschaffung neuer Waffensysteme in den nächsten 10 Jahren rund 100 Milliarden Euro verschlingen. Gleichzeitig wird die Zerstörung von Sozialsystemen und von Rechten der Arbeiterinnen und Arbeiter unter einer großen Koalition noch weiter beschleunigt. Diese Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben.
Krieg und Sozialkahlschlag bedrohen alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschem Pass. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest. Wir bestimmen die Mittel unseres Widerstandes selbst. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus. Vielfalt ist dabei unsere Stärke.

Wir erklären den NATO-Strategen: Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen. Die NATO-Militärtagung verdient wie in den vergangenen Jahren eine gebührende Antwort: Massenhaften Protest und Widerstand!

o Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten
o Für ein soziales Europa - Keine EU-Militärmacht
o Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr - Gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung
o Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus
o Öffnung der Grenzen statt Stacheldraht und Lager - Fluchtursachen bekämpfen
o Abrüstung und Umverteilung von oben nach unten statt sozialer Demontage

NO JUSTICE NO PEACE / Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

Freitag, 3. Februar 2006 17 Uhr
Kundgebung am Marienplatz
Aktionstag mit kreativen Aktionen gegen die NATO-Militärtagung.

Samstag, 4. Februar 2006 12 Uhr
vom Lenbachplatz zum Marienplatz
Großdemonstration gegen die NATO-Kriegsstrategen im Bayerischen Hof

Bitte unterzeichnen Sie die Unterstützungserklärung und senden Sie diese per email: GegenKriegEMail@aol.com
Spenden. Martin Löwenberg, Konto-Nr. 28 26 48 02, Postbank München BLZ 700 100 80 Stichwort 'no-nato-2006'

Alternativenkonferenz zur Nato-"Sicherheitspolitik" Mittwoch, 1. / Donnerstag, 2. Februar

Die Expertenkonferenz "Was heißt hier Sicherheit?" soll die Umrisse einer europäischen Sicherheitsarchitektur skizzieren, die eine friedliche Alternative zur herrschenden Militärdoktrin der NATO wie der EU darstellt. Es werden kompetente Vertreter einer aktiven Friedens- und Sicherheitspolitik aus der Friedensbewegung und Friedensforschung und aus Kreisen ehemaliger Militärs auftreten.
Veranstalter: Attac, Bundesausschuss Friedensratschlag, Münchner Friedensbündnis; Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus u. a.
1. Februar 2006 um 19.00 Uhr im EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80: Öffentliche Podiumsveranstaltung mit T. Pflüger, F.Pfaff u. a.
2. Februar 2006, 9.30 – 18.00 Uhr im DGB-Haus, Schwanthalerstr. 68: Alternativenkonferenz mit vier Panels,

Internationale Friedenskonferenz — Freitag, 3. - Sonntag, 5. Februar

Die öffentliche Friedenskonferenz mit internationaler Beteiligung soll die Kritik an der bestehenden Kriegspolitik ausdrücken und Konzepte für Frieden, Abrüstung und Konfliktbearbeitung öffentlichkeitswirksam vorstellen.
Veranstalter: DFG-VK Bayern, Christen in der Region München, KJR München-Stadt, Pax Christi München u. a.

Programm und Infos: http://www.friedenskonferenz.info

Ende der Beilage der AG Globalisierung und Krieg

Klaus Meschkat

Zur Geschichte unseres Internationalismus

Vortrag auf der Sommerakademie von ATTAC Deutschland 2005

Für die meisten, die sich der globalisierungskritischen Bewegung zugehörig wissen, dürfte das Wort „Internationalismus“ noch einen guten Klang haben, und ich vermute, sie würden in der Regel nichts dagegen haben, sich als „Internationalisten“ zu bezeichnen. Dafür gibt es gute Gründe. Die Bewegung ging ja gleich zu ihrem Beginn von einem Problem aus, das per se internationale Dimensionen hat: Wie kann es gelingen, die länderübergreifenden Finanzströme und das weltweite Operieren transnationaler Konzerne, die eine Verelendung ganzer Völker herbeigeführt haben, einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen?

Von ihren Anfängen an hat die globalisierungskritische Bewegung international operiert, an den großen Kundgebungen und Konfrontationen anlässlich der Treffen der Herrschenden dieser Welt und ihrer internationalen Organisationen, von Seattle über Genua bis zur Gegenwart, beteiligten sich Aktivisten aus vielen Ländern, sie waren Versuche, den Internationalen des Kapitals und seiner Sachwaltern eine Art neuer Internationale des Protests gegen den Neoliberalismus und seine Auswirkungen demonstrativ entgegenzustellen. Schließlich ist in den Weltsozialforen eine diskutierende Zusammenarbeit von Menschen aus allen Kontinenten erreicht worden, und bei diesen Massenveranstaltungen handelte es sich durchaus nicht nur um Treffen renommierter Sprecher der globalisierungskritischen Bewegung, sondern vor allem um vieltausendfache Begegnungen von Basisaktivistinnen und –aktivisten, wohl zum ersten Mal in der Geschichte ein internationaler Erfahrungsaustausch, der nicht von einer kleinen Elitegruppe ausgewählter Meinungsführer monopolisiert wurde.

Dennoch begreift sich Attac, zweifellos ein organisierendes Zentrum solcher Aktivitäten, nicht ohne weiteres als eine neue Internationale.

Die staunenswerten Vielfalt der weltweiten Aktionen wird von keinem organisierenden Zentrum aus geplant, es gibt kein Hochhaus in Porto Alegre, in dem eine vielköpfige globalisierungskritische Bürokratie generalstabsmäßig die nächsten Schläge gegen den Neoliberalismus plant und in die Wege leitet. Und bei den einzelnen Attacs gibt es Phasen, in denen die internen Auswirkungen neoliberaler Politik ganz in den Vordergrund treten: die Kampagne gegen Agenda 2010 und Hartz IV des letzten Jahres ist ein Beispiel dafür. Die internationale Dimension der Arbeit schiebt sich auf einem ganz anderen Wege wieder in den Vordergrund: wirksamer Widerstand gegen neoliberale Politik erfordert zwangsläufig europäische Koordination, das Stichwort „Bolkestein“ muß hier genügen. Obwohl ich mich selbst nach meinen Arbeitsschwerpunkten vorwiegend mit Lateinamerika beschäftige, sehe ich keinen Grund, diesen auf Europa gerichteten „Internationalismus“ gering zu achten und erst dann von einem „richtigen“ Internationalismus zu sprechen, wenn die Probleme ferner Kontinente ins Spiel kommen.

Wie fast alle Wörter, die in der Geschichte der antikapitalistischen Emanzipationsbewegungen einmal einen guten Klang hatten, **hat auch der “Internationalismus“ den Untergang des sowjetischen Imperiums nicht unbeschädigt überstanden.** Denken wir daran, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden ist, heutzutage in Deutschland das Wort „Sozialismus“ noch auszusprechen: die zielgerichtete Kampagne zur Diskreditierung dieses Begriffs, bei dessen Nennung immer noch die Hoffnung auf eine solidarische Gesellschaft mitschwingt, hat Wirkung gezeigt, gewollt oder ungewollt unterstützt von denen, die das Ende des sowjetischen Imperiums als „Untergang des Sozialismus“ firmieren lassen. Es ist leider so, dass bei uns die meisten Menschen erschaudern, wenn sie das Wort „Sozialismus“ hören: sie denken dann an die Willkür einer selbstherrlichen Bürokratie, an ständige Schlangen vor Läden, wo alles ,was der Mensch wirklich braucht knapp geworden ist, an ein umfassendes Spitzelsystem, ja an den Gulag. Dies ist des Ergebnis einer Kampagne, wie sie von FAZ bis BILD ganz systematisch betrieben wurde, aber auch die Spätwirkung eines untergegangenen neostalinistischen Systems, das so vermessen war, sich selbst als „real existierenden Sozialismus“ zu empfehlen. Ähnlich ist es mit dem Internationalismus: viele haben noch den „proletarischen Internationalismus“ als Losung der Unterwerfung unter die jeweilige Führung der Sowjetunion im Ohr, und manche wissen, dass der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im Schicksalsjahr 1968 mit der Erfüllung der Gebote des Internationalismus gerechtfertigt wurde. Aber nicht nur die Moskauer Bürokraten nahmen den Internationalismus auch zur Rechtfertigung ihrer fragwürdigsten Operationen bis hin zur Invasion Afghanistans für sich in Anspruch, auch die Gruppe, die in der Bundesrepublik der frühen siebziger Jahre als Rote Armee Fraktion in Erscheinung trat, berief sich auf die Pflicht zur internationalistischen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, deren Aufstand durch die Aufnahme des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik zu unterstützen sei.

Wer es heute aus welchen Motiven auch immer darauf anlegt, den Internationalismus jener Jahre nachträglich in Verruf zu bringen, der kann genüsslich ausbreiten, wie die bedingungslose Identifizierung mit einer der Befreiungsbewegungen, nämlich der palästinensischen, sogar in antisemitische Aktionen einmünden konnte. Anscheinend gab es einen pervertierten Internationalismus, der junge Menschen, die sich als besonders entschiedene Kämpfer verstanden, dazu brachte, Bomben ins Jüdische Gemeindehaus von Berlin zu legen.

Und doch gibt es eine Geschichte des Internationalismus, deren wir uns nicht zu schämen haben, und auf die wir nach meiner Auffassung zurückblicken sollten, wenn wir uns die Frage stellen, wie wir heute internationale Solidarität verstehen und verwirklichen wollen.

Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, so zu tun, als seien wir gerade gestern zur Welt gekommen, oder als könnten wir einfach die Muster übernehmen, die uns vergangene Solidaritätsbewegungen vorgegeben haben: zum Beispiel Weltjugendfestspiele, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen wurden und vor allem Jubelveranstaltungen für die siegreiche Sowjetunion und ihren großen Führer Stalin waren. **Es dürfte aber unserem Internationalismus nicht besonders gut bekommen, wenn wir entweder die Vergangenheit vollständig vergessen oder an fragwürdige Traditionen unreflektiert anknüpfen.**

Wenn wir uns heute fragen, wie wir uns etwa zu der von Hugo Chavez proklamierten „bolivarianischen Revolution“ in Beziehung setzen können, so können wir uns möglicherweise besser orientieren, wenn wir uns erst einmal die Geschichte des Internationalismus und der Solidaritätsbewegung als unsere eigene Geschichte und Vorgeschichte vor Augen führen. Dies möchte ich in der gebotenen Kürze versuchen und mich dabei auf die Zeit nach den zweiten Weltkrieg beschränken – auch deshalb, weil ich auf die eigene Lebenszeit zurückblicken und manches aus eigener Anschauung berichten kann.

Geschichte des Internationalismus und der Solidaritätsbewegung

Die Entstehung und Entwicklung einer unabhängigen Linken in der Bundesrepublik ist von Beginn an sehr eng mit der Erarbeitung einer internationalen Perspektive verbunden gewesen.

Es war ja nicht so, dass man von den sozialen Auseinandersetzungen im nationalen Rahmen ausging und dann in einem zweiten Schritt internationale Bezüge herzustellen suchte – eher **standen umgekehrt die internationalen Zusammenhänge am Anfang der Herausbildung einer Neuen Linken.** Erst einmal ging es darum, aus dem Denkgefängnis des Kalten Krieges auszubrechen und sich der Alternative Freie Welt oder sowjetischer Totalitarismus (oder auch: US-Imperialismus gegen Weltfriedenslager) zu entziehen. Die Medien standen auf beiden Seiten im Dienst der Propaganda des Kalten Krieges, und es war sehr mühsam, an alternative Nachrichtenquellen heranzukommen: ich erinnere mich daran, wie ein etwas älterer Genosse den Nachrichtendienst eines unabhängigen amerikanischen Journalisten namens I.F. Stone abonniert hatte, aus dem wir erfuhren, wie zum Beispiel der Korea-Krieg nicht nur ein Ergebnis sowjetischer Expansionsbestrebungen war, und welche Rolle amerikanische Provokationen in seinem Verlauf spielten. Durch solche Quellen (und nicht durch die für uns von vorneherein nicht glaubwürdigen Nachrichten der DDR-Presse) erfuhren wir dann auch von Ereignissen wie der Konterrevolution in Guatemala, als im Jahre 1954 der fortschrittliche Präsident Arbenz durch einen von den USA unterstützten Militärputsch aus dem Land gejagt wurde. (Damals war zufällig gerade ein junger Argentinier namens Ernesto Guevara in Guatemala und erfuhr aus eigener Anschauung, wie US-amerikanischer Imperialismus operiert).

Aber hier eilen wir der Zeit voraus. **Die fünfziger Jahre** waren erst einmal eine Zeit des Kalten Krieges, im Osten noch ganz im Zeichen des Stalinismus und seiner nur halbherzigen Überwindung, in den USA die Zeit des Kommunistenjägers McCarthy, bei uns in Westdeutschland die Zeit der Wiederbewaffnung mit der Reaktivierung der alten Kader der Hitlerwehrmacht. Auf eine antifaschistisch-demokratische Nachkriegs-Zwischenphase in der sowjetisch besetzten Zone folgte eine forcierte Stalinisierung. Noch in den letzten Jahren vor seinem Tode hat Stalin in seinem Herrschaftsbereich die Praktik der Säuberungen in den 30er Jahren wieder aufleben lassen, mit großen Schauprozessen gegen Spitzenfunktionäre, Rajk in Ungarn und Slansky in der Tschechoslowakei, die sogar antisemitisch gefärbt waren. Nach seinem Tode wurde ein Teil der Verbrechen Stalins in der berühmten Geheimrede Chrustschows auf dem 20. Parteitag von 1956 angeprangert, im selben Jahr allerdings warfen sowjetische Truppen den ungarischen Aufstand nieder.

Bei unserer **Weigerung, uns von einem der beiden großen Kontrahenten im Kalten Krieg vereinnahmen zu lassen**, suchten „wir“ (hier spreche ich von den jungen linkssozialistischen Marxisten im Westen) Stütze und Anlehnung, wo immer wir sie finden konnten: dies begründete unser Interesse an **Jugoslawien,** das sich Stalin nicht unterworfen hatte und mit seiner Arbeiterselbstverwaltung eine Form des Sozialismus praktizierte, die uns attraktiv erschien, und die wir als bessere Alternative zum Kapitalismus ansahen als die sowjetische zentralverwaltete Planwirtschaft. In ähnlicher Weise waren wir **von den Kibbutzim in Israel beeindruckt**: das positive Verhältnis zu Israel war nicht nur eine Positionsbestimmung gegen den restaurativen Adenauer-Staat, der sogar Mitschuldigen und Ideologen der Judenverfolgung Schlüsselposten zuwies, sondern entsprach auch unserem Interesse an einer solidarischen Ökonomie. Reisen nach Jugoslawien und nach Israel waren damals Ausdruck eines besonderen Internationalismus, der einstweilen eher Vorbilder studieren als intervenieren wollte und der sich noch nicht an den antikolonialen Befreiungsbewegungen festmachte.

Diese **Verbindung zu den antikolonialen Kämpfen entstand in Westdeutschland durch den Algerienkrieg**, mit dessen Auswirkungen Werner Balsen und Karl Rössler ihre Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik „Hoch die internationale Solidarität“ beginnen lassen. Ich empfehle, in diesem vor 20 Jahren geschriebenen hervorragenden Standardwerk im Detail nachzulesen, wie einige Aktivisten der unabhängigen westdeutschen Linken gegen den französischen Kolonialkrieg Partei ergriffen, der anfangs übrigens auch von den französischen Kommunisten wenigstens passiv unterstützt wurde. Hier kam es über Demonstrationen gegen die barbarische französische Kriegführung hinaus auch zu **Akten praktischer Solidarität**, zum Beispiel zur Hilfe bei der Desertion deutscher Fremdenlegionäre. Beim Engagement von Friedensaktivisten für eine Befreiungsbewegung, die ihre Ziele nur im bewaffneten Kampf durchsetzen konnte, zeigten sich bereits viele der Probleme, die die bundesdeutsche Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung bis zur Gegenwart begleitet haben. Claus Leggewie, der Autor des Buchs „Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland“ (Berlin 1984), schreibt in einem Artikel resümierend: *„Ein in der Algerien-Solidarität angelegtes Spannungsverhältnis blieb dabei bestehen: das zwischen strikter Gewaltfreiheit in innergesellschaftlichen Belangen bzw. bei Aktionen der ersten westdeutschen Friedensbewegung und der Unterstützung ei-*

ner Befreiungsbewegung, zu deren Aktionsrepertoire ganz eindeutig die extremsten Formen der politischen Gewaltanwendung gehörten, darunter individuelle Terrorakte gegen unbeteiligte Zivilisten und blutig ausgetragene Flügelkämpfe innerhalb der algerischen Nationalbewegung."[7]

Solidarität hieß Hilfestellung, soweit sie von der Befreiungsbewegung selbst gefordert wurde, nicht Einmischung in deren innere Angelegenheiten, von denen man wenig wusste und wenig wissen wollte. So musste es nach der Befreiung zum Schock und zur Distanzierung kommen, als die Flügelkämpfe innerhalb der Befreiungsbewegung zutage traten und ein repressives Militärregime alle Blütenträume von einer befreiten Gesellschaft in Algerien wieder zunichte machte.

Wenn wir mit der Unabhängigkeit Algeriens jetzt an den Beginn der 60er Jahre gelangt sind, sollten wir uns daran erinnern, dass die von **Fidel Castro und Che Guevara** geführten revolutionären Streitkräfte im Januar 1959 siegreich in Havanna einzogen. Für die westdeutsche Linke waren das einstweilen nicht mehr als erfreuliche Nachrichten, und trotz der Bedrohung der jungen Revolution durch die USA (Schweinebucht) gab es anfangs kaum aktive Solidarität; die hat sich erst gegen Ende der 60er Jahre entwickelt. Die **Kuba-Krise**, von der wir heute wissen, wie nahe sie die Welt an den Abgrund eines großen Atomkriegs gebracht hat, erfuhren wir eher passiv, als Konfrontation der Weltmächte, auf die wir keinen Einfluß hatten und haben konnten.

Ähnlich fern waren uns die Vorgänge in **Afrika**, wo 1960 und 1961 die Mehrzahl der Kolonien Englands und Frankreichs ihre Unabhängigkeit erlangten.

Die Welt der ehemaligen Kolonialländer kam uns erst durch die amerikanische Intervention nahe. Angesichts des modischen Schwafelns in den Feuilletons vom angeblichen „Antiamerikanismus" der westdeutschen Nachkriegslinken kann nicht genug betont werden, dass der Impuls für die Opposition gegen den **Vietnam-Krieg** für uns aus den Vereinigten Staaten kam, zuerst auch von Austauschschülern und –studenten vermittelt, nicht nur in bei uns kaum zugänglichen Informationen über diesen barbarischen Krieg, sondern auch in der **Übernahme von Protestformen des gewaltfreien Widerstands wie teach-in und sit-in.** Es war übrigens für die oppositionellen Studenten nicht leicht, sich zu einer entschiedenen Verurteilung der USA durchzuringen: uns allen war bewusst, dass wir die Befreiung vom deutschen Faschismus auch amerikanischen Soldaten zu verdanken hatten, und **wenn wir dennoch gegen die Untaten des US-Militärs protestierten, dann taten wir es in Übereinstimmung mit unseren amerikanischen Freunden in einer weltweiten Antikriegsbewegung**. Der Bezug zur Bundesrepublik und zu Westberlin war dadurch gegeben, dass die offizielle Politik der USA von den hierzulande Regierenden unterstützt wurde, übrigens auch von Willy Brandt, dem Außenminister einer Großen Koalition unter dem früheren Nazipropagandisten Kiesinger.

Auch den Schritt von der Verurteilung der amerikanischen Kriegsverbrechen zur Identifizierung mit dem Vietcong und der Hoffnung auf seinen Sieg vollzogen wir in Übereinstimmung mit unseren Gesinnungsgenossen in den USA. **Erst sehr spät kam es zu direkten Kontakten mit der vietnamesischen Befreiungsfront**, deren Repräsentanten in Ostberlin für uns erreichbar waren. Wir waren damals auch bereit, die Westberliner SEW in Demonstrationen und Veranstaltungen wie **den Westberliner internationalen Vietnamkongreß vom Februar 1968** einzubeziehen, trotz unserer Reserven gegenüber der Herrschaftsordnung in der Sowjetunion, die natürlich von den an Moskau orientierten Kommunisten vorbehaltlos bejaht wurde. Kurz nach dem Vietnam-Kongreß fuhr Rudi Dutschke, einer der maßgeblichen Sprecher der unabhängigen Linken, nach Prag, um damit seine Unterstützung der Bestrebungen zu demonstrieren, den Sozialismus neostalinistischer Prägung durch einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu ersetzen.

Der **Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in Prag**, von dem wir heute wissen, dass er der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums war, hat damals heftige Diskussionen aufgelöst. **Die unabhängige Linke wandte sich kompromisslos gegen die Invasion und ihre Rechtfertigung:** als Sprecher der außerparlamentarischen Opposition waren wir als erste vor der tschechoslowakischen Militärmission in Westberlin, um **unseren Protest** zu bekunden. Zu unserer Enttäuschung billigte Fidel Castro damals öffentlich das sowjetische Vorgehen.

Für uns bedeutete Prag auch den vorübergehenden Verzicht auf eine weitere Zusammenarbeit mit den westdeutschen Kommunisten, weil wir nicht gemeinsam mit den Befürwortern der Niederschlagung des Prager Reformkommunismus gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam protestieren wollten. An diesem Protest hielten wir allerdings fest, und durch die Identifizierung mit den Zielen der Vietcong waren wir Teil einer weltweiten Bewegung, die wohl maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Herrschenden den Krieg nicht mehr weiterführen konnten und 1975 den Sieg der vietnamesischen Befreiungsfront hinnehmen mussten.

Als kleinen Einschub erlaube ich mir eine Frage, die angesichts der jüngsten Angriffe gegen **Rudi Dutschke** nicht ohne aktuelles Interesse sein mag: Wer hat historisch Recht behalten, wenn wir die Konstellation von 1968 rückblickend betrachten: Rudi Dutschke, der heute in einer Verleumdungskampagne als unverantwortlicher Demagoge und potentieller Gewalttäter dargestellt wird, **oder Willy Brandt**, der große Staatsmann, auf den sich alle Wohlmeinenden gern berufen? Sollten wir nicht endlich denen Verdienste zuschreiben, die durch ihre Proteste den verbrecherischen Vietnam-Krieg wenigstens verkürzt haben, während andere, Brandt eingeschlossen, durch ihr Schweigen oder ihre Billigung zu Komplizen des Weißen Hauses wurden? Und hat Rudi Dutschke nicht durch seine Solidarität mit den Emanzipationsbestrebungen im Ostblock mehr zur politischen Orientierung beigetragen als alle diejenigen, die ein von ihm als allgemeine Staatssklaverei angeprangertes System zum real existierenden Sozialismus erhoben? Muß er uns angesichts des Endes der Sowjetunion und der neuen Barbarei der US-Führung nicht als jemand erscheinen, den die Geschichte bestätigt hat?

Zurück zum Ende der 60er Jahre. Damals war in einem fernen südamerikanischen Land eine politische Veränderung einge-

[7] Zitiert bei Balsen/Rössel 1986, S.86f

treten, durch die unser Internationalismus neuen Auftrieb erhielt: ich meine den **Wahlsieg von Salvador Allende in Chile und den Versuch, dort auf demokratischem Weg zu einer sozialistischen Umgestaltung zu gelangen**. Einige von uns fühlten sich aufgerufen, selbst nach Chile zu gehen und dort entsprechend unserer Vorbildung und unseren Fähigkeiten mitzuarbeiten. Da ich auch zu diesen Personen gehörte und bis zum Putsch als Hochschullehrer an der Universität Concepción in Chile tätig war, will ich über diese Spielart eines praktischen Internationalismus nicht viel sagen, auch um zu vermeiden, die Bedeutung der eigenen Arbeit ungebührlich in den Mittelpunkt zu rücken oder ins Anekdotische abzugleiten. [8] Das Ende der Unidad Popular und die Aufnahme vieler exilsuchender Chilenen, in der Bundesrepublik wie in der DDR, hat jedenfalls mit Sicherheit den Internationalismus der westdeutschen Linken nachhaltig beeinflußt, einschließlich der geografischen Schwerpunktsetzung „Lateinamerika", die bis heute nachwirkt. **Für Jahre stand die Frage, welche Lehren aus der chilenischen Niederlage gezogen werden müssten, im Mittelpunkt heißer Diskussionen**. Zu den Auseinandersetzungen innerhalb des chilenischen Exils über den richtigen Weg, Pinochet zu bekämpfen und zu beseitigen, konnten die deutschen Unterstützer allerdings wenig beitragen, hier gelangte der „Internationalismus" an seine Grenzen.

Es würde eine eigenes Referat erfordern, über den **Internationalismus der 70er Jahre** zu sprechen: der Zerfall der antiautoritären Studentenbewegung brachte eine Vielzahl politischer Gruppierungen hervor, die oft ihre Existenz und ihre Praxis mit Hinweisen auf internationale Zusammenhänge und große Vorbilder rechtfertigten: die chinesische Kulturrevolution gehörte dazu, aber auch das Vorbild des bewaffneten Kampfes der Stadtguerilla in Uruguay und Brasilien im Falle der RAF, die sich ja auch aus der Studentenbewegung rekrutierte. Wer nach allen gescheiterten Höhenflügen weltrevolutionärer Hoffnungen ernüchtert nach einem real existierenden Gegengewicht zu den USA suchte, der war manchmal bereit, sich der Sowjetunion und ihrem „Lager" ein- und unterzuordnen. Für uns andere, die wir an unseren antiimperialistischen Überzeugungen ohne Lagerbindung festhielten, waren allerdings in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre **irritierende Geschehnisse zu verarbeiten, die sich nicht leicht einordnen ließen**: Die massive Flucht aus Vietnam, wo doch gerade die Revolution gesiegt hatte, die sogenannten boat people, die aus dem südchinesischen Meer gefischt wurden, dann in Kambodscha die Verwandlung der Spitze einer Befreiungsbewegung in eine Mörderbande, die einen großen Teil der eigenen Bevölkerung abschlachtete, schließlich sogar ein Krieg zwischen zwei Staaten, die sich beide als sozialistisch verstanden, nämlich das wiedervereinigte Vietnam und die Volksrepublik China.

Neue Hoffnungen knüpften sich an den Kampf der sandinistischen Befreiungsfront in Nikaragua gegen die Somoza-Diktatur. Nicht die ländliche Guerilla, sondern ein Aufstand der Jugend in den Städten führte zu einem Überraschungssieg der **Sandinisten.** Die USA wurden von der schnellen Entwicklung überrascht und verzichteten darauf, Somoza bis zum Ende zu stützen, zumal die europäischen Sozialdemokraten gegen ihn Partei ergriffen. Schwerer als die Machtübernahme war dann die Konsolidierung der neuen Ordnung, die von Kuba und den Ländern des Ostblocks unterstützt wurde und so in die Frontstellung des Kalten Krieges geriet. In der Ägide des ultrareaktionären Ronald Reagan riefen die USA mit den „Contra" terroristische Gruppen ins Leben, die von der Großmacht im Norden durch völkerrechtswidrige Aktionen unterstützt wurden. Von Beginn an musste die Revolution in diesem zurückgebliebenen mittelamerikanischen Land bewaffnet verteidigt werden, wodurch zugleich die Beibehaltung einer von selbstherrlichen „comandantes" geführten politisch-militärischen Organisation ihre Rechtfertigung fand, auf Kosten der Entwicklung basisdemokratischer Strukturen. Die europäische Solidaritätsbewegung sah es als ihre vordringliche Aufgabe an, durch die schiere Anwesenheit ausländischer Helfer in Gesundheits-, Ernte- und Technikerbrigaden die Wahrscheinlichkeit einer offenen US-amerikanischen Intervention zu vermindern. Die **langdauernde Nikaragua-Solidarität** in der Bundesrepublik wurde von Tausenden internationalistischen Aktivisten getragen und hatte viele Gesichter: von der Unterstützung einer großen Zahl lokaler Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung bis hin zu wissenschaftlichen Untersuchungen, die auf Wunsch der Sandinisten Problemfelder ausleuchten sollten, die ihnen in ihrer praktischen Politik zu schaffen machten . [9]

Die Konflikte, die im Verhältnis der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik zu ihren Partner in Zentralamerika angelegt sind, traten noch stärker als in Nicaragua im benachbarten **El Salvador** zutage.

Hier war kein Überraschungssieg der Befreiungsbewegung gegen ein von den USA gestütztes Regime mehr denkbar: Der bewaffnete Kampf war langwierig und opferreich, und **Solidarität hieß in der Praxis auch Unterstützung der militärischen Anstrengungen der Befreiungsfront Frente Farabundo Marti de Liberación Nacional (FMLN)**. Dies jedenfalls war die Meinung der Mehrheit der Redaktion der Tageszeitung „taz", als sie im Dezember 1980 ihren **Spendenaufruf „Waffen für El Salvador**" veröffentlichte. Die Spendenkampagne wurde von einem breiten politischen Spektrum unterstützt, das von linken Sozialdemokraten über die Grünen bis zur DKP reichte, mehrere Millionen Mark wurden in ihrem Verlauf an die FMLN überwiesen. Dieser Art Solidarität entsprach allerdings kaum eine genaue Kenntnis der Organisationen, die sich in der FMLN zusammengefunden hatten, ihrer inneren Debatten und Konflikte. Die Auslandspropaganda der FMLN half kaum, die komplizierte innere Lage des Landes zu verstehen, zum Beispiel das Scheitern triumphalistisch angekündigter Offensiven und die Beteiligung eines großen Teils der Bevölkerung an Wahlen, die von der FMLN boykottiert wurden.

Mit welchen Mitteln innere Auseinandersetzungen in revolutionären Organisationen ausgetragen wurden, zeigte die Er-

[8] Siehe dazu das Heft der Lateinamerika Analysen 6 vom Oktober 2003, Institut für Iberoamerika-Kunde. Darin Klaus Meschkat, Gedanken zu einem 30. Jahrestag

[9] Ergebnisse einer solchen Forschungsarbeit erschienen auch in deutscher Sprache, zum Beispiel zum Problem der Atlantikküste und ihrer indianischen und schwarzen Bevölkerung: Klaus Meschkat, Eleonore von Oertzen, Ernesto Richter, Lioba Rossbach und Volker Wünderich (Hrsg.), Mosquitia. Die andere Hälfte Nicaraguas, Hamburg 1987

mordung des in der Befreiungsfront kämpfenden Dichters Roque Dalton durch eigene Genossen der ERP Anfang 1982. Ein Jahr später erreichte die Irritation der Solidaritätsbewegung ihren Höhenpunkt: In der stärksten Organisation des revolutionären Bündnisses, der FPL, kam es zur spektakulären Vorfällen. Die Guerillakommandantin Ana-Maria wurde tot aufgefunden, ihre Leiche war grauenhaft zugerichtet, zunächst machten alle die paramilitärische Rechte und die CIA für die Untat verantwortlich. Dann beging der aus Libyen zur Beerdigung angereiste Kommandant Marcial (Cayetano Carpio) am 12.4.83 Selbstmord, nachdem er erfahren hatte, dass der Mord auf Betreiben eines seiner Gefolgsleute, des dritten Führers der FPL namens Kommandant Marcelo, verübt worden war.

Erst jetzt wurde der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung langsam bekannt, dass es überhaupt scharfe Richtungskämpfe in der FPL gab, bei denen Ana-Maria im Gegensatz zu Marcial und Marcelo Verhandlungen mit der Regierung befürwortet hatte. Den Aktivisten der Solidaritätsbewegung wurde zunehmend klar, dass sie von der FMLN nicht wirklich über die Probleme des Kampfes in El Salvador unterrichtet worden waren. Die Folge waren bleibende Zweifel in die Vertrauenswürdigkeit politisch-miltärischer Organisationen, und schließlich auch die Auflösung der meisten El Salvador-Komitees. [10]

Gleichzeitig mit den revolutionären Kämpfen in Mittelamerika kam es seit dem **Beginn der 8Oer Jahre** zu einer Intensivierung der **Emanzipationsprozesse im sowjetischen Herrschaftsbereich,** beginnend mit der Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft in **Polen.**

Es muß daran erinnert werden, dass in dieser antistalinistischen Protestbewegung auch Protagonisten einer Neuen Linken tätig waren, die als Gesinnungsgenossen der von Moskau und Peking unabhängigen Marxisten im Westen gelten durften: das Manifest von Kuron und Modzelewski war ein Dokument solchen Denkens. Dennoch gab es unter den westdeutschen Internationalisten nur sehr wenige, die an den Vorgängen in Osteuropa Anteil nahmen und kontinuierlich Kontakte aufbauten. Ganz anders war die Weltsicht der unabhängigen französischen Linken, die sich mit den Anfängen von „**Solidarnosc“** identifizierten und sie praktisch unterstützen wollten. Ich erinnere mich an Reisen eines angesehenen französischen Anthropologen, der Anfang der 80er Jahre mehrfach mit einem Bus voller Hilfsgüter von Paris nach Warschau fuhr und auf halbem Wege bei mir in Hannover zur Übernachtung Station machte. Er erzählte mir von Polen, ich hatte Nikaragua im Kopf, wir hörten einander mit mäßigem wechselseitigen Interesse zu.... Eine problematische internationalistische Arbeitsteilung, für die wir später einen hohen Preis zu zahlen hatten.

Es kam die Wende, das begrüßenswerte Ende der Herrschaft einer neostalinistischen Bürokratie, zugleich aber die Einverleibung mittel- und osteuropäischer Gebiete in die kapitalistische Welt mit unbestreitbar konterrevolutionären Zügen.

Für den überkommenen „Internationalismus“ war eine schwierige Situation entstanden. Ich erinnere mich an eine Veranstaltung in Westberlin im Jahre 1990 oder 1991, nach dem Fall der Mauer. Eine Vertreterin der Solidaritätsbewegung für Lateinamerika beklagte mit bewegten Worten das Ende der DDR, nicht etwa in Sorge um die Menschen, die damals gerade mit jedem Recht feierten, dass sie nicht mehr eingesperrt waren in ihren fürsorglichen Staat – für diese junge Frau war nur und ausschließlich von Interesse, dass mit dem Ende der DDR Kuba einen treuen und zuverlässigen Verbündeten verloren hatte und nun in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, deren Folgen gar nicht abzusehen waren. Mir ist dies lebhaft in Erinnerung, weil in diesem extremen Fall schlagartig die Verirrungen einer Solidaritätsarbeit zutage traten, die nur in eine Himmelsrichtung blickt. Könnte es nicht sein, dass sich die unabhängige westdeutsche Linke durch diese Einseitigkeit mitschuldig daran gemacht hat, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die neoliberale Offensive den Osten unseres Kontinents fast ohne Widerstand überrollen konnte? Wo waren dort unsere Gesinnungs- und Bundesgenossen? Kannten wir sie überhaupt? Hatten wir überhaupt in diese Richtung gearbeitet? Der polnische Papst, der in diesem Jahr gestorben ist, hatte jedenfalls eine klarere internationale Strategie, mit der er nicht nur in seinem Herkunftsland siegreich war.

Wir kommen jetzt in die **90er Jahre** und zur Gegenwart der globalisierungskritischen Bewegung, deren Entstehen und Entwicklung den meisten von ihnen aus eigener Anschauung und aus eigener Mitwirkung bekannt ist.

Sie ist aus dem Geist eines zeitgemäßen Internationalismus geboren und knüpft an die **Kritik des Nord-Süd-Ausbeutungsverhältnisses** an, wie sie parallel zur Mittelamerika-Solidarität in den 8Oer Jahren entwickelt wurde, als die globale Schuldenproblematik zur Konfrontation mit IWF und Weltbank führte. **Die Proteste in Westberlin 1988 gehören zur unmittelbaren Vorgeschichte der globalisierungskritischen Bewegung**. In gewisser Weise ist sie eine neue Internationale, allerdings ohne eine Nummer, mit der man sie zum Beispiel hinter die 4. Internationalen der Trotzkisten einordnen könnte. Die Bewegung der **Weltsozialforen** kann geradezu als Gegenbild zu der zentralistischen Weltpartei verstanden werden, die als 3. Internationale von Lenin 1919 gegründet und von Stalin 1943 aufgelöst wurde. Die 3. Internationale (und der Versuch ihrer Wiederbelebung unter trotzkistischem Vorzeichen) kann für uns also kein Vorbild sein. Und auch an ihre Vorgängerin, die 2. Internationale, erinnert man sich vor allem wegen ihres kläglichen Scheiterns beim Kriegsausbruch 1914, als alle ihr angeschlossenen sozialdemokratischen (d.h. marxistischen) Parteien trotz aller vorangegangenen Friedensresolutionen an der Seite der jeweiligen Bourgeosie in den 1. Weltkrieg zogen, der mit allen seinen Folgen das „kurze 20.. Jahrhundert“ (1914-89) geprägt hat.

Die erste Internationale

So müssen wir zum Schluß, nachdem ich Sie mit einem raschen Lauf durch die Geschichte der westdeutschen Solidaritätsbewegungen ermüdet habe, noch weiter zurück in die Geschichte, wenn wir nach Vorgängern und Vorbildern suchen. Vielleicht ist es nicht abwegig, den Beginn der **ersten Internationale** zu betrachten, die **1864** von Vertretern der engli-

[10] Über die Einzelheiten der Entwicklung der Zentralamerika-Solidarität unterrichtet bis 1986 hervorragend das Buch von Balsen/Rössel 1987, S. 384-498

schen und französischen Arbeiter ins Leben gerufen wurde. Die Erklärungen, die diesem ersten internationalen Forum der Ausgebeuteten vorausgingen, haben eine erstaunliche Aktualität, wenn da zum Bespiel gesagt wird, dass die Mächtigen der Erde sich in Konferenzen versammeln, in denen gewissenlose Minister ihre Verbrechen rechtfertigen und legalisieren. Wer denkt da nicht an Davos und Genua. Dem Missbrauch der Macht müsse durch Verbrüderung der Völker begegnet werden: „Laßt uns unsere Kongresse haben! Laßt uns über die großen Fragen sprechen, von denen der Friede der Völker abhängt.“ [11] Aber es ging nicht nur um Proklamationen, sondern um konkrete soziale Probleme, die uns irgendwie bekannt vorkommen. Englische Unternehmer versuchten damals, unterbezahlte Arbeiter aus Belgien, Frankreich und Deutschland ins Land kommen zu lassen, um das Lohniveau der englischen Arbeiter herabzudrücken. Dies sei nur durch den Mangel einer regulären, systematischen Verbindung der arbeitenden Klassen aller Länder möglich – man könne aber verhindern, dass die unterbezahlten gegen die höher bezahlten Arbeiter ausgespielt würden, und zwar durch das internationale Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder.

Die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit aus praktischer Notwendigkeit, gemeinsame Abwehr von Bolkestein und einer neoliberalen Europaverfassung, hat also durchaus Vorläufer. Aber auch eine Art internationaler Solidarität, die nicht nur im wohlbegründeten Eigeninteresse liegt, sondern sogar mit materiellen Opfern erkauft werden muß. Die Beschäftigung der englischen Arbeiter in der Textilindustrie litt damals unter der stockenden Zufuhr von Baumwolle aus den Plantagen der US-amerikanischen Südstaaten. Trotzdem wandten sich die Gewerkschaften gegen die englische Regierung, die zur Sicherung des Baumwollnachschubs die Südstaaten unterstützen wollte, und solidarisierten sich mit der Sache der Sklavenbefreiung. Ähnlich uneigennützig war auch die Hilfe für den polnischen Aufstand gegen die zaristische Herrschaft von 1863 – die polnische Befreiungsbewegung kämpfte damals gegen die Vormacht der Konterrevolution des 19.Jahrhunderts.[12] Man kommt nicht umhin, über die vergleichbare Rolle der einzig verbliebenen Großmacht zu Beginn unseres Jahrtausends nachzudenken: George W. Bush tut alles, um einen solchen auf den ersten Blick weit hergeholt erscheinenden Vergleich durch seine imperialistische Kriegspolitik Tag für Tag zu rechtfertigen.

Aus der Vergangenheit lernen - Drei Kontroversen

Mir scheint, aus dieser ganzen langen Geschichte vergangener Internationalen und der westdeutschen Solidaritätsbewegung lässt sich **manches lernen** – und deshalb möchte ich wenigstens thesenartig und zur Diskussionsanregung **drei immer noch kontroverse Probleme ansprechen, bei denen wir uns möglicherweise die Wiederholung vergangener Fehler ersparen könnten:**

[11] Aus der Botschaft „An die Arbeiter Frankreichs von den Arbeitern Englands“, verfasst vom englischen Gewerkschaftsführer Odger, in Braunthal 1974, S. 106
[12] Zu den Einzelheiten siehe Braunthal 1974, S.102f

1.Internationale Solidarität ist immer Einmischung – sie sollte nicht auf dem schlechten Gewissen der Privilegierten des sogenannten „Nordens“ beruhen, sondern auf dem Versuch, die Probleme der Gesinnungsgenossen und Weggefährten in anderen Ländern zu begreifen und an ihrer Arbeit so teilzunehmen, dass daraus für beide Teile Nutzen und Erkenntnisfortschritt entsteht. **Solidarisches Zusammenwirken ist im Prinzip ein Verhältnis unter Gleichen**, in dem jede dennoch bestehende Ungleichheit transparent gemacht werden muß. Internationalisten sind weder Gönner noch Befehlsempfänger.

2. Politisch-militärische Organisationen als bevorzugte Erscheinungsform von Befreiungsbewegungen (auch solchen an der Macht) sind nicht per se überlegene Partner, sondern bestimmte Spielarten einer leninistischen Partei, die alle Probleme dieser besonderen Organisationsform aufweisen, in der Regel durch zusätzliche Tendenzen zur Militarisierung verstärkt. Reserven gegenüber dem Machtmonopol selbsternannter Eliten sollten für Linke auch dann selbstverständlich sein, wenn es sich um historisch legitimierte Führer bedeutender Revolutionen handelt.

3. Durch die Einbeziehung Osteuropas in die kapitalistische Weltwirtschaft sind uns **die Verhältnisse der ehemaligen Dritten Welt dicht auf den Pelz gerückt**. Auch deshalb sollten wir bei unseren internationalen Aktivitäten stärker versuchen, Erfahrungen bei uns und anderswo zueinander in Beziehung zu setzen: **Beispiele sind solidarische Ökonomie, Widerstand gegen Privatisierung unter unterschiedlichen Bedingungen.** Wir sollten selbstbewusst genug sein, von unseren Mitstreitern in der Dritten Welt auch Interesse an unseren Problemen und Auseinandersetzungen einzufordern: Bei einem arbeitsteiligen Internationalismus mit ungleicher Rollenverteilung darf es nicht bleiben.

Literaturhinweise:

Werner Balsen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986

Julius Braunthal, Geschichte der Internationale Band 1, Berlin.Bonn-Bad Godersberg, 2.Aufl. 1974

Josef (Moe) Hierlmeier, Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua, Stuttgart 2002

Klaus Meschkat, Eleonore von Oertzen, Ernesto Richter, Lioba Rossbach und Voler Wünderich (Hrsg.), Mosquitia. Die andere Hälfte Nicaraguas, Hamburg 1987

Klaus Meschkat, Gedanken zu einem 30.Jahrestag, in: Lateinamerika Analysen 6 vom Oktober 2003, Institut für Iberoamerika-Kunde

Walden Bello *

Die wahre Bedeutung von Hongkong:

Brasilien und Indien schließen sich den Grossen an.

Was in Hongkong auf dem Spiel stand, war das Überleben der Welthandels-Organisation (WTO – World Trade Organisation) als Institution. Nach dem Scheitern zweier Ministertreffen in Seattle und Cancun hätte das Zerbröseln eines dritten die Nützlichkeit der WTO als Hauptmotor der globalen Handelsliberalisierung ernsthaft in Frage gestellt. Ein Kompromiss wurde benötigt und ein Kompromiss wurde gefunden. Wie, warum und wer diesen Kompromiss beigesteuert hat, das ist die wahre Geschichte von Hongkong.

Ein echter Kompromiss, kein kosmetischer.

Der Hongkong Kompromiss wurde in manchen Berichten als ein „Minimal Paket" bezeichnet, das hauptsächlich als Lebenserhaltungssystem für die WTO diene. Das trifft aber kaum zu. **Der Kompromiss presste den Entwicklungsländern substantielle Zugeständnisse ab, aber er gewährte ihnen kaum etwas als Gegenleistung.**

Die Anwendung der Schweizer Formel, die den Marktzugang für nicht-agrarische Güter (**NAMA** – Non-Agricultural Market Access) reguliert, würde viele Entwicklungsländer hart treffen. Nach dieser Formel sollen die höheren Zollsätze verhältnismäßig stärker reduziert werden als die niedrigen. Die Entwicklungsländer erheben allgemein höhere Sätze auf Industriegüter, um durch Importsubstitution ihre industriellen Sektoren zu entwickeln.
Die Spezifikation eines „multilateralen" Verhandlungs-Procedere für den Text über Dienstleistungen untergräbt den flexiblen Ansatz von Angebot und Nachfrage, der die Verhandlungen über das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen (**GATS** – General Agreement on Trade in Services) kennzeichnete. Das bringt Zwangselemente ein und wird viele Entwicklungsländer zu Verhandlungen über einzelne Sektoren zwängen. Die Idee dahinter ist, einzelne Schlüsseldienstleistungen aufzubrechen.
Was der Süden als Gegenleistung erhält ist in der Hauptsache ein Datum für den endgültigen Abbau **landwirtschaftlicher Subventionen**. Dennoch soll die Subventionsstruktur in der Europäischen Union und in den Vereinigten Staaten größtenteils intakt bleiben. Selbst mit dem Abbau der formellen Exportsubventionen werden andere Formen der Exportstützung gestattet, dass z. B. die Europäische Union auch nach 2013 damit fort fährt, Exporte im Umfang von 55 Milliarden Euro zu stützen.
Insgesamt war dies ein Abkommen mit Biss, jedoch werden die Bissspuren hauptsächlich in den Entwicklungsländern zu finden sein.

Die Umrisse des Kompromisses wurden schon vor Hongkong offenkundig und viele Entwicklungsländer kamen zum Ministertreffen mit dem Vorsatz diesen abzulehnen. Tatsächlich gab es Gelegenheiten, wie am 16. Dezember die Formierung der G 110 durch die G 33, G 90 und der ACP/AKP-Länder (Länder in Afrika, der Karibik und im pazifischen Raum). Das gab zur **Hoffnung** Anlass, dass unter den Regierungen der Entwicklungsländer eine **Einigkeit** entstehen könnte, was den drohenden Kompromiss hätte kippen können. **Zum Schluss jedoch knickten die Regierungen der Entwicklungsländer e.** Viele von ihnen waren einzig von der Furcht motiviert, des Zusammenbruchs der Organisation beschuldigt zu werden. Sogar Kuba und Venezuela beschränkten sich darauf, während der Abschlusssitzung der Ministerkonferenz am 18. Dezember „Bedenken" über den Dienstleistungstext anzumelden

Die Unterhändler

Der Grund für das Einknicken der Entwicklungsländer war weniger der Mangel an Führung sondern eine Führung in entgegen gesetzter Richtung. Die Ursache für das Hongkong Debakel war die **Rolle von Brasilien und Indien**, den Anführern der notorisch bekannten Gruppe der 20.
Bereits vor Hongkong waren Brasilien und Indien zu einem Kompromiss bereit.
Für **Brasilien** ging es unterm Strich um die Bekanntgabe eines Datums für den Abbau der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte durch die Europäische Union. Die brasilianischen Unterhändler und auch viele andere erwarteten, dass die EU beim Ministertreffen ein solches ankündigen würde, auch wenn man annahm, dass die Europäer aus verhandlungstaktischen Gründen bis zur letzten Minute damit warten würden. Brasilien war auch gewillt, die Schweizer Formel für NAMA und den multilateralen Ansatz bei den Dienstleistungen zu akzeptieren.
Indien, seinerseits, kam mit seinen bereits bekannten Positionen in Hongkong an. Es würde den multilateralen Ansatz bei den Dienstleistungsverhandlungen akzeptieren und die Schweizer Formel bei NAMA und Brasilien bei der Landwirtschaft folgen. Für viele war die einzige Frage, würde Indien die entwickelten Länder zu Zugeständnissen beim Modus 4 des GATS drängen – das heißt, die USA und die EU stimmen zu, mehreren Fachkräfte aus Entwicklungsländern freien Zugang zu bewilligen. Wie sich herausstellte, entschied sich Indien, Washington in diesem Punkt nicht zu bedrängen.

Der Preis

Es bleibt zu diskutieren, ob das abschließende Abkommen für Brasilien und Indien einen Nettogewinn ergibt; aber auch, wenn die Bilanz einen Nettoverlust ausweist, wird dieser für Brasilien und Indien geringer sein als für die weniger entwickelten Länder. Wie auch immer, der wichtigste Gewinn für Brasilien und Indien liegt nicht in der Auswirkung des Abkommens auf ihre Volkswirtschaften, sondern in der Bestätigung ihrer neuen Rolle als machtvolle Unterhändler innerhalb der WTO.

Mit dem Auftauchen der G 20 während der Ministerkonferenz von 2003 in Cancun wurde den USA und der EU deutlich gemacht, dass die alte Machtstruktur und die alte Methode, Entscheidungen in der WTO zu fällen, obsolet waren. Neue Mitspieler mussten von der Elite angenommen werden. Der Zirkel der Macht musste erweitert werden, um die Organisation wieder auf die Beine zu stellen und wieder in Gang zu bringen. Die Einladung der EU und der USA an Brasilien und Indien, zusammen mit Australien, Teil der „Fünf Interessierten Parteien" (FIPs), war der wichtigste Schritt in diese Richtung und das Übereinkommen der FIPs löste das Patt in den Landwirtschaftsverhand-

lungen auf. Das wiederum führte zum Rahmenabkommen bei der Tagung des Generalrates im Juli 2004.
Während der Vorbereitungen auf die Ministerkonferenz in Hongkong wurde Brasiliens und Indiens neue Rolle als mächtige Unterhändler zwischen der entwickelten und der sich entwickelnden Welt durch die Schaffung einer neuen inoffiziellen Gruppierung, genannt **die „Neue Quadriga“,** bestätigt. Diese Formation, die die EU, USA, Brasilien und Indien umfasste, spielte eine entscheidende Rolle bei der Festsetzung der Tagesordnung und der Zielsetzung der Verhandlungen. Ihr Hauptziel in Hongkong war, die WTO zu retten. Bei dieser Rettungsaktion übernahmen Brasilien und Indien die Aufgabe, die Zustimmung der Entwicklungsländer zu einem **unausgeglichenen Abkommen** zu erlangen, trotz des Widerstrebens der EU und der USA deutliche Zugeständnisse bei der Landwirtschaft zu machen. Das Zustandekommen dieser Einigung sollte den Nachweis liefern, dass Brasilien und Indien „verantwortungsbewusste“ globale Akteure seien. Es war der Preis, den sie für eine Vollmitgliedschaft in einer neuen, erweiterten Machtstruktur zu zahlen hatten.
Es erforderte eine **Menge an Lobby-Arbeit** vor und während der Konferenz von Hongkong, wobei beide Regierungen ihren Ruf als Führer der sich entwickelnden Welt aufs Spiel setzten, aber sie schafften es, allen die Zustimmung zu einem üblen Kompromiss abzuringen, wenn auch nicht ohne Murren. Das war keine schlechte Leistung, da es die folgenden Punkte beinhaltet:

- **Die am wenigsten entwickelten Länder stimmen einem „Entwicklungspaket“ zu**, das hauptsächlich aus einem zoll- und quotenfreien Zugang ihrer Produkte auf die Märkte der entwickelten Länder besteht, allerdings mit zahlreichen Schlupflöchern, und aus einem verführerisch benannten „Aid for Trade“ Programm, das zum Teil aus Krediten bestehen soll, die es diesen Ländern ermöglichen sollte, ihr Wirtschaftsregime WTO-verträglich zu machen. Dieser Prozess **wird die Verschuldung dieser Länder weiter verschlimmern**.
- die **west-afrikanischen Baumwolleproduzenten** wurden dazu verlockt, einem Kompromiss zuzustimmen, dessen Hauptinhalt darin bestand, den USA noch ein volles Jahr zu gewähren, bis die Exportsubventionen abgeschafft werden, die, laut einer WTO-Entscheidung gegen diese Subventionen, bereits vor anderthalb Jahren hätten abgeschafft werden sollen. Ihre Forderung nach Entschädigung für den enormen Schaden, den diese Subventionen ihren Volkswirtschaften zugefügt hatten, wurde ignoriert.
- Die hartnäckigsten Unterhändler bei den **Dienstleistungsverhandlungen** – Indonesien, die Philippinen, Südafrika, Venezuela und Kuba – wurden verleitet, ihre ablehnende Haltung zu Annex C des Deklarationsentwurfes auszugeben der multilaterale Verhandlungen verlangt.
- **Die unzufriedensten Mitglieder der so genannten „NAMA 11“ (in dem Brasilien und Indien selbst Mitglieder waren) wurden neutralisiert**. Ihr Wunsch war, dass die Forderungen des Nordens nach einer raschen Gangart bei der Liberalisierung der Industrie- und Fischereizölle an Zugeständnissen des Nordens bei der Landwirtschaft gebunden würden.

Der Klub der gegenseitigen Bewunderung.

Die abschließende Pressekonferenz der G 20 am späten Nachmittag des 18. Dezembers war bemerkenswert für ihren Mangel an Gehalt und für ihren Symbolismus. Als ob er harten Fragen zuvorkommen wollte, ob der ministerielle Text einen guten Kompromiss für die Entwicklungsländer darstellt, erklärte der Außenminister Brasiliens, Celso Amorim, wiederholt: „Wir haben ein Datum,“ wobei er sich auf das Jahr 2013 bezog, wann die Exportsubventionen Auslaufen sollen. Dann begannen Amorim und der indische Handels- und Industrieminister Kamal Nath ein gegenseitiges Schulter klopfen und gratulierten einander zu der großartigen Leistung, dass sie ein Abkommen erreicht hätten, das die Interessen der Entwicklungsländer schützt. Obwohl die vielen Anwesenden darauf brannten, Fragen zu stellen, brach Amorim die Pressekonferenz ab und verließ, zusammen mit Kamal Nath, den Raum, angeblich zu einem anderen Meeting aber ganz offensichtlich deshalb, um nicht unter Beschuss durch skeptische Reporter und NGO-Vertreter zu geraten.
Auf der Schlusssitzung des Sechsten Ministertreffens sagte der Generaldirektor Pascal Lamy, dass sich in Hongkong „die Waagschale der Macht zugunsten der Entwicklungsländer gesenkt habe.“ Diese Behauptung war nicht völlig zynisch und nicht ganz unwahr. Das Körnchen Wahrheit in seiner Behauptung war, dass Indien und Brasilien, die Großen der Entwicklungsländer, Mitglieder im Klub der Großen geworden sind, der die WTO regiert.

Das Paradox

Es ist paradox, dass die G 20, deren Entstehung die Erwartungen der Entwicklungsländer während der Ministerkonferenz in Cancun beflügelte, zur Startrampe für **Indiens und Brasiliens Integration in die Machtstruktur der WTO** wurde. Aber in der Geschichte ist das nicht unüblich. Vilfredo Pareto, der italienische Denker, beschrieb die Geschichte als „Friedhof jener Aristokratien“, die eine harte Linie gegen jeden Wechsel in den Machtverhältnissen einnahmen. Für Pareto waren die erfolgreichsten Eliten diejenigen, die es schafften, die Führer eines Massenaufstandes, die sie entmachten wollten, zu integrieren und die Machtelite zu erweitern, dabei jedoch die Struktur des Systems beizubehalten. Obwohl die USA und die EU seit dem Scheitern der Ministerkonferenz in Cancun uneinig über die Landwirtschaft waren, war ihre gemeinsame Priorität das Überleben der WTO, und sie managten erfolgreich eine Strategie der Kooptation. Damit verwandelten sie in Hongkong eine drohende Niederlage in einen Sieg.
Schon vor den Ereignissen von Hongkong betrafen die die auffälligsten Fälle von Kooptationdie von der Arbeiterpartei geführte Regierung des Präsidenten Luiz Inácio da Silva in Brasilien und die von der Kongresspartei geführte Regierung in Indien. Beide waren mit anti-liberalen Wahlplattformen an die Macht gelangt. **Einmal an der Macht, wurden beide zu den effektivsten Stabilisatoren neo-liberaler Programme**, beide genossen die Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds, durch die Lobby internationaler Konzerne und durch Washington. Es ist nicht unvernünftig anzunehmen, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem, was diese Regierungen zu Hause schafften, und ihrer Leistung auf der globalen Bühne in Hongkong.

Walden Bello ist Geschäftsführender Direktor der in Bangkok ansässigen Forschungs-, Analyse- und Vertretungs-Organisation „Focus on the Global South“ (Fokus auf den globalen Süden).
http://www.focusweb.org/content/view/799/36/

Mehr über die WTO: *Attac Schweiz: http://www.schweiz.attac.org/WTO-Die-wahre-Bedeutung-von*
Attac Deutschland: http://www.attac.de/wto/ *Attac Österreich: http://www.attac.at/1482*

WEED Kurzanalyse der WTO-Abschlußerklärung für die Themenbereiche GATS, Agrar und NAMA :

NAMA (Marktzugang für Nicht-Agrargüter)

NAMA: Was wurde verabschiedet?
Der Abschlusstext sieht zu NAMA die Festlegung auf eine so genannte ‚Schweizer Formel' (Art. 14) vor, mit der die zukünftigen Zollsenkungen berechnet werden sollen. Für die weiteren Verhandlungen bleibt umkämpft, welche ‚Koeffizienten' in diese Formel eingetragen und dann zur Zollberechnung benutzt werden. Während Deutschland und die EU auf nur zwei (sehr niedrige) Koeffizienten gedrängt hatte, konnte sie sich nicht durchsetzen und musste die bloße Referenz auf eine "Swiss formula with coefficients (…)" akzeptieren.
Die Frage, ob Zollsenkungsverpflichtungen zukünftig ‚on a line-by-line basis' (also Zolllinie für Zolllinie) oder als Durchschnittsverpflichtungen eingegangen werden müssen, blieb ebenfalls offen. Ferner gibt der Text keinerlei auch nur annähernd präzisierte Antwort auf die Frage der notwendigen Flexibilität und Sonderregeln für Entwicklungsländer sowie auf die Probleme der Präferenzerosion, mit der z.B. die AKP-Staaten - angesichts präferenziellen Marktzugangs zum EU-Markt - zu kämpfen haben werden.

Kritik des NAMA-Ergebnisses
Mit einer Festlegung auf weitere Verhandlungen über Zollsenkungen und den Abbau ‚nichttarifärer Handelshemmnisse' im Industriegüter-Bereich - sowie u.a. bei Fischerei- u. Forstprodukten - bereitet der Text die weitere Marktöffnung für wettbewerbsfähige Unternehmen der Industrieländer vor. Er dient damit einer entwicklungsfeindlichen 'Konzernagenda' der EU und der USA. Viele Vorschläge von Entwicklungsländern zur Verteidigung ihrer Flexibilität wurden bereits beiseite geschoben.
Ein Stopp der Verhandlungen sowie die von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Gewerkschaften geforderten Analysen der Entwicklungs-, Beschäftigungs- und Umweltwirkungen weiterer NAMA-Vereinbarungen wurden ignoriert. Vielen Entwicklungsländern drohen damit Deindustrialisierung, der Verlust von Zolleinnahmen und der Wegfall zollpolitischer Schutzmöglichkeiten zum Aufbau und zur Förderung heimischer Industrien. Aus umweltpolitischer Sicht ist eine beschleunigte Liberalisierung brisanter Sektoren (Chemie, Elektronikprodukte, Forst-/Fischprodukte), der weitere Raubbau natürlicher Ressourcen und die Einschränkung umweltpolitischer Regulierungsmöglichkeiten zu befürchten.

Landwirtschaft

Was wurde entschieden?
Der größte Streitpunkt bei Landwirtschaft war die Frage des Enddatums der Exportsubventionen der EU. Die Ministererklärung enthält das Jahr 2013 als Enddatum für das Auslaufen der Exportsubventionen. Bis zum Jahr 2010 müssen Exportsubventionen zu einem "substantiellen" Teil abgebaut werden. Entscheidungen in den Bereichen Marktzugang, also vor allem Zollabbau wurden in Hong Kong genauso verschoben wie die Frage der internen Stützung. Für die "Nahrungsmittelhilfen" (Food Aid) der USA wurden neue Disziplinen in Aussicht gestellt.

Hintergrund
Die EU-Exportsubventionen waren im Agrarsektor der zentrale Streitpunkt der Ministerkonferenz. Denn die bäuerliche Landwirtschaft vieler Entwicklungsländer kann nicht mit der intensiven Landwirtschaft und den grossen Nahrungsmittelkonzernen aus dem Norden konkurrieren. Eine Förderung dieser Grossbetriebe und Agro-Konzerne mit Exportsubventionen verschärft das Problem des Exportdumpings bzw. ermöglicht es erst. Im Jamaika z.B. verloren viele Milchbauern ihre Absatzmärkte als das Land seine Agrarmärkte liberalisierte und damit hochsubventioniertes Milchpulver aus der EU auf den Markt kam.

Die EU kündigte schon im August 2004 das Auslaufen der europäischen Exportsubventionen an. Damals stellte die EU dies als großes Zugeständnis gegenüber den Entwicklungsländern in der WTO vor. Im Gegenzug erwartete sie damals wir bis zuletzt auch in Hong Kong weit reichende Zugeständnisse bei NAMA und GATS.

Bewertung
Das Auslaufen der Exportsubventionen der EU war überfällig. Dennoch ist es falsch, die Ministererklärung als großes Zugeständnis der EU gegenüber den Entwicklungsländern zu loben. Dafür gibt es drei Gründe:
1) Lassen sich die EU heute für das Enddatum feiern, ist dies eine Unverschämtheit. Denn schon im Juli-Paket im August 2004 hatten die EU ihr Angebot großes Zugeständnis "verkauft". Zudem ist noch lange nicht gut, etwas Schlechtes abzuschwächen. Die EU setzt nun lediglich das langsam um, was von ihr schon seit Jahren verlangt wird.
2) Bis zum Jahr 2013 wird es weiterhin Exportsubventionen geben. Dies ist nun rechtlich festgeschrieben. Bis zu diesem Jahr werden viele Menschen, vor allem in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft weiter unter Exportdumping aus der EU zu leiden haben.
3) Der Abbau von Exportsubventionen ist nicht das einzige Problem des Agrarabkommen: Durch das WTO-Agrarabkommen werden Ländern wichtige Schutzinstrumente genommen, ihre Landwirtschaft vor Dumping zu schützen. Eine dringend erforderliche Angebotsregulierung wird nicht ermöglicht. Probleme wie Abhängigkeiten kleinerer Produzenten von einigen wenigen TNKs durch Konzentrationsprozesse sowie "Terms of Trade" zugunsten der Entwicklungsländer werden nicht thematisiert.

Dienstleistungen/GATS

Was wurde entschieden?
Im Bereich Dienstleistungen waren die Verhandlungen der 6. Ministerkonferenz konzentriert auf einen umstrittenen Textentwurf für die Abschlusserklärung (Annex C), der eine drastische Beschleunigung und Verschärfung der bisherigen Verhandlungsweise des GATS-Abkommens vorsieht. Dieser war von der EU-Kommission und den europäischen Regierungen, insbesondere auch der deutschen Regierung, durchgesetzt worden und wurde in Hongkong aggressiv in die Verhandlungen hineingetragen.
Es beinhaltet folgende problematische Richtlinien:
- ein enges Zeitraster für das Jahr 2006, das die GATS-kritischen Schwellen- und Entwicklungsländer unter extremen Druck setzten wird
- das Thema öffentliche Auftragsvergabe bleibt auf der Agenda und setzt somit ein entwicklungspolitisch wichtiges Instrument unter Druck
- eine Ersetzung des bilateralen Verhandlungsverfahren, das ein wenn auch geringes Maß an Flexibilität für die Mitgliedstaaten bedeutete. Bei einem plurilateralen Verfahren drohen die Prioritäten einzelner Länder unter die Räder einer gebündelten Übermacht anderer Länder zu geraten.
- den Vorschlag von Mindest-Liberalisierungsverpflichtungen, so dass das GATS zu einer wesentlich drastischeren Marktöffnung führen wird.

Wie ist dies zu bewerten?
Mit der Abschlusserklärung ist eine etwas gemilderte Version des zuvor stark von Entwicklungsländern (G 90 und Venezuela, Indonesien, Brasilien etc.) kritisierten Papiers verabschiedet worden. Dennoch ist es eine Weichenstellung für einen unnachgiebigen Liberalisierungskurs. Aus entwicklungspolitischer Sicht bedeutet dies eine fortgesetzte Dynamik zu Marktöffnungen durch das WTO-Dienstleistungsabkommen und damit eine Bedrohung für den eigenständigen Aufbau eines Dienstleistungssektors durch die weltweite Dominanz von Dienstleistungsunternehmen aus den Industriestaaten.

Aus: http://www.weed-online.org/themen/97165.html

www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org

G20: *Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Kuba, Ägypten, Indien, Indonesien, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Philippinen, Südafrika, Tansania, Thailand, Venezuela und Simbabwe*

Die G20 umfasst zur Zeit 19 Entwicklungsländer, die zugleich WTO-Mitglieder sind. Unter der Führung von Brasilien und Indien wurde die G20 eine der wichtigsten Gruppierungen während der WTO-Verhandlungen seit dem Ministertreffen von Cancun im Jahr 2003. Die Gruppe schlug kürzlich einen Kompromiss für die Zollverhandlungen vor (etwa in der Mitte zwischen dem Vorgehen der Schweizer und der Uruguay-Runde), der in weiten Kreisen als Grundlage für weitere Verhandlungen akzeptiert wurde. Während die Gruppe für den eingeschränkten Gebrauch »heikler Produkte« argumentiert (ein Mechanismus, vom dem hauptsächlich die Industrieländer profitieren würden), unterstützt sie »spezielle Produkte« (SP) und »spezielle Sicherheitsmechanismen« (SSM), wie von der G33 bevorzugt. Die Gruppe hat ein offensives Interesse daran, inländische Stützungsmaßnahmen zu überarbeiten, besonders im Hinblick auf die Blue Box, bei der die Gruppe als Hauptagent des Revisionsprozesses agiert, der sicherstellen soll, dass die Zahlungen unter dieser Klausel weniger handelsverzerrend als die AMS*-Maßnahmen sind, und auf die Green Box, wo sie neue Sanktionen zur Vermeidung des »Box Shifting« erwartet. Im Bereich Exportwettbewerb hat die Gruppe einen Fünfjahrestermin zur Elimination aller Subventionen vorgeschlagen. (* Aggregate Measurement of Support, »Aggregiertes Maß der Stützung«: Stützungsmaßnahmen, die unter dem Landwirtschaftsabkommen reduziert werden müssen, bekannt als Amber Box).

G33: *Antigua und Barbuda, Barbados, Belize, Benin, Botswana, China, Kongo, Elfenbeinküste, Kuba, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Honduras, Indien, Indonesien, Jamaica, Kenia, Republik Korea, Madagaskar, Mauritius, Mongolei, Mosambik, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, Saint Kits und Nevis, Santa Lucia, Saint Vincent und Grenadinen, Senegal, Sri Lanka, Surinam, Tansania, Trinidad und Tobago, Türkei, Uganda, Venezuela, Sambia und Simbabwe.*

Unter der G33, auch bekannt als »Freunde der Spezialprodukte« versteht man 42 Länder. Bei der Zollreduktionsformel wehrt sich die Gruppe gegen Zollharmonisierung zwischen den Ländern und dafür, dass die unterschiedlichen Zolltarifstrukturen der Entwicklungsländer berücksichtigt werden. Die G33 ist die Hauptverfechterin von SPs und SSM (siehe G20 oben). Bezüglich SPs beharrt sie auf der autonomen Wahl anhand der entwickelten Indikatoren. Bezüglich SSM schlagen sie vor, dass dieser Mechanismus allen Entwicklungsländern für landwirtschaftliche Produkte offen stehe. Vielmehr sollten die SSM automatisch ausgelöst von Importsteigerungen oder Preiszerfall in Kraft treten. Die Gruppe verwirft auch sehr lautstark den Vorschlag der Industriestaaten, die de-minimis-Klausel abzuschaffen, die den Entwicklungsländern gewährt wird.

Cairns-Gruppe*: Argentinien, Australien, Bolivien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Fidschi, Guatemala, Indonesien, Malaysia, Neuseeland, Paraguay, Philippinen, Südafrika, Thailand und Uruguay.*

Die Gruppe besteht aus traditionellen Landwirtschaftsexporteuren. Die Cairns-Gruppe hat ein offensichtliches offensives Interesse am Marktzugang. Sie strebt nach Zollharmonisierung zwischen WTO-Mitgliedern, und, wie die USA, sieht die Vorschläge der G20 als »zu wenig ehrgeizig« an. Die Cairns-Gruppe möchte die heiklen Produkte so weit wie möglich beschränken, ist aber hinsichtlich SPs und SSM gespalten, was auch beim Punkt der handelsverzerrenden internen Stützung zutrifft, wo einzelne Mitglieder massive Benutzer der Amber Box sind. Was die Blue Box, Green Box und den Exportwettbewerb betrifft, hält sie eine ähnlich offensive Position wie die G20. Das heißt, dass die Gruppe Beschränkungen von Subventionen anstrebt, die hauptsächlich von Entwicklungsländern genützt werden.

G10: *Bulgarien, Taiwan, Republik Korea, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Mauritius, Norwegen und die Schweiz.*

Das ist die Zehnländergruppe mit den defensivsten Interessen an den Agrarverhandlungen. Sie ist gegen die G20-Formel, besonders das Element Zolltarifbeschränkungen. Sie argumentiert dafür, dass eine beliebige Anzahl Produkte als heikel eingestuft werden können sollte. Die G10 hat auch eine stark defensive Haltung bezüglich interner Stützung. Wie die EU ist sie nicht an der Ausweitung der Kriterien interessiert, sondern möchte den Status Quo der Blue Box bewahren. Auch widersetzt sie sich dem Vorschlag, die Kriterien der Green Box zu überarbeiten und zu klären. Was den Exportwettbewerb betrifft, möchte die G10 einen langen Zeitrahmen für die Elimination der Exportzuschüsse. Ferner verknüpft sie, genau wie die EU, diesen Punkt mit den Ergebnissen in anderen Verhandlungsthemen wie NAMA (nicht-landwirtschaftlicher Marktzugang) und GATS (Dienstleistungen).

Afrikanische Union/Gruppe, ACP*, mindest-entwickelte Länder: Angola, Antigua und Barbuda, Bangladesch, Barbados, Belize, Benin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Kambodscha, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Kongo, Elfenbeinküste, Kuba, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Dominica, Dominikanische Republik, Ägypten, Fidschi, Gabun, Grenada, Guinea (Conakry), Guinea Bissau, Guyana, Haiti, Jamaica, Kenia, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Malediven, Mali, Mauretanien, Mauritius, Marokko, Mosambik, Myanmar, Namibia, Nepal, Niger, Nigeria, Papua Neuguinea, Ruanda, Saint Kitts und Nevis, Santa Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Senegal, Sierra Leone, Solomoninseln, Südafrika, Surinam, Swasiland, Tansania, Togo, Trinidad und Tobago, Tunesien, Uganda, Sambia und Simbabwe.*

Diese Gruppierung, auch bekannt als G90, umfasst 64 WTO-Mitglieder. Obwohl nicht alle Mitglieder alle Positionen der Verhandlungen teilen, ist das heißeste gemeinsame Eisen der Gruppe die Aushöhlung der Vorzugsrechte, die mit allen drei Säulen der Landwirtschaftsverhandlungen zusammenhängt. Viele dieser Länder hängen sehr stark von bestimmten Märkten für ihre Landwirtschaftsprodukte im Norden ab, dank der existierenden Vorzugsregelungen. Länder der G90 wollen spezifische und konkrete Lösungen für das Problem der Aushöhlung der Vorzugsrechte. Viele schlagen vor, dass alle Vorzugsrechte erhalten bleiben sollen, bis alle internen Stützungen und Ausfuhrzuschüsse fallen, die ihre Güter betreffen.

Vereinigte Staaten

Trotz der sehr offensiven Position in Sachen Marktzugang nehmen die USA eine fast gegensätzliche Haltung bezüglich interner Stützung ein. Sie betrachten die G20-Formel als nicht ehrgeizig genug, und betonen den beschränkten Einsatzbereich und die Flexibilität der speziellen Produkte. Zusätzlich widersetzen sie sich den SSM, indem sie die Überschneidungen mit den SPs hervorheben. Zur gleichen Zeit möchten sie aber keine Änderungen am Status Quo der Green Box. Die USA sind die Hauptbefürworter für die Erweiterung der Blue-Box-Kriterien, die ihren antizyklischen Zahlungsmechanismus erhalten und ausweiten würden. Die USA sind die Hauptanwender von Exportkrediten und Lebensmittelhilfsprogrammen, um ihre Agrarüberschüsse loszuwerden. Daher nehmen sie eine defensive Haltung zum Exportwettbewerb im Hinblick auf diese beiden Elemente ein.

Europäische Union

Die EU haben einen ziemlich defensiven Ansatz in den Verhandlungen zum Marktzugang angenommen. Obwohl sie die G20-Vorschläge als Diskussionsgrundlage akzeptieren, kritisieren sie die Formel als zu ehrgeizig. Im Gegensatz zu den G10 jedoch haben auch die EU ein offensives Interesse am Zugang zum Markt anderer Länder. Während sie dafür argumentieren, die heiklen Produkte flexibel einsetzen zu können, üben sie bei den Entwicklungsländern Druck aus um die Flexibilität der SP und SSM einzuschränken. Bezüglich interne Stützung möchten die EU den Status Quo für sowohl Blue als auch Green Box bewahren und widersetzen sich Vorschlägen zur ihrer Überarbeitung. Sie haben ein sehr empfindliches defensives Interesse am Exportwettbewerb. Sie argumentieren für einen langen Zeitrahmen zur Abschaffung der Ausfuhrzuschüsse und haben bisher kein Enddatum dafür bekannt gegeben. Zudem haben sie verschiedene Vorbedingungen für deren Abschaffung ins Feld geführt, unter anderem eine ehrgeizige Liberalisierung in anderen Bereichen wie dem nicht-landwirtschaftlichen Marktzugang (NAMA) und den Dienstleistungen (GATS).

Jacques Chai Chomthongdi arbeitet bei *Focus on the Global South*.

Aus dem Englischen übersetzt von Dominik WEZEL und Bernt LAMPE, coorditrad@attac.org

Karin Vogt und Iris Widmer, attac schweiz

Armutsbekämpfung: Ein Kampf gegen die Armen?

Vom 25.-29. Januar 2006 treffen sich einmal mehr die einflussreichsten Konzernchefs und Global Leaders zum «Annual Meeting» des World Economic Forum (WEF) in Davos. Der stetige Widerstand der Mobilisierung gegen das WEF in den letzten Jahren hat dazu beigetragen, dass der kleine Kreis geöffnet wurde und vermehrt auch NGO's, sowie kritische Geister, wie z.B. Vandana Shiva, zu diesem Treffen eingeladen wurden. Braucht es da überhaupt noch DAS ANDERES DAVOS? Wir meinen JA! Denn wir sind der Auffassung, dass alternative Vorschläge von den Spitzenvertretern von Wirtschaft und Regierungen nicht aufgenommen werden, da das neoliberale Wirtschaftsmodell nach wie vor *das* herrschende Paradigma in ihren Köpfen ist und nicht ernsthaft in Frage gestellt wird. Und die Folgen dieser Politik erleben wir jeden Tag: Trotz Rekordgewinne der Konzerne in aller Welt werden unter Berufung auf *die* naturnotwendigen Gesetzmässigkeiten «des Marktes» Massenentlassungen vorgenommen und soziale Sicherheiten abgebaut; in vielen Ländern des Südens wie des Nordens gehört Armut immer noch bzw. wieder zur Alltäglichkeit; aus «Marktinteressen» werden Kriege geführt; derselbe «Markt» hat gravierende Umweltzerstörungen mit sich gebracht, um nur einige Konsequenzen zu nennen. Das WEF begreift sich als Plattform, die «decision-makers» («Entscheidungsträger») zusammenbringt. Sie sollen sich den Herausforderungen der Weltwirtschaft stellen und ihre Entscheidungen («tough choices», «harte Entscheidungen» gemäss dem letztjährigen WEF-Motto) sollen uns in eine bessere Welt führen. Eine Minderheit beansprucht also für sich, über politische Prioritäten zu entscheiden und die Weichen für unser aller Zukunft zu stellen. Einem solchen elitären, auf der Idee der Steuerung von Menschen beruhenden Denken, können wir nicht zustimmen. In Befürwortung gleichberechtigter Freiheit aller ist «Wirtschaft» keine Angelegenheit einiger weniger, sondern gehören wir alle zu den «decision-makers».

Steigende Armut trotz steigender Konzerngewinne

In letzter Zeit sprechen jene, die jahrzehntelang neoliberale Wirtschaftspolitik und imperiale Kriege durchgesetzt haben, vermehrt über «Armutsbekämpfung», nachdem die Einhaltung der UNO-Milleniumsziele zur «Halbierung der Armut» bis 2015 in weite Ferne gerückt ist. Mit diesen Milleniumszielen hatten alle Mitgliedsländer der Vereinten Nationen eine Absichtserklärung unterzeichnet, wonach die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, sowie der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, um die Hälfte gesenkt werden soll. Mehr als 1,15 Milliarden Menschen sollen von dieser so genanten «absoluten» Armut betroffen sein. Auf den Webseiten der internationalen Organisationen und Entwicklungshilfe-Agenturen stehen neben den Statistiken zu Armut nie die Zahlen der explodierenden Konzerngewinne... Die Dividenden – also der Anteil der Konzerngewinne, der an die Aktionäre fliesst – sind gemäss Schätzungen von Analysten für die folgenden multinationalen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz seit 2003 wie folgt gestiegen: Swatch: 10,43%, Nestlé: 13,88%, Novartis: 9,67%, Adecco: 30,44%, Bâloise: 24,44%, Clariant: 15,62%, Syngenta: 17,98%... Die Zahlen spiegeln wieder, dass es den Multis immer besser gelingt, für den Profit einer kleinen Minderheit die Menschen auszubeuten und «Märkte» zu erobern. Wie kann Armut überhaupt «bekämpft» werden, wenn an der weltweiten Ausbeutung und Profitlogik nichts geändert wird?

«Make poverty history» («Lasst Armut Geschichte werden»), verkündete der britische Premierminister Tony Blair am G8-Gipfel von Schottland im Juni 2005 und vereinnahmte damit die Hoffnungen, die Tausende von Menschen weltweit mit der Kampagne für den Schuldenerlass der ärmsten Länder verbunden hatten. Die Gruppe der G8-Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA) vereinigen ca. 50% des Welthandels. Die Eliten dieser Länder konzentrieren somit eine enorme Macht in ihren Händen. Wenn am G8-Treffen von Entwicklungshilfe die Rede ist, wird über die Bedingungen, die den Ländern des Südens aufgezwungen werden, geschwiegen. Die auf neoliberalem Denken gründende «Entwicklungshilfe» wird systematisch an Privatisierung und Marktöffnung in den betreffenden Ländern gebunden. Der öffentliche Sektor wird abgebaut bzw. dieser wird zum lukrativen Markt umgewandelt zu Gunsten der Konzerne aus dem Norden. Als Folge davon wird für die Bevölkerung der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Bildung und anderen gemeinschaftlichen Einrichtungen verschlechtert. Die am G8-Gipfel angekündigte Schuldenstreichung lässt zudem ausser acht, dass die meisten der in der Schuldenspirale gefangenen Länder ihre Kredite längst mehrfach zurückgezahlt haben, jedoch durch den Schuldendienst in extremer Abhängigkeit von den internationalen Institutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds gehalten werden. Schliesslich versteht sich die jüngste Liberalisierungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) als «Entwicklungsrunde» für den Süden, obwohl sich gerade die dortigen Bevölkerungen gegen die brutale Marktöffnung wehren.

Das Armutsproblem in der Neoliberalen Logik

Auch für das WEF ist Armut immer wieder Thema. Aber nicht die Folgen für die Menschen, ihr Leid wird ins Zentrum gerückt, sondern was zu aller erst von den Analysten des WEF beklagt wird, sind die wichtigen «Marktanteile» und «Ressourcen», die verloren gehen: «The world's four billion poor people may represent «trapped resources» and a huge potential market...» («Die vier Milliarden Armen stellen «brachliegende Ressourcen» sowie ein enormes Marktpotentiel dar...») (WEF, Poverty Reduction: What Works, What Doesn't and Why, 27.01.2003). Um hier Abhilfe zu schaffen, vertrauen die Teilnehmer des WEF's auf den altbekannten strategischen Ansatz: Ökonomisches Wachstum. Dieses gilt als «key international driver of poverty reduction» («zentraler internationaler Treiber zur Armutsreduktion»), selbst wenn gleichzeitig eingestanden wird, dass Wachstum alleine auf längere Sicht weder Gerechtigkeit noch soziale Kohäsion sichern kann. Neoliberales Denken sieht die Individuen primär als ökonomische Wesen, die maximalen Spielraum für ihre individuelle Freiheit auf dem Markt erfahren. Die «einzigen Bande, die das Ganze einer Grossen Gesellschaft zusammenhalten, [sind] rein wirtschaftlich....» (Zitat des liberalen Denkers F. A. v. Hayek). Zu diesem Denken gehört auch die Auffassung, dass Fortschritt und Entwicklung einzig auf der Ungleichheit der Menschen und der Gegensätzlichkeit ihrer Interessen beruht und folglich nur durch Konkurrenzkampf erreicht wird. Die neoliberalen Theorien stehen zur Frage nach Sozialität in einem konstanten Spannungsverhältnis, da jede demokratische Konkretisierung eines Gemeinwohles die wirtschaftliche Freiheit des atomistisch und verabsolutiert gedachten Individuums einschränkt. Dass eine solche Konzeption keine befriedigende Lösung auf die brennenden Probleme der Gegenwart finden kann, ist denn nicht weiter erstaunlich.

Problematisch an der offiziellen «Armutsbekämpfung» ist ausserdem, dass dabei die Armut in den Ländern des Nordens gerne vergessen geht. Auch in den so genannt reichen Ländern leben immer mehr Menschen in untragbaren Bedingungen. Armut fällt nicht vom Himmel, sondern ist menschengemacht. Durch Auslagerung und Privatisierung verlieren immer mehr Menschen ihre Arbeit und damit ihre Existenzgrundlage, während gleichzeitig die Sozialversicherungen massiv abgebaut werden. Wir verstehen Armut aber nicht ausschliesslich ökonomisch-materiell, die – ganz im Sinne neoliberalen Denkens – messbar ist und je nach Kontinent zwischen 1 bis 14,4 US-Dollar pro Tag schwankt. Wo Bedürfnisse nach geistigen Gütern, wie Bildung, Gesundheit, Kultur ... nicht mehr ausreichend befriedigt werden können, wo es an Vielfalt und Alternativen mangelt, herrscht Armut.
Auch uns ist die Armutsbekämpfung ein Anliegen. Doch solange sie von jenen ins Visier genommen wird, die tagtäglich eine Politik von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung führen, sind wir mehr als skeptisch, inwiefern sich unsere Lebensbedingungen durch die vorgeschlagenen Ansätze tatsächlich verbessern können, zeigt doch die Realität, dass die neoliberalen Rezepte gerade die Quelle von Armut und Unterdrückung sind.

Demokratisierung wirtschaftlichen Handelns
Das diesjährige WEF verordnet uns «Kreativität», steht es doch unter dem Titel «The creative imperative» («Der kreative Imperativ»). Kreativität bedeutet für uns die Schaffung von Alternativen, von Wahlmöglichkeiten. Echte Alternativen können unseres Erachtens nicht von oben befohlen, sondern nur gemeinsam unter zu Hilfenahme des Kreativitätspotentiales aller erarbeitet werden. Wollen wir gleichberechtigte gemeinschaftliche Freiheit und Verantwortung, ist die Zukunft, ist «Wirtschaft» ein offenes und nicht determiniertes oder autoritär gesteuertes Projekt. Wir halten dafür, dass wirtschaftliches Handeln einen wichtigen, jedoch keinesfalls einen ausschliesslichen Beitrag zur Integration leistet und dass eine kooperative bzw. solidarische Vorstellung der Produktion, des Handels wie der Dienstleistungen der langfristigen Entwicklung einer Gesellschaft und einem guten Leben für die grosse Mehrheit der Menschen dienlicher ist, als eine Wirtschaft, deren Ziel der raschest mögliche Erfolg durch Ausbootung der Konkurrenz ist. Die dadurch geschaffene schnelllebige, auf asolidarischer Verantwortungslosigkeit beruhende «Wirklichkeit», wollen wir nicht befürworten.
Für das Andere Davos 2006 haben wir zwei Aktivistinnen und einen Aktivisten aus verschiedenen Zusammenhängen eingeladen, die – im Vergleich zu den «WEF(f)lern» – nicht unter kreativem Ideenmangel leiden und die der neoliberalen Sichtweise ihre eigenen Antworten entgegenhalten: Nahla Chahal, Soziologin, aktiv im Rahmen der CCIPPP (zivile internationale Kampagne für den Schutz der PalästinenserInnen), Tania Quiroz Mendieta, Aktivistin der Coalition for the Defense of Water (Koalition gegen die Wasserprivatisierung) in La Paz, Bolivien, und Jay Arena, Antikriegs- und Gewerkschafts-Basisaktivist, Vertreter eines Bündnisses, das in New Orleans für einen selbst bestimmten Wideraufbau nach der Überschwemmungskatastrophe kämpft.

DAS ANDERE DAVOS

Armutsbekämpfung – Kampf gegen die Armut oder gegen die Armen?

Internationale Konferenz gegen das WEF   Freitag, 27. Januar 2006

Jugendkulturhaus Dynamo, Wasserwerkstrasse 21 in Zürich (Lageplan unter www.dynamo.ch)

Ab 18 Uhr Essen an der Bar und Musik
20 Uhr Beginn der Konferenz

Mit
Nahla Chahal, Soziologin, Koordinatorin der CCIPPP-Campagne civile internationale de protection du peuple palestinien (zivile internationale Kampagne für den Schutz der PalästinenserInnen)
Tania Quiroz Mendieta, Aktivistin der Coalition for the Defense of Water (Koalition gegen die Wasserprivatisierung) in La Paz, Bolivien, sowie an gewerkschaftlichen Aktivitäten von Heimarbeiterinnen beteiligt
Jay Arena, Antikriegs- und Gewerkschafts-Basisaktivist, Vertreter eines Bündnisses, das in New Orleans für einen selbst bestimmten Wideraufbau nach der Überschwemmungskatastrophe kämpft.

www.otherdavos.net
Kontakt: schweiz@attac.org, attac schweiz, Rue des Savoises 15, 1205 Genf, 022 800 10 40, PC 17-762066-4

Vom 25.-29 Januar 2006 treffen sich wie jedes Jahr die einflussreichsten Konzernchefs und Global Leaders im Rahmen des World Economic Forum WEF in Davos. An diesem privaten Forum entscheidet diese kleine Minderheit von Mächtigen über politische Prioritäten und tauscht sich über Big Business aus. Die Folgen dieser Politik erleben wir jeden Tag: Krieg gegen die Bevölkerung im Irak, Armut und Hunger in vielen Ländern des Südens, Zerstörung der sozialen Sicherheit im Norden, Massenentlassungen und Rekordgewinne von Konzernen in aller Welt, gravierende Umweltzerstörung... Das kann nicht die Welt sein, die wir wollen.
In letzter Zeit sprechen auch jene, die jahrzehntelang neoliberale Wirtschaftspolitik und imperiale Kriege durchgesetzt haben, plötzlich viel über "Armutsbekämpfung", nachdem die Einhaltung der UNO-Milleniumsziele zur "Halbierung der Armut" in weite Ferne gerückt ist. "Make poverty history", verkündete Tony Blair am G8-Gipfel von Schottland im Juni 2005 und vereinnahmte damit die Hoffnungen, die Tausende von Menschen weltweit mit der Kampagne für den Schuldenerlass der ärmsten Länder verbunden hatten. Und sogar die jüngste Liberalisierungsrunde der Welthandelsorganisation versteht sich als „Entwicklungsrunde“ für den Süden, obwohl sich gerade die Bevölkerungen im Süden gegen die brutale Marktöffnung wehren.
Auch uns ist die Armutsbekämpfung ein Anliegen. Doch solange sie von jenen gepriesen wird, die tagtäglich eine Politik von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung weiterführen, kann keine Trendwende eintreten. Eine echte Alternative kann nur von unten kommen. Von den Menschen, die sich in vielfältigen Zusammenhängen mobilisieren und für ihre Rechte kämpfen. Am Anderen Davos 2006 wollen wir uns über UNSERE gemeinsamen Antworten austauschen. Ein Podium mit drei RednerInnen wird danach fragen, ob es bei der "Armutsbekämpfung" nicht vielmehr um eine neue Form der imperialistischen Unterwerfung der Länder des Südens geht.
(…) Seit sechs Jahren ist die internationale Konferenz Das Andere Davos ein Ort der Reflexion über Alternativen "von unten", aber auch ein wichtiger Ausdruck der Mobilisierung der sozialen Bewegungen gegen das WEF geworden. Initiiert von attac schweiz wird die Konferenz jedes Jahr von internationalen Organisationen und Netzwerken unterstützt. (…).

Zur Geschichte des WEF: S. attac Bern http://www.attac-bern.ch/index.php?id=368

Attac Schweiz unterstützt die Gentechfrei-Initiative

Am 27. November 2005 haben die Schweizer Bürger für die "Gentechfrei-Initiative" oder „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“ gestimmt, die verlangt, dass in der schweizerischen Landwirtschaft für die Dauer von fünf Jahren keine Gentechnik verwendet werden darf.

Attac unterstützt aktiv diese Initiative und (…) und dies aus mehreren Gründen, die hier nun angeführt werden.
Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) entstehen nicht durch Zufall, sondern sind die Folge einer Entscheidung der **transnationalen Lebensmittelkonzerne**, die allein in der Lage sind, die teuren, für die Schaffung neuer Arten erforderlichen Forschungsarbeiten zu finanzieren. Um diese außerordentlichen Investitionen zu rechtfertigen, die in die Milliarden Francs gehen, müssen die Industriegiganten wie Monsanto oder Syngenta die GVO ohne Einschränkungen vermarkten können, denn jegliche Begrenzung ihrer Markteinführung wäre gleichbedeutend mit einem unannehmbaren finanziellen Verlust.
Dieser Logik folgt die internationale Handelspolitik. **Die Welthandelsorganisation (WTO)** schreibt das „Gleichartigkeitsprinzip“ vor, nach dem jeglicher Hinweis auf Unterschiede zwischen gleichartigen Produkten ein Handelshindernis darstellt und daher verboten ist. Das heißt, es ist verboten, auf einem Warenetikett den Hinweis „GVO“ zu geben und somit können die Verbraucherinnen und Verbraucher sich nicht nach anderen Produkten umsehen. Die Kennzeichnung wurde bereits als unnötiges Handelshindernis angesehen.
Andererseits macht der **Weltwährungsfonds (IWF)** die Bewilligung von Geldern für verschuldete Länder davon abhängig, dass sie dem Anbau von GVO zustimmen. Dieses Verfahren hat nicht nur zur Folge, dass GVO mit dem Risiko ihrer unkontrollierten Verbreitung in die Umwelt eingebracht werden, sondern auch, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel für den Export produziert werden. Diese Vorgangsweise bedroht jede Vorstellung einer landwirtschaftlichen Produktion, die sich von jener der Nahrungsmittelindustrie unterscheidet.
Mit JA für die Initiative zu stimmen heißt, die Möglichkeit einer Landwirtschaft zu verteidigen, die ökologischeren und demokratischeren Vorstellungen entspricht, Vorstellungen, die auf **drei von uns vertretenen Grundsätzen** beruhen:

1. Attac kämpft für **Nahrungsmittelsouveränität**, das heißt für das grundlegende Recht eines jeden Landes, seine Landwirtschaftspolitik zu kontrollieren, und folglich auch für das Recht, die Produktionsweise, das Saatgut und die Mengen entsprechend den Bedürfnissen seiner Bevölkerung frei zu bestimmen. Diese Konzeption bedeutet weiterhin das Recht, die eigenen lokalen Märkte falls erforderlich durch eine landwirtschaftliche Subventionspolitik und die Abwehr von Dumpingprodukten aus dem Ausland zu schützen. Diese beiden Maßnahmen sind unerlässlich, um eine lokale Landwirtschaft zu erhalten.
Über Landwirtschaftspolitik entscheiden jedoch zunehmend internationale Organisationen (WTO, Weltbank und IWF), die von der Lobby der multinationalen Nahrungsmittelkonzerne stark beeinflusst werden und von den Ländern die Öffnung ihrer Märkte für Exportprodukte verlangen. Außerdem werden die Produktion von Gentech-Saatgut und die Patente darauf von einigen wenigen großen multinationalen Konzernen wie Monsanto und Syngenta kontrolliert und entgehen somit jeglicher nationaler und demokratischer Kontrolle. Dieser Zugriff auf das Leben ist das Gegenteil eines Grundrechtes. Und schließlich müssen das Saatgut und die chemischen Pflanzenschutzmittel, die erst einen optimalen Anbau ermöglichen, jährlich wieder gekauft werden. Auf diese Weise werden die Produzenten unter das Joch der multinationalen Konzerne gezwungen, die Saatgut und Pflanzenschutzmittel liefern. Diese Situation wird binnen Kurzem zur Privatisierung der Natur führen.

2. Attac unterstützt eine **nachhaltige Entwicklung, die sich auf eine lokale Wirtschaft, die Achtung der Arbeiterinnen und Arbeiter und den Schutz der Umwelt stützt.** Die Verwendung von GVO hingegen ist absolut unvereinbar mit einer nachhaltigen Entwicklung.
Die Auswahl an Gentech-Saatgut ist eng begrenzt und sein Anbau muss, um rentabel zu sein, in sehr großem Maßstab erfolgen, zum Nachteil der Biodiversität und des Erhalts kleiner landwirtschaftlicher Betriebe, wie sie in der Schweiz vorherrschen.
Entgegen der landläufigen Meinung erfordern gentechnisch veränderte Pflanzen außerdem nicht weniger Pestizide - 99% der Gentech-Pflanzen sind resistent gegenüber einem Breitbandherbizid oder produzieren selber ein Insektizid - sondern verursachen im Gegenteil eine im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung nicht hinzunehmende Belastung der Böden.
Schließlich dulden die Vorschriften für Biolandwirtschaft und Produkte mit Herkunftsbezeichnung keine Gentech-Organismen. Das Nebeneinander von gentechnisch veränderten und nicht veränderten Kulturen ist jedoch unmöglich, vor allem unter den Bedingungen der Schweizer Landwirtschaft, wo die Äcker klein und sehr ineinander verschachtelt sind: Pollenflug würde schnell die Verunreinigung der nicht gentechnisch veränderten Kulturen nach sich ziehen.

3. Attac verteidigt mit Nachdruck das **Prinzip der Nahrungssicherheit**, das heißt, die quantitative und qualitative Abdeckung der Grundbedürfnisse an Nahrungsmitteln und Wasser.
Die multinationalen Konzerne verkaufen die GVO als Werkzeug im Kampf gegen Hunger und Mangelernährung in der Welt. Hunger und Mangelernährung werden aber nicht durch Nahrungsknappheit verursacht - die Weltnahrungsmittelproduktion reicht bei weitem aus, um die Weltbevölkerung zu ernähren - sondern durch eine schlechte Verteilung der Ressourcen und durch die Verarmung der Bevölkerung des Nordens wie des Südens, die keinen angemessenen Zugang zu Nahrungsmitteln mehr hat.
Schließlich bedeutet Nahrungssicherheit auch, dass die für die menschliche Ernährung bestimmten Produkte gesundheitlich sicher sein müssen. Es ist jedoch bei weitem nicht erwiesen, dass die GVO für die menschliche Gesundheit langfristig neutral sind.

Aus all diesen Gründen unterstützt Attac Schweiz die Einrichtung eines fünfjährigen Moratoriums über die Verwendung von GVO in der Schweizer Landwirtschaft.

Uebersetzung: Jürgen Janz Gegenlesen: Martin Regelsberger , coorditrad@attac.org

30 Organisationen starten Kampagne gegen "Terminator-Technologie"

Gentechnisches Verfahren gefährdet weltweite Ernährungssicherheit

Berlin 10.01.2006 In einer gemeinsamen Kampagne fordern mehr als 30 Organisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungs- und Agrarbereich, die so genannte "Terminator-Technologie" weltweit zu ächten. Mit diesem neuen gentechnischen Verfahren wollen Saatgutkonzerne Pflanzen unfruchtbar machen und damit verhindern, dass Landwirte einen Teil ihrer Ernte aufbewahren und im folgenden Jahr als Saatgut verwenden. Bisher wird die Anwendung dieser Technik durch ein Moratorium der Biodiversitätskonvention verhindert, doch dieses ist in Gefahr.

Die Kampagne unter dem Motto "Terminator-Technologie ächten - Freie Saat statt tote Ernte", Das Positionspapier mit allen Unterstützerorganisationen und Hintergrundinformationen zur Terminator-Technologie finden sich unter www.freie-saat.de

Ortrun Gauper*: „Zurück zum Start - GATS nicht neu aufrollen“

Es scheint, als hätte die Europäische Kommission aus dem Abbruch von zwei WTO-Ministerkonferenzen nichts gelernt. Nach dem Scheitern der Cancun-Konferenz im Jahr 2003 sollte eine Brücke zu den Entwicklungsländern geschlagen werden. Strategische Interessen von den ärmsten Ländern der Welt sollten bis zur Hong-Kong-Konferenz im Dezember dieses Jahres der Vorzug gegeben werden. Aber der letzte WTO-Rat Ende Juli in Genf zeigte die wahren Gesichter der Big Players in der WTO. Die Interessen der Entwicklungsländer werden auch nach dem Scheitern von Cancún marginalisiert. Die Industrieländer sperren sich bei der Umsetzung ihrer Versprechen zur Öffnung der Landwirtschaftsmärkte. Zahlreiche Entwicklungsländer sehen ihre Wünsche für weit reichenden Zollabbau nicht vertreten. So finden Vorschläge zur Sonderbehandlung von Entwicklungsinteressen (Special and Differential Treatment) kaum Berücksichtigung. Darüber hinaus zeigt sich die EU noch immer enttäuscht vom schleppenden Fortschritt in den GATS-Verhandlungen. Mit einem Vorschlag über neue Verhandlungsmodalitäten, in denen sie Mindestanforderungen ("benchmarks") für Liberalisierungszugeständnisse fordert, hat die EU den Druck vor allem auf die wirtschaftlich stärkeren Entwicklungsländer erhöht. Nun geht die Angst um: „Kommt eine umfassende GATS-Liberalisierung doch noch durch die Hintertür?“ Eine politische Errungenschaft der europäischen Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2003 scheint nichts mehr wert zu sein - und zwar die politische Erklärung der Europäischen Kommission, öffentliche Dienstleistungen nicht zu verhandeln.

GATS wurde zum Symbol der kritischen Globalisierungsbewegung

GATS ist zum Symbol des weltweiten Widerstands gegen Liberalisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen geworden. Mit dem Thema GATS konnten sogar Brücken zwischen Gewerkschaften und NGO’s geschlagen werden - in Österreich mündete das in einer gemeinsamen „STOPP-GATS-Kampagne“. Wenn Leistungen der Daseinsvorsorge zum Gegenstand der Konkurrenz und privater Gewinninteressen internationaler Konzerne werden, werden elementare Bedürfnisse der Menschen zur Handelsware am freien Markt. Das kann weitreichende Folgen für viele Menschen haben, denn auf diesem Markt zählt die zahlungskräftige Nachfrage. Die Kaufkraft von Bevölkerungsgruppen und nicht mehr die Bedürfnisse der Bevölkerung entscheiden über Ausmaß und Qualität lebenswichtiger Dienste. Bedient werden die Bedürfnisse jener Menschen, die zahlen können. Dem Rest droht Unterversorgung. Dieser „Rest“ wird immer größer, heute bereits wird die Hälfte der Weltbevölkerung als „arm“ eingestuft, Tendenz steigend.

Keine Zukunft für gemeinwohlorientierte Dienstleistungen

Das Ziel von GATS - die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen - berührt zentrale Aspekte, wie sozialer Ausgleich, gleicher Zugang für alle, Bürgerorientierung und Verbraucherschutz, Ausgleich zwischen Ballungsgebieten und ländlichen Regionen. GATS ist also nicht einfach ein Handelsabkommen. Es ist in Wirklichkeit auch ein Abkommen über die Zukunft des Sozialen und die Zukunft der öffentlichen Aufgaben. So hat Frank Bsirske, Vorsitzender der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, GATS in einem Artikel in diesem Zusammenhang als „*General Agreement Touching Social Affairs*“ (Allgemeines Abkommen, das soziale Belange berührt) bezeichnet.

Folgen für ArbeitnehmerInnen

Es gibt also eine Reihe von Gründen, die GATS-Verhandlungen zu beeinflussen. Internationale Erfahrungen mit Liberalisierungen zeigen, dass der Strukturwandel oft zu massiven Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen führt. Darüber hinaus greift das GATS als erstes Handelsabkommen massiv in die Arbeitsmigration ein. Es verlangt die Öffnung der Arbeitsmärkte für die Entsendung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen durch ausländische Dienstleister. Die bislang vorgesehenen Vorkehrungen, die ein Unterlaufen nationaler Kollektivverträge und Arbeitsrecht verhindern sollen, sind völlig unzureichend und in der Praxis nicht kontrollierbar. Das GATS würde den Grundsatz beenden, für den Gewerkschaften weltweit kämpfen: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ - egal ob für Mann und Frau, für In- und Ausländer. Dieses Prinzip ist durch die Möglichkeit eines massiven Lohn- und Sozialdumpings nicht mehr durchsetzbar.

Die GATS-Verhandlungen völlig verändern - das Abkommen umkrempeln

Seitens der Gewerkschaft der Privatangestellten fordern wir:

- Die Europäische Kommission soll sich zurück an den Start begeben und eine Verhandlung öffentlicher Dienstleistungen in der GATS-Runde ausschließen.
- Es darf zu keinen plurilateralen WTO-Verhandlungen kommen, da nicht alle Mitgliedsländer gleichberechtigt ihre Interessen vertreten können.
- Bei GATS Mode IV (grenzüberschreitende Dienstleistungsfreiheit) ist zu gewährleisten:
  - Die Einhaltung der Kernarbeitsnormen, des nationalen Arbeitsrechts des Landes, wo der Dienst erfolgt, sowie der Kollektivvereinbarungen im Gastland,
  - die umfassende Beteiligung der IAO am GATS-Abkommen,
  - der Schutz der Beschäftigten gegen alle Formen von Diskriminierung und Ausbeutung
  - und die Gewährleistung der Rückzahlung der von ihnen geleisteten Beiträge zum Sozialversicherungssystem.
  - Jeglicher Versuch, für die temporäre Arbeitsmigration Prüfungsmöglichkeiten von Arbeitsmarkt- und Auftragslage abzuschaffen, ist bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit in Österreich und Europa untragbar.
- Bei den Verhandlungen über das GATS-Abkommen ist die bisher ausgeklammerte soziale Dimension einzubeziehen. Eine verbindliche Verankerung von Sozial- und Umweltstandards ist eine grundlegende Bedingung für weitere Liberalisierungsversuche der temporären Arbeitsmigration.
- Gemäß Artikel XIX des GATS-Abkommens ist eine Folgenabschätzung der Dienstleistungsliberalisierung auf Entwicklung, Beschäftigung, öffentliche Dienstleistungen, Umwelt und Chancengleichheit absolut erforderlich. Diese Analyse ist vor den Verhandlungen auszuführen und als Grundlage für Regierungsentscheidungen zu verwenden.
- Es ist für Informationsrechte der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zu sorgen. Ergebnisse von Verhandlungen sind breitenwirksam zu diskutieren.
- Mindestverpflichtungen an Marktöffnung (=GATS-Benchmarks) sind abzulehnen. Das widerspricht der Souveränität der WTO-Mitgliedsstaaten, über Positivlisten zu entscheiden, welche Marktöffnungen sie akzeptieren und welche nicht.
- Eine Rücknahmemöglichkeit von GATS-Liberalisierungen zum Schutze von sozialen, Umwelt- und Entwicklungszielen. Das erfordert eine Änderung des GATS-Artikels XXI.
- Die Verabschiedung einer Erklärung, dass soziale und Umweltbelange Vorrang haben vor dem Prinzip des freien Welthandels. Notwendigkeitstests, die Sozialstandards danach bewerten, ob sie handels - und wettbewerbsverzerrend sind, sind abzuschaffen.
- Das GATS-Abkommen darf nicht als internationales Abkommen für Migration missbraucht werden.

Eine Aufweichung von Arbeitnehmerrechten durch die GATS-Verhandlungen steht nicht zur Disposition. Wenn die Europäische Kommission dies versucht, dann werden wir wieder mobilisieren

Unregulierte Märkte bergen unkalkulierbare Risiken. Für alle. Deshalb hat die Europäische Kommission die Interessen der Bürger und Bürgerinnen zu vertreten und nicht jene der internationalen Konzerne.

** O.Gauper ist politische Sekretärin des GPA-Vorsitzenden (Gewerkschaft Privater Angestellter, Österreich)*

Attac Schweiz
Basel und Zürich «GATS-Freie Zonen»

Genf, 11. November 2005.
Mit Genugtuung und Freude hat attac schweiz diese Woche zur Kenntnis genommen, dass der Grosse Rat des Kantons Basel Stadt und der Gemeinderat der Stadt Zürich beschlossen haben, die beiden Städte zu «GATS-freien Zonen» zu deklarieren. Damit steigt die Zahl der Schweizer Gemeinden, die der von attac schweiz im Juni dieses Jahres lancierten Kampagne beigetreten sind, auf rund 80. Darunter sind auch die drei bevölkerungsreichsten Schweizer Städte Zürich, Genf und Basel. Europaweit haben sich bereits über 1000 Gemeinden als GATS-frei deklariert.

Mit den verabschiedeten Resolutionen unterstreichen die lokalen Parlamente, dass Leistungen des Service Public wie Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr, Wasser- oder Stromversorgung weiterhin der gesamten Bevölkerung zugänglich sein und deren demokratischen Kontrolle unterstehen müssen. Konkret geht es in den Vorstössen darum, ein Moratorium auf das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) zu verlangen, welches derzeit in der Welthandelsorganisation (WTO) neu verhandelt wird. Dieses Abkommen sieht vor, auch bislang geschützte Bereiche öffentlicher Dienstleistungen für internationale Grosskonzerne zugänglich zu machen. Entgegen den Beteuerungen der Schweizer Verhandlungsdelegation unter Führung des seco, den Service Public aus den Verhandlungen herauszunehmen, bestünden im aktuellen Prozess nach wie vor reale Gefahren auf eine weitere Liberalisierung des Bildungs- und Wasserbereichs, wie Alessandro Pelizzari von attac schweiz erläuterte. Da die Verhandlungen derzeit blockiert sind, würden die Mitgliedsländer nun zu grösseren Konzessionen aufgefordert um an der WTO-Ministerkonferenz von Hongkong im Dezember ein Verhandlungsergebnis vorzeigen zu können. Konkret werden von der Schweiz Liberalisierungen in den Bereichen Wasser (EU), Postdienste (EU und USA) und Bildung (USA) verlangt.

Die Resolutionen der Städte Basel und Zürich sind ein wichtiges Signal an das seco und die WTO, den Service Public nicht den Spielregeln des internationalen Wettbewerbs zu unterwerfen. Zahlreiche soziale Bewegungen und NGOs weisen schon seit Jahren darauf hin, dass die Liberalisierung des Welthandels ausschliesslich im Dienste der Konzerne reicher Länder erfolge und in den letzten Jahren die Ungleichheit zwischen Nord und Süd und zwischen arm und reich erheblich verschärft habe. Ein Scheitern der Ministerkonferenz in Hongkong könnte daher den Spielraum für eine alternative Entwicklungspolitik eröffnen.

attac schweiz begrüsst die Resolutionen auch als Ausdruck des wachsenden Widerstands gegen die Abbaupolitik, der der Service Public auf lokaler Ebene seit mehreren Jahren ausgesetzt ist. In diesem Sinne bieten sie auch eine Grundlage für künftige gemeinsame Mobilisierungen gegen die Spar- und Privatisierungspläne von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Weitere Informationen: schweiz.attac.org-GATS und stoppgats.ch

Bücher Bücher Bücher Bücher

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

49

Prekäre Arbeitsgesellschaft

Arbeitslosigkeit und aktivierende Sozialpolitik; Workfare, Geschlechter-Regime und Psychopolitik; Billigjobs und gewerkschaftliche Arbeitspolitik; Integration und Ausgrenzung; Ungleichheit, Armut und Grundeinkommen

K. Dörre, E. Nadai, R. Atzmüller, G. Michalitsch, A. Rau, F. Segbers, K. Wyss, A. Rieger, U. Mäder, F.O. Wolf, G. Notz, T. Wüthrich, F. Schandl

Diskussion

A. Zimmermann: Wirtschaftsdemokratie und SP
Recherchiergruppe: Kollaboration Schweiz-Südafrika
S. Howald: Mikrokredite für alle
P. Gerber: Zapatistische Kaffee-Kooperative
I. Schlosser: Solidarische Ökonomie

Marginalien / Rezensionen

264 Seiten, Fr. 25.-, Euro 16.-,
im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich.
Tel./Fax 0041 (0)44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch, www.widerspruch.ch

ATTAC Schweiz (Hrsg.) Service Public Perspektiven jenseits der Privatisierung

Die Privatisierungspolitik hält ihre Versprechen nicht - Attac analysiert die heutige Situation und zeigt Alternativen auf.

Besser, billiger, bürgernäher?
Eine vorläufige Bilanz der Privatisierungspolitik lässt wenig Zweifel, dass kaum eines der damit verbundenen Versprechen eingehalten worden ist:
Der Imperativ des Profits drängt dazu, die kaufkräftige Nachfrage gegenüber gesellschaftlichen Bedürfnissen und erkämpften Rechtsansprüchen zu privilegieren. Und zwar ohne dass die öffentlichen Dienstleistungen dabei »besser, billiger, bürgernäher« geworden wären, wie ein Schweizer Privatisierungs-Manifest in den 1990er-Jahren versprochen hatte.
Vor dem Hintergrund der Antiprivatisierungskampagnen der letzten Jahre beschreiben die Autorinnen und Autoren von Attac Schweiz die Motive und Mechanismen der Privatisierungspolitik. Die Auswirkungen werden an den Beispielen von Post und Telekommunikation, Elektrizität, Wasser, Gesundheit, Bildung und Bahn konkret aufgezeigt. Sie analysieren die Ökonomisierung des Staates im internationalen Zusammenhang mit WTO, GATS und EU.
Mit der Diskussion über Demokratisierung, gesellschaftliche Aneignung und Selbstverwaltung werden überdies Wege für radikale Alternativen zur Privatisierungspolitik aufgezeigt.
Service public ist der zweite Band der neuen, kleinformatigen und preisgünstigen Sachbuchreihe »Attac-Texte«.
1. Auflage 2005, CHF 15.00 € 9,50, ISBN 3-85869-302-2
Zu bestellen bei schweiz@attac.org oder direkt beim Verlag: www.rotpunktverlag.ch

Stefan Lindner
Trotz Scheitern der Verfassung paukt die EU die Dienstleistungsrichtlinie durch

Als sich im Mai/Juni dieses Jahres in Frankreich und den Niederlanden eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die EU-Verfassung aussprach, war der Katzenjammer groß. Um der Krise Herr zu werden, rief die EU-Kommission eine Phase D aus. «D» steht offiziell für Dialog, tatsächlich aber für Durchdrücken, wie die aktuelle Entwicklung bei der Dienstleistungsrichtlinie zeigt.

Die Dienstleistungsrichtlinie für den europäischen Binnenmarkt, genannt Bolkesteinrichtlinie, ist eines der am stärksten umstrittenen Brüsseler Projekte, sie spielte für den Ausgang der Volksabstimmungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. **Wie in einem Brennglas konzentriert sie alles, was am Verfassungsentwurf als neoliberal kritisiert wird**. Statt Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz auf möglichst hohem Niveau zu harmonisieren, soll der gesamte Dienstleistungssektor mit einer einzigen Rahmenrichtlinie dereguliert werden. Eine Richtlinie ist ein europäisches Gesetz. Ist sie erst einmal verabschiedet, muss sie von alle Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Der Dienstleistungssektor umfasst in vielen EU-Staaten 70% der Beschäftigung und 70% der Wirtschaftstätigkeit. Zu ihm gehören so unterschiedliche Branchen wie Pflegedienste, Bau, Handel, Gastronomie, Wasserversorgung oder Müllabfuhr.
In all diesen Bereichen soll die wirtschaftliche Tätigkeit einem **ungehinderten Wettbewerbsdruck** ausgesetzt werden. Das bedeutet, dass Anforderungen hinsichtlich Preisen oder Qualität der Dienstleistungen oder Qualifikation der Anbieter abgebaut werden, bzw. ganz entfallen. Durch verstärkten Wettbewerb in diesen Bereichen kommt die öffentliche Daseinsvorsorge unter zusätzlichen Privatisierungsdruck.
Die Anforderungen an Unternehmen beim Eröffnen einer Niederlassung in einem anderen EU-Staat werden stark abgesenkt. Gleichzeitig wird das **Herkunftslandprinzip** eingeführt. Das bedeutet, Unternehmen werden in anderen EU-Staaten unter den Bedingungen aktiv, die im Staat ihrer Niederlassung gelten. Die Folge davon wäre, dass mehr Unternehmen ihren Sitz in Staaten mit niedrigeren Standards verlegen, und der Wettlauf um die niedrigsten Löhne, Steuern und sozialen Absicherungen zwischen den Mitgliedstaaten weiter angeheizt wird.
Es beschleunigt sich auch der **Demokratieabbau**, denn in den Mitgliedstaaten leben Menschen dann unter unterschiedlichen Gesetzen leben, die der Zuständigkeit der von ihnen gewählten Repräsentanten entzogen sind.

Während des Bundestagswahlkampfs hieß es immer wieder, die Dienstleistungsrichtlinie sei vom Tisch. In aller Stille hat die EU- Kommission das Gesetzgebungsverfahren jedoch konsequent weiter betrieben. Im Februar steht jetzt die erste Lesung auf der Tagesordnung des Plenums des Europäischen Parlaments. Vorausgegangen waren Beratungen in mehr als zehn Ausschüssen. Ende November legte der federführende Binnenmarktausschuss seinen Abschlussbericht vor, der die Beschlussempfehlungen der Ausschussberatungen für die Plenarabstimmung zusammenfasst.
Dank der Proteste konnten zwar einige kleine Änderungen erreicht werden, die neoliberale Mehrheit aus konservativen und liberalen Abgeordneten hat wichtige Kernbereiche jedoch bestätigt.
Erreicht werden konnte immerhin, dass in der Beschlussempfehlung **Gesundheitsdienste und audiovisuelle Dienstleistungen vom Geltungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen** werden und die Zuständigkeit für Kontrollen bei den Behörden vor Ort bleiben soll.
Der Kern der Richtlinie, das Herkunftslandprinzip, wurde aber nicht angetastet. Bei der Endabstimmung über den Abschlussbericht konnte sich die sozialdemokratische Berichterstatterin trotzdem nicht zu mehr als einer Enthaltung durchringen. Lediglich grüne und linke Abgeordnete lehnten das Herkunftslandprinzip konsequent ab und stimmten dementsprechend gegen den gesamten Bericht.

Allerdings ist die Beschlussempfehlung für das Parlament nicht bindend und die Fraktionsdisziplin im EP viel weniger ausgeprägt als in nationalen Parlamenten. Die bisherigen Abstimmungen in den Ausschüssen zeigen, dass noch viel Mobilisierung notwendig ist, soll der Richtlinienentwurf, wenigstens das Herkunftslandprinzip, noch aufgehalten werden.
Am 14.Februar geht der Entwurf in die erste Lesung des Parlaments. Danach müssen ihn die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten abstimmen, die im Rat für Wettbewerbsfähigkeit zusammentreffen. Darauf folgt eine zweite Lesung im Parlament und im Rat. Sollte es danach noch abweichende Meinungen zwischen Rat und Parlament geben, folgt ein Vermittlungsverfahren.

Abschaffung aller Regelungen

Die Dienstleistungsrichtlinie ist nur ein Pfad, auf dem die Deregulierung des Dienstleistungssektors vorangetrieben wird. Einschlägige Bestimmungen im **EG-Vertrag** schreiben sie längst fest.
Allerdings ähneln diese Artikel eher einem politischen Programm, das eine schrittweise Liberalisierung vorschreibt. Dem Europäischen Gerichtshof scheint das alles viel zu langsam zu gehen, er fällt immer wieder Urteile, die eine viel weitreichendere Liberalisierung vorschreiben. Deshalb herrscht in der EU tatsächlich eine **große Rechtsunsicherheit.** Es gibt nicht einmal klare Kriterien, wann eine Niederlassung eröffnet wurde, was wichtig wäre um festzustellen, ob es sich lediglich um eine Briefkastenfirma handelt. Solche Probleme gibt es auch bei allen Fragen rund um die Scheinselbstständigkeit.
Man sollte eigentlich erwarten, dass sich EU-Institutionen mit solchen Fragen beschäftigen, wenn sie an einer Dienstleistungsrichtlinie arbeiten. Leider ist das naiv. Der derzeit diskutierte Richtlinienentwurf tut alles, die bereits bestehenden **Regulierungsdefizite auszuweiten**. Alle Mitgliedstaaten sollen darauf verpflichtet werden, ihre nationalen Regelwerke daraufhin zu überprüfen, ob sie den häufig wenig präzisen Vorgaben des EuGH entsprechen. Über das Ergebnis sollen sie einen Bericht verfassen, in dem sie sich auch in einigen Bereichen für beibehaltene Regelungen rechtfertigen sollen. Anschließend sollen die Mitgliedstaaten diese Berichte gegenseitig evaluieren und, abhängig vom Ergebnis, weitere Regelungen abschaffen.
Wohin eine solche Politik der Wettbewerbsmaximierung führt, kann man in einigen Branchen bereits sehen. Rumänische Wanderarbeiter, die zu menschenunwürdigen Bedingungen in Schlachthöfen zu Hungerlöhnen arbeiten, Gammelfleisch in Supermärkten und immer mehr schlecht entlohnte scheinselbstständige Fliesenleger ohne Sozialversicherung auf Baustellen dürften dann nur der Anfang sein.

Häufig wird auf Kritik an der Dienstleistungsrichtlinie so reagiert, als gehe es dabei nur um die Bewahrung von Pfründen. Das ist nicht der Fall. Durch die Dienstleistungsrichtlinie würde systematisch ein System geschaffen, dass überall zu weniger Wohlstand führt. Gleichzeitig würden zivilgesellschaftliche Strukturen wie Gewerkschaften oder Handwerksverbände, die heute schon große Probleme haben, denjenigen, die durch ihre Arbeitskraft am meisten zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen, eine angemessene Teilhabe zu sichern, weiter geschwächt.

Aufgrund der großen Lohnunterschiede zwischen den Ländern der EU würde Europa immer tiefer an ethnischen Grenzen gespalten. Bereits heute arbeiten in vielen Betrieben mittel- und osteuropäische Beschäftigte zu wesentlich niedrigeren Löhnen als ihre deutschen Kollegen. Ein solches System ist nicht nur rassistisch, es führt unweigerlich dazu, dass deutsche und ausländische Beschäftigte immer mehr gegeneinander ausgespielt werden. Dabei trifft es in der Regel auf beiden Seiten diejenigen, die ohnehin bereits zu relativ niedrigen Löhnen arbeiten.

Europäische Organisierung

Die Dienstleistungsrichtlinie muss verhindert werden. Das allein wird allerdings nicht reichen. Die Mechanismen, die mit der Dienstleistungsrichtlinie eingeführt werden sollen, sind zu großen Teilen bereits tief in den EG-Vertrag eingeschrieben.

Kapitalkräftige, nicht nur national, sondern auch transnational organisierte Interessengruppen konnten dies vor vielen schon Jahren erreichen. Nun arbeiten sie daran, sie auch im wirklichen Leben immer mehr durchzusetzen. Soll der Widerstand von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen dagegen erfolgreich sein, werden sie sich, neben der nationalen Ebene, noch viel stärker auf transnationaler Ebene organisieren müssen. Auf der Tagesordnung steht die Forderung nach der Einführung von Mindestlöhnen und gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Wichtigstes Ziel auf europäischer Ebene muss die Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Europa als erster Schritt für eine weltweite Angleichung sein. Der Markt schafft das nicht. Dazu bedarf es einer schrittweisen Angleichung von Standards auf möglichst hohem Niveau und einer aktiven europäischen Umverteilungspolitik, welche die zu schulternden Lasten gerecht verteilt. Dazu bedarf es allerdings auch einer gänzlich neuen Verfassung.

Stephan Lindner : Der Autor ist Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland..

Alle Materialien von attac: http://www.attac.de/strasbourg/material.php

Rainer Balcerowiak, GEW
Standards im freien Fall

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft warnt vor den Folgen der europäischen Dienstleistungsrichtlinie für deutsches Bildungswesen

(…) Der Binnenmarktausschuß der EU hat im November beschlossen, zwar Teile des Gesundheitswesens und die audiovisuellen Medien aus dem Geltungsbereich der Richtlinie zu nehmen, nicht aber das Bildungswesen.

Über die Konsequenzen dieser Entscheidung seien sich die meisten Betroffenen noch gar nicht im klaren, beklagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, **Ulrich Thöne**, am Dienstag bei einem Pressegespräch in Berlin. Betreiber von Kindertagesstätten, Universitäten oder berufsbildenden Lehrgängen würden als Dienstleister definiert, die einen EU-weit verbindlichen Anspruch auf diskriminierungsfreien Marktzugang haben. Thöne und Annemarie Falktoft, die als politische Beraterin beim europäischen Gewerkschaftskomitee tätig ist, erläuterten dies anhand einiger Beispiele.

So könnte das **Prinzip der Gemeinnützigkeit** freier Träger der Kinderbetreuung nicht mehr aufrechterhalten werden. Anspruch auf kommunale Zuschüsse hätten auch privatwirtschaftlich orientierte Betreiber von Kindertagesstätten, deren Standards zudem weit unter den bisher in Deutschland verbindlichen liegen könnten. »Jede Form der Deregulierung wird die Standards nach unten verschieben«, warnte Falktoft.

Auch **Standortentscheidungen** würden der hoheitlichen Kontrolle entzogen. Eine einmal erteilte Zulassung eines privaten Betreibers gilt laut Richtlinie für das gesamte Hoheitsgebiet.

Wo eine Kindergartenfirma ihre nächste Filiale aufmacht oder ein Bildungskonzern eine Hochschule errichtet »entscheiden sie genauso autonom wie Edeka oder Aldi«, so Thöne. Staatliche Hochschulen oder Kindergarten wären ein Angebot auf dem Markt, das gegenüber anderen nicht bevorzugt werden darf.

Es wäre zudem nur eine Frage der Zeit, bis sich Anbieter aus den Ländern mit den niedrigsten Standards auf den Märkten durchsetzen würden. Die bisher in vielen Bundesländern verbindliche Zertifizierung von Bildungsträgern wäre nach Inkrafttreten der Richtlinie schlicht illegal.

Sogar die Ausstattung von Bildungseinrichtungen wäre nach der Richtlinie der Kontrolle demokratisch legitimierter Institutionen wie beipielsweise Kommunalparlamenten weitgehend entzogen.

Norbert Hocke vom GEW-Vorstand wies auf ein weiteres Feld der drohenden Deregulierung hin. Selbst öffentliche Fördermaßnahmen im Rahmen von Jugendhilfepläne zur **Unterstützung benachteiligter und sozial gefährdeter Kinder und Jugendlicher** könnten als verbotene Subvention gewertet werden, wenn sich beispielsweise ein kommerzieller Anbieter von Freizeitangeboten »diskriminiert« fühlt.

Das Problem aller Gegner der Richtlinie und auch der Gewerkschaften sei, »daß das Thema aus den Köpfen raus ist«, so Thöne. Dennoch werde man versuchen, Widerstand gegen die Pläne zu organisieren.(…).

http://www.jungewelt.de/2005/12-15/018.php

S. auch http://www.gew.de/EU-Dienstleistungsrichtlinie.html
DGB-Seite: http://www.dienstleistungsrichtlinie.dgb.de/dlrl/index.htm

»Ein wenig sportlicher Ehrgeiz kann nicht schaden«

Interview: Sebastian Gerhardt, Junge Welt vom 11.1.2006

***Warum sich der vereinte Protest gegen die Beratung der Bolkestein-Richtlinie im Europäischen Parlament am 14. Februar in verschiedene Demonstrationen auseinandersortiert**. Gespräch mit Stephan Lindner.*

F: Am 11. und 14. Februar sind mehrere große Demonstrationen gegen die Bolkestein-Richtlinie geplant. Warum hat man sich nicht auf eine geeinigt?

ATTAC mobilisiert schwerpunktmäßig für den 11. Februar nach Strasbourg, unterstützt aber auch alle Aktionen, die an anderen Orten und Zeiten geplant sind. Die Probleme kommen daher, daß die europäische Koordination der unterschiedlichen Akteure leider noch nicht gemeinsam verläuft. Soziale Bewegungen stimmen sich vor allem im Europäischen Sozialforumsprozeß ab, Gewerkschaften im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Dort ist leider beschlossen worden, für Dienstag, den 14. 2., also unter der Woche, zu mobilisieren.

F: Müssen in der Woche nicht auch die meisten Gewerkschaftsmitglieder arbeiten?

In Frankreich können Gewerkschaftsmitglieder bis zu drei zusätzliche Urlaubstage für politische Aktivitäten nehmen. Davon möchte die CGT, die größte französische Gewerkschaft, natürlich Gebrauch machen. Soweit wir wissen, hatte sich der DGB im EGB für eine gemeinsame Demo mit sozialen Bewegungen am Samstag engagiert, ausschlaggebend war aber das Votum der CGT. Der DGB unterstützt jetzt die EGB-Demo am Dienstag. Aktivistinnen und Aktivisten sozialer Bewegungen haben leider keine zusätzlichen Urlaubstage. Deshalb wurde auf einer europäischen Versammlung in Florenz beschlossen, für den Samstag zu mobilisieren. In Deutschland hat das eine Strategiekonferenz im November unterstützt. Auch ATTAC und das Aktionsbündnis Sozialproteste haben sich dem angeschlossen.

F: Nun mobilisieren mehrere Einzelgewerkschaften gleichzeitig für den 11. 2. nach Berlin zu einer Kundgebung vor das Wirtschaftsministerium.

Ich kenne die Gründe nicht, die dazu geführt haben. Ich vermute aber, deutsche Gewerkschaften hätten bei einer massiven Mobilisierung nach Strasbourg am 11. aufgrund ihrer Größe schnell ein Problem, wenn keine adäquaten Partner auf französischer Seite dabei wären. Statt einer europäischen Demonstration in Strasbourg könnte das leicht eine deutsche Demonstration in Frankreich werden. Außerdem werden auch in anderen europäischen Hauptstädten parallel Demonstrationen stattfinden. Proteste gegen EU-Vorhaben sind dann am wirkungsvollsten, wenn sie sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene stattfinden.

F: Das hört sich alles eher nach einem technischen Problem als nach einem politischen Konflikt an.

Zwischen ATTAC und großen Teilen der Gewerkschaften gibt es bei diesem Thema eine recht gute Zusammenarbeit. In Frankreich mobilisieren allerdings für den 11. besonders stark die »Komitees für das Nein«, in denen auch ATTAC mitarbeitet und die durch die Ablehnung der europäischen Verfassung entstanden sind. Dort gibt es einen latenten Konflikt mit der Führung der CGT, die sich anfangs für die Verfassung ausgesprochen hatte und das erst nach massivem Druck von unten revidierte. Dieser Konflikt existiert im Prinzip auch in Deutschland, belastet hier aber unsere Zusammenarbeit bei anderen Themen nicht so stark wie dort.

F: Es gab auf der Strategiekonferenz in Frankfurt/Main die Überlegung, noch im Frühjahr 2006 eine große Demonstration gegen Sozialabbau in Deutschland durchzuführen. Stellen die Abstimmungsschwierigkeiten mit den Gewerkschaften dieses Projekt jetzt in Frage?

Die Mobilisierung gegen Sozialkahlschlag muß auf allen Ebenen weitergehen. Die Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie können auch ein Schritt sein, den Protesten auf nationaler Ebene mehr Schwung zu verleihen. Allerdings müssen wir lernen, eigenständigere Akteure zu werden und nicht nur dann mobilisierungsfähig zu sein, wenn der DGB Busse stellt. Das schließt eine Zusammenarbeit mit den Kräften in Gewerkschaften nicht aus, die ein stärkeres Zusammengehen mit sozialen Bewegungen wollen. Jetzt ist erst mal die Zeit, für alle Demos möglichst stark zu mobilisieren. Wenn es dabei einen gewissen sportlichen Ehrgeiz gibt, daß jeder »seine« Demo zur größten machen will, kann das der Sache insgesamt nur nützen. Aber alle Demonstrationen sind gegen die Dienstleistungsrichtlinie gerichtet und müssen als Einheit gesehen werden.

Buchankündigung
Frank Bsirske / Frank Deppe / Stephan Lindner / Sigrid Skarpelis-Sperk u.a.
Die EU-Dienstleistungsrichtline   Ein Anschlag auf das europäische Sozialmodell

Die AutorInnen informieren über die beabsichtigten Maßnahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie, skizzieren die voraussichtlichen Folgen und ordnen sie in das Konzept der Lissabon-Strategie ein.

Fritz Bolkestein, der damalige EU-Binnenmarktkommissar, legte im Jahr 2004 einen Vorschlag zur Schaffung eines liberalisierten europäischen Dienstleistungsbinnenmarktes vor. Der Widerstand, der sich gegen die "Bolkestein-Richtlinie" formierte, war massiv und vereinte europäische Gewerkschaften, NGOs, Wohlfahrtsverbände und soziale Bewegungen, allen voran Attac. Insbesondere weil die Richtlinie eine Zustimmung zur EU-Verfassung in Frankreich zu gefährden drohte, ruderten die Regierungen Frankreichs und Deutschlands im ersten Halbjahr 2005 zurück. Die Franzosen stimmten ebenso wie die Niederländer trotzdem mit „Nein".

Wer gehofft hatte, dass der "Bolkestein-Hammer" damit vom Tisch wäre, wird jetzt eines Besseren belehrt. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie hat in ihrer modifizierten Fassung inzwischen den EU-Binnenmarktausschuss passiert und wird zu Beginn des Jahres 2006 im Europäischen Parlament beraten.

Was ist die Grundregel der Richtlinie? Wer in einem anderen Land Dienste anbietet, muss sich nur an die Regeln seines eigenen halten (Herkunftslandprinzip). Diese Grundregel wird zwar durch zahlreiche Bestimmungen, die in der modifizierten Fassung erweitert wurden, eingeschränkt. Es bleibt allerdings die Befürchtung, dass mit der Liberalisierung des Dienstleistungssektors und der Festschreibung des Herkunftslandsprinzips immer mehr Arbeitsplätze in EU-Länder mit niedrigen Umwelt- und Sozialstandards verlegt werden.

Die AutorInnen:

Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di;
Joachim Bischoff, Ökonom und Publizist, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus;
Klaus Dräger, Mitarbeiter der Parlamentsfraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament;
Frank Deppe, Professor für Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg;
Stephan Lindner, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac;
Joachim Rock, Referent der Vorsitzenden des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands Gesamtverband;
Sigrid Skarpelis-Sperk war bis zum Oktober 2005 Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages.

144 Seiten (Januar 2006) EUR 11.80 sFr 21.40 ISBN 3-89965-172-3

Noch mehr europaweiter Protest - Stoppt den Bolkestein-Hammer!

Die EU-Richtlinie für Dienstleistungen in Europa muss verhindert werden – wir brauchen soziale, ökologische Regeln und demokratische Kontrolle.

Worum geht es?

Mit der nach ihrem „Erfinder“ genannten Bolkestein-Richtlinie soll der Markt für Dienstleistungen in Europa weitgehend liberalisiert werden. Dabei geht es um fast alles - einschließlich Kultur, Medien, Wasser, Nahverkehr und Bildung oder Pflege. Unternehmen sollen sich künftig noch einfacher in jedem beliebigen EU-Land niederlassen können (Niederlassungsfreiheit) und dann ihre „Dienste“ zu den Regeln, Steuer- und Sozialstandards ihres Herkunftslandes in der ganzen EU anbieten dürfen (Herkunftslandprinzip). Kontrolle wird praktisch unmöglich. Damit droht überall in Europa noch mehr Konkurrenz, Sozialabbau, Lohndumping und Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Qualitäts- und Umweltstandards kommen unter die Räder; Rechtssicherheit, Regulierung, politische Gestaltung und Demokratie werden dem freien Markt geopfert. .

Wie steht es?

Seit der ersten Vorlage der Richtlinie schlägt ihr vielfältige Kritik entgegen: von europäischen Gewerkschaften über die Interessenvertretung von Gebietskörperschaften bis zu den europäischen Verbänden der Klein- und Mittelbetriebe und des Handwerks. Dennoch hat der EP-Binnenmarktausschuss im November mit der Stimmenmehrheit von Konservativen und Liberalen im November empfohlen, dieses marktradikale Großprojekt im Wesentlichen unverändert zu beschließen. Der europäische Industrie- und Arbeitgeberverband UNICE feiert das bereits als „Durchbruch“.

Am 14. Februar 2006 entscheidet das Europäische Parlament über die Richtlinie. Danach ist der Ministerrat am Zuge. Der europaweite Widerstand muss deshalb jetzt noch stärker werden!

Was wir wollen:

Wir wollen ein ökologisch nachhaltiges Europa der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit. Ein Europa, in dem Dienste der Daseinsvorsorge allen Leuten zur Verfügung stehen. Kein Wettlauf nach unten, der nur den Großunternehmen nutzt, sondern die Angleichung von Arbeits- und Lohnstandards, Verbraucherschutz und ökologische Standards nach oben - in Nord und Süd, Ost und West. Die Bedingungen für Märkte und Konzerne müssen demokratisch reguliert werden.

Dafür wollen wir europaweite Solidarität organisieren.

Was wir tun:

Wir kontaktieren die lokalen EP-Abgeordneten, fragen sie nach ihrem Abstimmungsverhalten und fordern sie auf „Nein“ zu sagen.

Wir erinnern daran, dass die CDU eine Bundesratsinitiative gegen das Herkunftslandprinzip gestartet hat und dass Vertreter der SPD im Vorfeld die Richtlinie scharf kritisiert und deren Rücknahme durch die Europäische Kommission gefordert haben. Wir verlangen von der Bundesregierung, die Bolkestein-Direktive abzulehnen.

Wir unterstützen den Aufbau des Europäischen Vereins für Wanderarbeiter, damit ihre Rechte überall in Europa durchgesetzt werden können. Wir wehren uns weiter weltweit gegen das Abkommen zur Liberalisierung der globalen Dienst-leistungsmärkte GATS.

Wir rufen auf zur Beteiligung an der europäischen Demonstration am 11. Februar 06 in Strasbourg.

Wir unterstützen die Kundgebungen in Berlin und anderen Hauptstädten und die Aktionen am 14.2. in Strasbourg und anderswo

Kontakt: Attac-Bundesbüro
Telefon: 069 / 900 281-10, Fax: 069 / 900 281-99, E-Mail: bolkestein-busse@attac.de / info@attac.de

Aktuelle Infos und eine Mitfahrbörse gibt es unter: **www.attac.de/bolkestein**